

01
25

Lia Becker | Jörn Boewe | Mustapha Boutadjine |
Carl Davidson | Julia Dück | Bill Fletcher Jr. |
Sarah Jaffe | Philipp Köncke | Margit Mayer |
Helena Steinhaus | Thomas Sablowski |
Johannes Schulten | Magdalena Schulz | Ceren
Türkmen | Hans-Jürgen Urban | Stefanie Wöhl |
Harald Wolf | Kerstin Wolter

Faschisierung und das Momentum der Linken
No Future mit Merz
Das Gespenst der Deindustrialisierung
Grüner Kapitalismus – not dead yet!
Mehr als nur Teil der Tarifmaschine
Regimewechsel mit Trump 2.0
Die Linke als Polarisierungsunternehmerin
Erwartungen an die Partei der Hoffnung

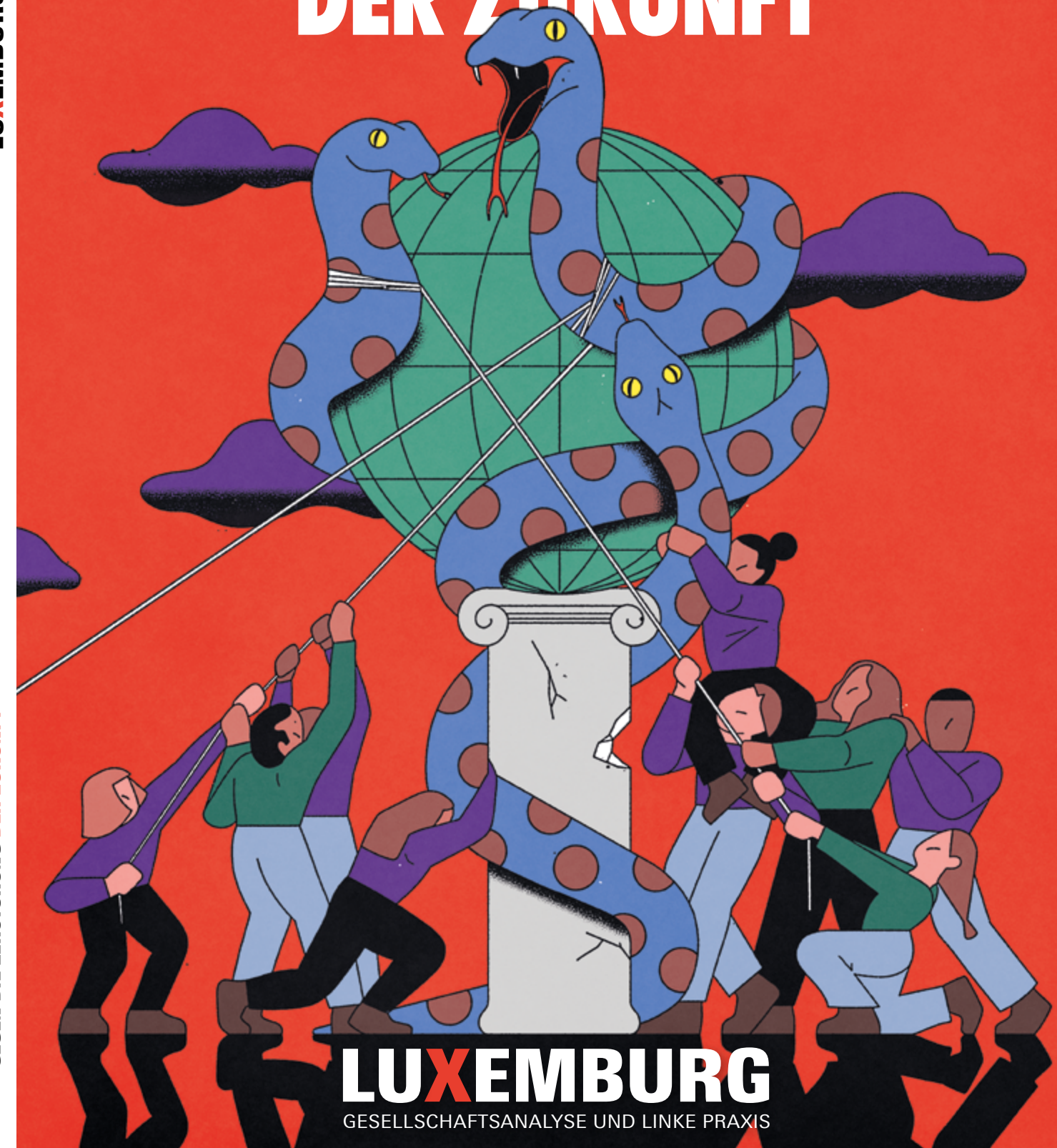
DIE ZEITSCHRIFT DER
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
ISSN 1869-0424

01
25

LUXEMBURG

GEGEN DIE ZERSTÖRUNG DER ZUKUNFT

GEGEN DIE ZERSTÖRUNG DER ZUKUNFT



LUXEMBURG
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

GEFEGEN DIE ZERSTÖRUNG DER ZUKUNFT

» Trump ist es gelungen,
Scham in Stolz zu verwandeln. «
Anlie Russel Hochschild

» Hoffnung organisieren,
konkrete Verbesserungen erkämpfen –
und gleichzeitig radikal in ihrer
antifaschistischen Haltung bleiben. «
Anika Taschke

» Die Linke kann zur führenden Kraft
links der Union werden. «
Lia Becker

EDITORIAL

»No future« mit Merz, so könnte man das Programm der neuen Regierungskoalition von Union und SPD zusammenfassen. Die spätneoliberale Offensive wird durch die SPD vorerst gebremst – aber ein gesellschaftspolitisches Projekt hat diese Regierung nicht. Es bleiben Unsummen für Aufrüstung, Subventionen für die Industrie und weitere Verschärfungen der Migrationspolitik als kleinster gemeinsamer Nenner. Dieses Heft beleuchtet die wackelige GroKo und fragt nach Konsequenzen für die Linke in Zeiten politischer Krisen.

Wir setzen auch die Linie vergangener Hefte (2/23, 2/24) mit Analysen zu Faschisierung, blockierter Transformation und »Strategien der Hoffnung« fort. Was bedeutet Faschisierung konkret, wenn ihre Anführer*innen an die Hebel der Macht kommen, wie zuletzt Trump in den USA oder Milei in Argentinien? Brauchen wir eine neue Faschismustheorie? Und was ist aus dem Projekt des grünen Kapitalismus geworden? Ist die neue Zukunft beendet, bevor sie begonnen hat? Der globale Kapitalismus steuert in vielerlei Hinsicht auf Zerstörung von Zukunft zu. Doch die Zukunft wird von gesellschaftlichen Kämpfen entschieden. Die Linke hat einen unerwarteten Wahlerfolg errungen. Wir fragen nach Erwartungen an die Partei und ihren Strategien nach ihrer faktischen Neugründung.

Auch in den USA regt sich Widerstand gegen Trump. Wir wollen Raum bieten für transnationalen Austausch über dringend benötigte antifaschistische Strategien. Wie können etwa Erfahrungen von Scham und Verlust von links aufgegriffen werden?

Beiträge aus dem Heft und Online-Texte sind für uns gleichwertig und so im Inhaltsverzeichnis abgebildet. Dazu kommen Online-Debatten: diesmal zur Linken nach der Wahl sowie zur gewerkschaftlichen Erneuerung. Dies verstehen wir als unseren Beitrag in stürmischen Zeiten, in denen es eine große Nachfrage nach kritischer Bildung und linker Diskussion gibt.

MAGA, TRUMP UND DIE FRAGE DES FASCHISMUS

Was an der neuen Rechten
in den USA eine lange Tradition hat
Von Carl Davidson & Bill Fletcher Jr.

EINE LINKE POLARISIERUNGS- UNTERNEHMERIN

Weshalb die Linkspartei den heißen
Eisen nicht aus dem Weg gehen sollte
Von Kerstin Wolter

NACH DER »NEUGRÜNDUNG«

Vor welchen Herausforderungen
Die Linke jetzt steht
*Mit Julia Dück, Magdalena Schulz
& Hans-Jürgen Urban*

INHALT

GEGEN DIE
ZERSTÖRUNG
DER ZUKUNFT

6

DER HORIZONT EINES SOZIALEN ANTIFASCHISMUS

Neoliberale Faschisierung und das
Momentum der Linken

Von Lia Becker

16

MERZ' GRUNDSICHERUNG: ÖL INS GETRIEBE DES NIEDRIGLOHNSEKTORS

Von Helena Steinhaus

20

MEHR ALS NUR TEIL DER TARIFMASCHINE SEIN

Gewerkschaften im autoritären
Sicherheitskapitalismus

Von Jörn Boewe und Johannes Schulten

28

DAS GESPENST DER DEINDUSTRIALISIERUNG

Von Thomas Sablowski

36

ÖSTERREICH AM KIPPPUNKT

Zum Ende des progressiven
Neoliberalismus

Von Stefanie Wöhl

LUXEMBURG ONLINE

KULTURKAMPF ALS INNERER BÜRGERKRIEG

Von Judith Goetz

LUXEMBURG ONLINE

BRAUCHT ES EINE ERNEUERUNG DER FASCHISMUSTHEORIE?

Von Alex Demirović

LUXEMBURG ONLINE

UMKÄMPFTE RENTE

Was bedeutet der Koalitionsvertrag
für die Rentner*innen in Deutschland?

Von Sabine Skubsch

42

MAGA, TRUMP UND DIE FRAGE DES FASCHISMUS IN DEN USA

Von Carl Davidson und Bill Fletcher Jr.

54

REGIMEWECHELSEL MIT TRUMP 2.0

Staatsumbau und
»Reindustrialisierung durch Zölle«

Von Margit Mayer

LUXEMBURG ONLINE

DIE KETTENSÄGEN-INTERNATIONALE

Milei und die Faschisierung sozialer
Reproduktion

Von William Callison & Veronica Gago



LUXEMBURG ONLINE
**KAPITALISMUS IST NICHT
 DAS, WAS SIE DENKEN**
 Von Grace Blakeley

LUXEMBURG ONLINE
FINANZIALISIERUNG
 Die Achillesferse des
 European Green Deal
 Von Angela Wigger

**GRÜNER KAPITALISMUS –
 NOT DEAD YET!**
 China und der abgehangte Westen
 Von Philipp Köncke

LUXEMBURG ONLINE
**DER LINKE GREEN NEW DEAL
 NACH DEM ENDE DES GRÜNEN
 KAPITALISMUS**
 Von Alyssa Battistoni

66

**VON DER TRAUER ÜBER WUT
 ZUR VERÄNDERUNG**
 Affektive Politiken von links
 Von Sarah Jaffe

76

»BLOCK AND BUILD«
 Eine linke Strategie gegen
 das MAGA-Regime
 Von Cayden Mak

84

BLICKWINKEL
WIDERSTÄNDIGE COLLAGEN
 Von Mustapha Boutadjine

92

AUF TRIGGERPUNKTEN TANZEN
 Oder: Eine verbindende Klassen-
 politik ist möglich
 Von Harald Wolf

102

GESPRÄCH
NACH DER »NEUGRÜNDUNG«
 Erwartungen an die Partei
 der Hoffnung
 Mit Julia Dück, Magdalena Schulz &
 Hans-Jürgen Urban

110

**EINE LINKE POLARISIERUNGS-
 UNTERNEHMERIN**
 Von Kerstin Wolter

116

**SOLIDARITÄT ORGANISIEREN
 UND DAS GLEICHHEITSVERSPRECHEN
 EINLÖSEN!**
 Migrationspolitik als Klassenpolitik
 der Vielen
 Von Ceren Türkmen

LUXEMBURG ONLINE
DEBATTE: LINKE NACH DER WAHL

LUXEMBURG ONLINE
**ZWISCHEN ÜBERLASTUNG UND
 STREIKVERBOT**
 Wie und mit wem können
 Lehrkräfte kämpfen?
 Von Philipp Dehne

122

ROSALUX KOMPAKT

128

IMPRESSUM



DER HORIZONT EINES SOZIALEN ANTIFASCHISMUS

NEOLIBERALE FASCHISIERUNG UND DAS MOMENTUM DER LINKEN

LIA BECKER



Die GroKo wird keine Wende in der sozialen Krise bringen, sondern eher zum Katalysator der autoritären Krisendynamik. Für Die Linke kommt es jetzt darauf an, sich auf absehbare gesellschaftliche Zuspitzungen vorzubereiten

Es ist eine Zeit großer Gefahren. Vor unseren Augen verändert sich der Kapitalismus. Im Spätneoliberalismus, einer Phase der Instabilität und Dauerkrisen, droht die politische Herrschaftsausübung die Form der liberalen Demokratie zu sprengen. Durch das Erstarken rechtsnationalistischer Kräfte in fast allen westlichen Zentren ist der vermeintlich »progressive Neoliberalismus« ans Ende gekommen, so Nancy Fraser bei einer Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung im November 2024 mit dem Titel »Zeit der Monster«.

Wir haben es mit einem transnationalen Laboratorium rechtsautoritärer antidemokratischer Staatsprojekte zu tun. Vor unseren Augen entstehen neue Synthesen von autoritärem Neoliberalismus und Faschismus (vgl. zu den USA die Beiträge von Mayer und Davidson/Fletcher in diesem Heft sowie Candeias 2025 und Callison/Gago 2025). Der historische Faschismus kehrt dabei nicht einfach wieder. Es gilt, das Neue zu verstehen (vgl. Demirović 2025; Klein/Taylor 2025). Faschisierung heißt eben nicht, dass wir unmittelbar vor dem Faschismus stehen. Begriffe wie »incipient fascism« (Richard Seymour) oder spätneoliberale Faschisierung versuchen dieses »nicht mehr liberaldemokratisch« und »noch nicht faschistisch« einzufangen. Die neofaschistischen Kräfte sind noch untergeordnet, aber bilden mit Blick auf die nächsten zwei Jahrzehnte eine erstarkende Kraft im Wartestand.

Faschisierung und gesellschaftliche Polarisierung schließen sich dabei nicht aus – und linke Strategie muss beide Momente einbeziehen. Seit dem fulminanten wie unerwarteten Comeback der Linkspartei ist es zugleich auch subjektiv für viele eine Zeit, in der Hoffnung wieder spürbarer wird. Diese zu nähren und zu organisieren ist aber eine Riesenherausforderung. Die Linke muss sich vorbereiten und neu orientieren. Entweder gelingt es uns, Kräfte für ein linkes popular-

LIA BECKER ist Referent*in für Zeitdiagnose und Sozialismus am Zentrum für Analyse und Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie Redakteur*in dieser Zeitschrift.

demokratisches und sozial-ökologisches Projekt zu erzeugen und zu bündeln, mit dem Ziel einer linken Regierung des sozialen Antifaschismus, oder es drohen autoritäre Brüche, die einem neuen Faschismus den Weg bereiten können.

DIE LETZTE GROKO?

Zur spätneoliberalen Krisenkonstellation gehört auch das Moment der Disruption von herrschender Seite. Über ideologische Differenzen hinweg kommt es zu einer strategischen Konvergenz zwischen rechtsnationalistischen und autoritär-neoliberalen Kräften in den USA, in der Europäischen Union und in Lateinamerika. Sie wollen eine spätneoliberale Offensive gegen die Reste des Sozialstaates, Teile der Verwaltung und des öffentlichen Sektors, gegen Gewerkschaften und Umweltverbände sowie gegen Sozialdemokratie, Zivilgesellschaft und die Linke durchsetzen. Diese »produktive Zerstörung« von Teilen des Staates und gesellschaftlichen Strukturen soll »Innovation« und grundlegende Erneuerung des Kapitalismus, praktisch jedoch vor allem neue Bereicherungsmöglichkeiten für die Eliten bringen. Modellhaft stehen hierfür der mittels Schockstrategie eingeleitete Staatsumbau in den USA, Mileis Kettensägen-Ansatz in Argentinien und in Deutschland die Kräfte rund um das »Merz-Projekt« (Becker 2024), Medienmacher wie Ulf Poschardt, FDP und AfD. Relevante Teile des Bürgertums schauen mit Interesse, wie weit man gehen kann, ohne die liberale Herrschaftsform (völlig) hinter sich zu lassen.

Die Kräfte neoliberaler Disruption orientieren auf »bürgerliche Mehrheiten« ohne SPD und Grüne, also de facto auf eine schwarz-blaue bzw. schwarz-blau-gelbe Koalition. Auch der rechte Flügel der Union liebäugelt längst damit. Deutschland stand vor der Bundestagswahl bereits am »Kipppunkt« in Richtung neoliberal-rechter Konvergenz. Wenige Wochen nach Bildung der GroKo sieht es so aus, als wäre diese nur ein Intermezzo auf dem Weg in eine tiefere politische Krise. Merz wird sein zentrales Versprechen »Dieses Land soll wieder funktionieren« gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere gegenüber den SPD-Wähler*innen mit der von ihm eingeschlagenen Politik nicht einlösen können. Stattdessen setzt sich beim Thema Migration die bereits bekannte Radikalisierungsdynamik fort.

Merz will eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Bürokratieabbau, Steuersenkungen und Investitionen, hat bislang seine neoliberalen Hardcore-Vorhaben aber noch nicht vollständig durchsetzen können: Die Steuersenkungen für Konzerne werden kommen, aber vermutlich erst 2028. Dafür ist das Ende des Lieferkettengesetzes beschlossene Sache und der neoliberale Angriff auf den Acht-Stunden-Tag geht weiter. Mit Arbeitszeitverlängerungen und der Streichung eines weiteren Feiertags werden vermutlich weitere Forderungen aus der Giftliste der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) auf der Agenda

der GroKo landen. Es bleibt abzuwarten, wie die SPD sich dazu verhalten wird. Bei Steuersenkungen für Unternehmen, Haushaltskürzungen und der ungeklärten Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung sind massive Konflikte und Druck vonseiten der Unionsfraktion, Unternehmen und Medien vorprogrammiert. Trotz des 500-Milliarden-Euro-Pakets für die Infrastruktur werden die Kommunen gezwungen sein, bei den sozialen Leistungen noch mehr zu kürzen, was wiederum auf die Bereiche Bildung, Wohnen, Gesundheit, Care etc. durchschlägt wird. Das heißt, die Grundversorgung in diesem Land wird für große Teile der Bevölkerung also weiterhin »nicht funktionieren«.

In der Migrationsfrage wird der »nationale Notstand« mittels Härte bei Zurückweisungen an den Grenzen inszeniert. Merz zeigt Sympathien für Melonis gerichtlich vorerst gescheiterte und europarechtswidrige Versuche, Asylverfahren außerhalb der EU durchführen zu lassen. Die GroKo schlägt den Weg ein, den andere konservative und sozialdemokratische Parteien der sogenannten Mitte in vielen Ländern bereits gegangen sind: Sie spielen auf dem Feld des rechten Kulturkampfes, mit dem Ergebnis, dass damit die extreme Rechte gestärkt wurde. Merz und die Union betreiben mit ihren Verschärfungen des Asylrechts sowie ihrer Law-and-Order-Rhetorik und -Politik rassistische Stimmungsmache und tragen damit zu einer weiteren Radikalisierung rechter Milieus bei. Versprechen, die nicht erfüllbar sind, geben Forderungen nach weiter reichenden autoritären Maßnahmen einen Resonanzraum. Am Ende profitiert nur die AfD, die Union und SPD vor sich hertreiben kann und zugleich mit »Remigration« schon die nächste Verschiebung des Sagbaren und Denkbaren vorbereitet.

Wenn die Union jetzt wie zuvor die AfD fünf Prozent des BIP für Rüstungsausgaben fordert (etwa 225 Mrd. Euro pro Jahr), kommt sie damit Trumps Forderung an die europäischen NATO-Staaten nach. Das ist nicht nur eine Kampfansage an die hiesigen Beschäftigten, die diese Aufrüstung mit längeren Arbeitszeiten, Rentenkürzungen und immer höheren Beiträgen für die Kranken- und Pflegeversicherung werden finanzieren müssen. Zugleich sollen damit das Exportmodell und die Führungsrolle Deutschlands innerhalb der Europäischen Union in den kommenden Jahrzehnten militärisch abgesichert werden. Profite der Rüstungsindustrie werden die Krise der (Auto-)Industrie aber nicht dauerhaft kompensieren können.

Die wahrscheinlich letzte klassische GroKo aus Union und SPD wird keine Wende in der sozialen Krise bringen und wird absehbar zum Katalysator der autoritären Krisendynamik. In der Grundrichtung wird der »imperiale Krisenliberalismus« der Ampel fortgesetzt – allerdings mit noch mehr Militarisierung, mehr Sozialabbau, mehr Abschottung und »innerer Sicherheit« und weniger Klimaschutz. Neuer Konsens lässt sich so kaum herstellen. Schon jetzt traut nur eine Minderheit der Bevölkerung der Regierung zu, die richtigen Antworten auf die drängenden Fragen zu

geben. Die GroKo könnte mit ihrem absehbaren Bruch von Wahlkampfversprechen indirekt oder direkt einer Regierung mit Beteiligung der AfD den Weg bereiten.

Die spätneoliberale Offensive, auf die Teile des Exportkapitals gehofft hatten, ist damit bisher nur in abgeschwächter Form durchgesetzt. Deswegen gibt es massive Kritik aus dem Arbeitgeberlager: Angeprangert wird nicht nur Merz' Bruch mit Schäubles Erbe der schwarzen Null. Denn mit der Aufweichung der Schuldenbremse – nicht nur für unbegrenzte Aufrüstung, sondern auch für Infrastruktur- und Konzernsubventionen – schlägt Merz einen anderen Kurs ein. Entgegen Forderungen der Union und der BDA wird es auch keine Deckelung der Sozialausgaben geben. Merz gerät damit in Widerspruch zur »Disruptions-Fraktion« des Machtblocks. Zugleich hofft diese, die SPD in der Regierung unter Druck setzen zu können. Es ist offen, wie weit sie dabei gehen wird. Während ein Teil des Machtblocks trotz Unzufriedenheit mit Teilen des Koalitionsvertrags auf politische Stabilität hofft und die Priorität in der Stärkung europäischer Industriepolitik und Aufrüstung sieht, schielen andere Teile weiter auf eine Regierungsoption, die eine Schockstrategie nach dem Vorbild von Milei möglich machen könnte. Zwischen den Kräften einer autoritär-neoliberalen Offensive im Unternehmerlager und im Bürgertum, dem rechtsneoliberalen Flügel der Union und der AfD ist eine neue Konvergenz entstanden, wobei ihr Weg an die Staatsmacht derzeit (noch) politisch blockiert ist. Die politische Krise schwelt damit weiter. Die Rolle der Union als organisierende Staatspartei des neoliberalen Machtblocks steht zur Disposition. Die AfD kann versuchen, diese Lücke zu füllen, was jedoch bei Teilen des Exportkapitals auf Widerstand stoßen dürfte.

Die Brandmauer ist zwar mehr als bröckelig. Aufgrund der Einschätzung der AfD als »gesichert rechtsextrem« durch den Verfassungsschutz sind Koalitionen zwischen Union und AfD in den ostdeutschen Bundesländern im Moment jedoch schwerer vorstellbar. Die mehr oder weniger deutliche Kritik aus Reihen der Union daran deutet auch auf die tiefer liegenden Widersprüche innerhalb des Machtblocks im Umgang mit der AfD hin (vgl. zu den unterschiedlichen Strategien Becker 2024). In der Union wiederum lehnt eine relevante Minderheit den rechtsneoliberalen Kurs von Merz, Linnemann und Spahn ab und fordert eine christdemokratische Politik, die sich auch klar gegen eine Zusammenarbeit mit der AfD wendet. Gleichzeitig ist die spätneoliberale Offensive, die dem rechten Unionsflügel vorschwebt, in einer Koalition mit der SPD (oder Bündnis 90/Die Grünen) nicht vollständig durchsetzbar.

Vieles wird davon abhängen, ob und wie schnell sich die strukturelle Krise des Exportmodells (vgl. Sablowski in diesem Heft) zu einer tiefen Wirtschaftskrise auswächst. Diese würde vermutlich Widersprüche in der GroKo verschärfen und könnte zum Gelegenheitsfenster der »Disruptions-Fraktion« werden. Die Gefahr

besteht, dass die AfD den Unmut über die Krise bündelt und rassistisch wendet. Spätestens 2029, vielleicht auch eher, steuert das Land damit auf eine zugespitzte politische Krise zu. AfD und Union liegen derzeit annähernd gleichauf in Umfragen. Schwarz-blau-(gelb) oder ein letztes Aufgebot der »demokratischen Mitte« unter Beteiligung der Grünen, so sieht ein wahrscheinliches Szenario bei der nächsten Bundestagswahl aus.

SCHWARZ-BLAU VERHINDERN UND EIN LINKES PROJEKT VORBEREITEN

Die massenhaften Proteste gegen Merz' Flirt mit der AfD haben ein gesellschaftliches Momentum geschaffen, das maßgeblich dazu beigetragen hat, dass Die Linke gestärkt in den Bundestag einziehen konnte. Ohne Zweifel kam viel zusammen (vgl. Wolf in diesem Heft). Entscheidend für das starke Ergebnis war aber nicht primär die kluge Fokussierung auf einen bundesweiten Mietendeckel und steigende Preise, sondern dass die Partei zur Adressatin eines gesellschaftlich bereits entstandenen Pols des sozialen Antifaschismus geworden ist. Für die Wahlen hat das gereicht, als handelnde und politisch wirksame Kraft muss dieser Pol jedoch noch konstituiert werden. Sozialer Antifaschismus bildet sich durch das Verknüpfen unterschiedlicher Erfahrungen, Begehren und sozialer Kämpfe.

Linker Antifaschismus darf sich nicht auf die Verteidigung des Bestehenden, der neoliberal entleerten Demokratie in der Krise, beschränken. Zur Dialektik der Krise gehört: Die neoliberale Faschisierung kann nur durch einen demokratisierenden Bruch mit dem Finanzmarktkapitalismus gestoppt werden. Zugleich ist aber klar, dass wir es mit einer Konjunktur der Defensive der Linken zu tun haben. Deren Ursachen liegen tief, sind Ausdruck der Krise organisierter Klassen- und Gegenmacht. Solange diese nicht überwunden wird, bewegt sich jede linke Politik in einem Dilemma. Selbst nur für die Verhinderung von weiteren Verschlechterungen benötigen wir massive gesellschaftliche Bewegungen und Streiks. Ein »Bündnis aller Demokraten« bietet keinen Ausweg aus der autoritär-neoliberalen Dynamik. Durch Opposition zu neoliberal-autoritären Verhältnissen und symbolische Zuspitzung kann aber überhaupt erst ein gesellschaftlicher Pol gebildet werden. Doch auch eine reine Strategie »Klasse gegen Klasse« greift zu kurz. Die Linke muss alles daransetzen, rechtsneoliberale Staatsprojekte zu verhindern, auch weil sie Katalysatoren der Faschisierung sind. Dafür muss es zu einer Bündelung aller progressiven Kräfte kommen (dazu zählen auch große Teile der Wähler*innen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen) und müssen darüber hinaus viele Menschen für emanzipatorische Veränderungen gewonnen werden.

Wir brauchen eine Diskussion darüber, wie sozialer Antifaschismus als eine *offensive Defensivstrategie* aussehen könnte. Sich auf diese Aufgabe vorzubereiten, heißt für mich auch, sich neu zu orientieren:

1 | ERNEUERUNG ALS ÖKOLOGISCH-SOZIALISTISCH-FEMINISTISCHE PARTEI

Die Zusammenhänge zwischen autoritärem Neoliberalismus, imperialer Konfrontation, sich verschärfender Klimakrise und Tendenzen der Faschisierung werden auf unvorhersehbare Weise die nächsten zehn Jahre prägen. Die neue Partei Die Linke sollte sich daher endgültig von der zu engen Formel »Sozialstaat und Frieden« lösen und diese zentralen Fragen in eine erkennbare ökologisch-sozialistische, feministische wie internationalistische Perspektive neu einbetten. Der kurzfristige Horizont linker Politik (im besten Fall eine Legislaturperiode) muss erweitert werden. Um die Rechte zurückzudrängen, braucht es eine Systemalternative. Die Führungskrise der herrschenden Klasse kann der Nährboden für sozialistische Alternativen sein. Das ideologische Vakuum, das durch die tiefe Krise des Liberalismus entsteht, darf nicht durch die neofaschistische Rechte gefüllt werden. In Zeiten spätneoliberaler Zerstörung der Zukunft heißt »sich vorbereiten« mehr denn je, die Arbeit an einer konkreten Systemalternative ernst zu nehmen: solidarische Gemeinwohlwirtschaft, Postwachstums-, Care- und Kreislaufwirtschaft, sozial-ökologische Konversion der Industrie, Wirtschaftsdemokratie und Elemente demokratischer Planung – es gibt dazu viele Ideen in der linken Diskussion, aber viele Fragen sind offen, die Alternativen zu wenig in der Partei verankert, um in die Gesellschaft als überzeugende Alternative wirken zu können. Sich vorbereiten hieße, ein konkretes ökologisch-sozialistisches, feministisches Projekt sozialer Transformation, ein linkes Staatsprojekt für umfassende Demokratisierung zu entwickeln. Statt einer herkömmlichen Programmdebatte sollte die Energie in eine solche »konkrete Utopie« und eine damit verbundene Transformationsstrategie gesteckt werden.

2 | SOZIALER ANTIFASCHISMUS: FEMINISTISCH-INTERSEKTIONAL UND POPULAR-DEMOKRATISCH

Queer-feministische Bewegungen stellen sich weltweit gegen neoliberale Politiken, autoritäre Rechtsentwicklung, Militarisierung und Krieg. Sie sind neben Gewerkschaften und der Klimabewegung zentral für die Entwicklung eines internationalistischen sozialen Antifaschismus und zeitgemäßen Antiimperialismus. Die erneuerte Linke ist durch viele neue und alte Genoss*innen und nicht zuletzt, aber entscheidend verstärkt durch die mediale Ausstrahlung von Heidi Reichinnek mit klarer feministischer Kante zum Gegenpol im Kampf gegen Misogynie, Queerfeindlichkeit und Rassismus geworden. Es gilt, dies politisch weiterzuentwickeln und hier ein klares Profil zu bilden. Die Ansätze feministischer Klassenpolitik, etwa zu »sorgenden Städten«, Vergesellschaftung von Care-Arbeit und Arbeitszeitverkürzung, die in den letzten Jahren in der Partei und im Umfeld entstanden sind, können intersektional um Perspektiven aus antirassistischen,

queeren, trans* und disability-kritischen Bewegungen erweitert werden. Eine feministische Kampagne, die aus der neuen Linkspartei heraus von der Basis her entwickelt wird, wäre ein großer Sprung und könnte ein wichtiger Beitrag zu den notwendigen Allianzen eines sozialen Antifaschismus sein.

Es ginge darum, den von rechts getriebenen Klassen-Kultur-Kampf von links offensiv (statt reaktiv oder ausweichend wie bisher) durch eine eigenständige Polarisierung zu führen: für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft, für eine Demokratisierung staatlicher Infrastrukturen zur Stärkung von Solidarität gegen Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit, für eine Vergesellschaftung von Sorgearbeit und gegen Gewalt in der Familie, für geschlechtliche wie sexuelle Selbstbestimmung und Inklusion zur Überwindung von behindertenfeindlichen gesellschaftlichen Strukturen. Diese sind auch konkrete Klassenfragen, es geht um Klasse mit Differenz (vgl. Becker 2022). Miteinander verbunden könnte so eine Perspektive radikaler Transformation und Demokratisierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und des Staates entstehen.

Femistisch-intersektionale und populare, am Alltagsverstand der Menschen ansetzende Politik steht dabei nicht in einem Widerspruch, sondern in einem für sozialistische Politik nicht einfach aufzulösenden Spannungsverhältnis. Der Schwerpunkt, den Oben-unten-Gegensatz starkzumachen (»popular«), ist richtig. Gefragt ist, darin für inklusive Solidarität einzutreten – ganz konkret und manchmal auch lauter als bisher, wenn es um Hetze gegen Erwerbslose und Ignoranz gegenüber Armut und Obdachlosigkeit geht, um das Gegeneinander-Ausspielen von Rassismus und Antisemitismus, um Repression gegen die Gaza-Proteste und Widerstand gegen einen genozidalen Krieg, um rassistische Polizeigewalt, die Kriminalisierung von Sexarbeiter*innen und Solidarität gegen trans*feindliche »Moralpaniken«.

3 | KRÄFTE BÜNDELN, SCHWARZ-BLAU VERHINDERN

Wir müssen uns JETZT auf die absehbare gesellschaftliche Zuspitzung und auf Schwarz-Blau-Gelb vorbereiten. Das droht im wichtigen Findungsprozess der neuen Partei und Fraktion unterzugehen. Ja, der Aufbau und die Verankerung der Linken als organisierender Partei ist der Kern einer Perspektive des sozialen Antifaschismus. Mit Blick auf die nächsten Jahre muss Die Linke alles daransetzen, zu einer starken Vetomacht zu werden, also zu einer gesellschaftlich verankerten Partei mit 150 000 Mitgliedern und etwa 15 Prozent bei Bundestagswahlen. Und doch geht die Herausforderung darüber hinaus: Es geht um die Bildung einer verbindenden »gesellschaftlichen Partei« mit einem gemeinsamen Ziel, um Organisationsprozesse, die die Träume und die Energie von vielen Menschen über die Grenzen der Parteiorganisation hinaus politisch bündeln und verstärken

können. Der noch vielversprechendste Ansatz ist die Bildung einer gesellschaftlichen Volksfront (vgl. hierzu Candeias in diesem Heft) mit einem klaren Programm sozialer Veränderungen. Allerdings ist die Erfahrung aus Frankreich mit dem Nouveau Front populaire nicht einfach übertragbar. Es gehört zur Schwäche der Linken in Deutschland, dass eine solche Volksfront als ein gesellschaftliches, also nicht nur von den Parteien ausgehendes Bündnis derzeit kaum realistisch ist. Gerade deshalb gehören aber der Aufbau der Linken mit dem mittelfristigen Ziel, zur *führenden Kraft links der Union* zu werden, und das Ziel, eine solche *gesellschaftliche Volksfront des dritten Pols* (vgl. hierzu Demirović in diesem Heft sowie Balibar 2024) aufzubauen, zusammen.

In den nächsten drei bis vier Jahren geht es darum, zu verhindern, dass die Union 2029 die Brandmauer zur AfD einreißt. Dafür braucht es ein breites Bündnis, das über die gesellschaftliche Linke hinausgeht, in die Betriebe, Kirchen, Sportvereine, Schulen, Universitäten und Kulturinstitutionen ausgreift. Zugleich bräuchte es wohl nicht weniger als einen gesellschaftlichen Aufstand zivilen Ungehorsams, samt Ansätzen eines gesellschaftlichen Streiks und des Aufbaus solidarischer Strukturen. Die gesellschaftliche Linke muss sich in beide Richtungen neu orientieren und organisieren. »Unteilbar 2.0« könnte dafür einen Ausgangspunkt bilden (vgl. hierzu Türkmen in diesem Heft) – weniger als klassisches Organisationsbündnis, sondern stärker als (Selbst-)Organisierungsprozess und Kampagne aufgebaut. Die Linke darf dabei weder dominieren noch sich fein raushalten, sie müsste Infrastruktur bereitstellen, Resonanzräume schaffen und Organisations- und Mobilisierungsarbeit leisten.

4 | FÜR EINE REGIERUNG DES SOZIALEN ANTIFASCHISMUS LINKES REGIEREN ANDERS DENKEN

Die neoliberale Faschisierung kann nur durch einen demokratisierenden Bruch mit dem Finanzmarktkapitalismus gestoppt werden. Zugleich ist aber klar, dass wir es mit einer extremen Defensive der Linken vor allem durch die anhaltende Krise von Klassenorganisation und Klassenmacht zu tun haben. Über das Verhältnis von linkem Regieren, Antifaschismus und Transformationsperspektive muss daher neu nachgedacht werden. Selbstverständlich kämpfen wir um jede soziale, ökologische, feministische und antirassistische Reform – das kann auch die Beteiligung an Landesregierungen bedeuten, wenn sie aus einer Position der Stärke heraus erfolgt, mit klaren, verbindlichen Wendepunkten statt voreiliger Selbstbegrenzung, um »koalitionsfähig« zu sein.

Es ist sinnvoll, Situationen einer extremen Defensive, also die Aufgabe, eine unmittelbar drohende AfD-geführte Regierung zu verhindern, von der Perspektive einer linken Regierung, einer Regierung des sozialen Antifaschismus, zu un-

terscheiden. Auch eine im ersten Fall denkbare Tolerierung einer Minderheitsregierung muss mit Mindestbedingungen seitens der Linkspartei verbunden sein. Mit Beteiligung der Linken darf es niemals zu weiteren Angriffen auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse kommen. Angesichts der politischen Ausrichtung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist eine progressive Regierungsalternative 2029 oder früher im Bund realistisch nicht möglich. Wir brauchen aber einen »Plan«, also eine Strategie und eine klare Botschaft, wie wir gemeinsam die autoritäre Rechtsentwicklung stoppen können.

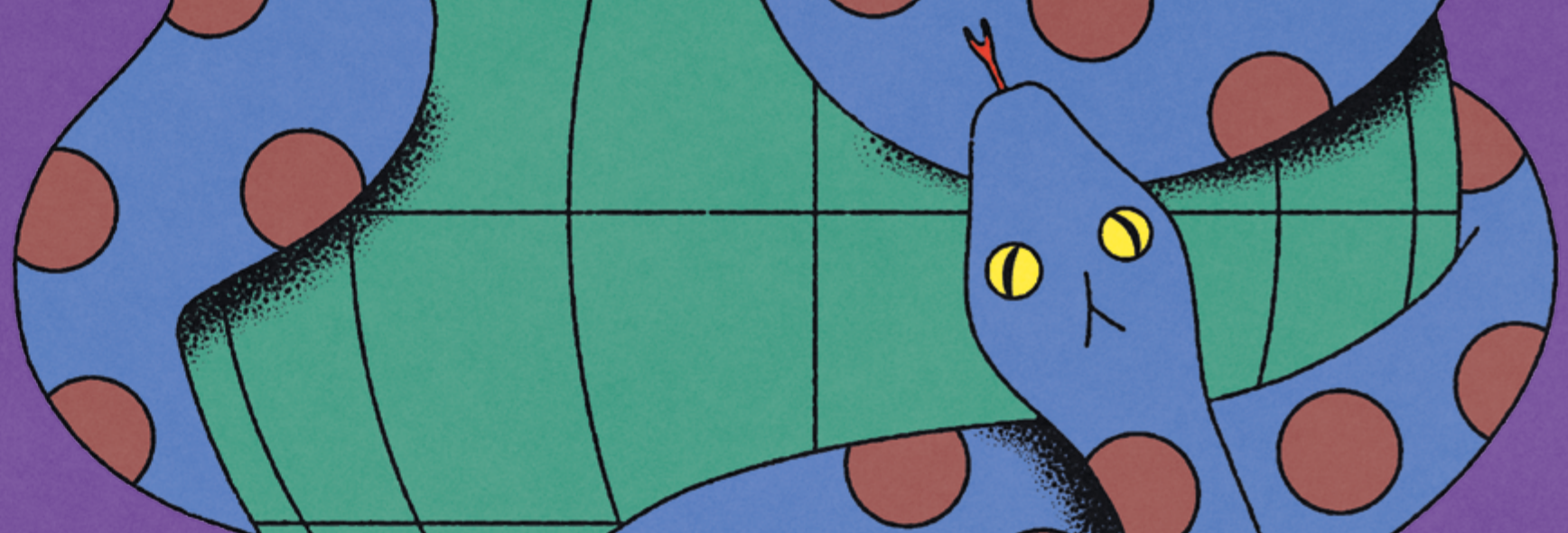
Das mittelfristige Ziel muss es sein, Die Linke zur führenden Kraft links der Union zu machen, also die 20-Prozent-Marke zu überspringen sowie die Deutungshoheit über die soziale, wirtschaftliche und politische Krise zu erlangen und eine Mehrheit der Menschen für einige zentrale Reformprojekte zu gewinnen. Dann kann sich die Perspektive einer Regierung des sozialen Antifaschismus eröffnen (vgl. auch Goes 2024), getragen von einem zivilgesellschaftlichen Bündnis, einer künftigen gesellschaftlichen Volksfront. Ein sozial-ökologischer Bruch mit dem Neoliberalismus wäre damit noch nicht geschafft, aber einige zentrale soziale Verbesserungen und eine aktive Politik zur Förderung progressiver zivilgesellschaftlicher und solidarischer Alltagsstrukturen sind möglich. Ein Zeitgewinn für den Aufbau von Gegenmacht und die Bildung von Hegemonie. Ohne eine Neuorientierung der Linken droht jedoch eher ein Scheitern an den Widerständen der Kapitaleseite, an der Rechten und an eigenen Fehlern (wie bei Syriza). Es braucht klare Wendepunkte, also Mindestbedingungen, klare Projekte und den Aufbau gesellschaftlicher Bündnisse und Gegenmacht. Zur Dialektik der Krise gehört aber auch: Ohne es gut vorbereitet zu versuchen, werden wir die Rechte nicht stoppen können.

LITERATUR

- Balibar, Étienne, 2024: Volksfront oder Kartell der Linken? Das kommende »Volk« – Teil 2, in: neues deutschland, 2.7.2024, www.nd-aktuell.de/artikel/1183406.linke-in-frankreich-volksfront-oder-kartell-der-linken-das-kommende-volk-n-teil.html?sstr=Balibar
- Becker, Lia, 2022: Schnitte durch die zweite Haut, in: LuXemburg Online: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/schnitte-durch-die-zweite-haut/>
- Dies., 2024: Deutschland am Kipppunkt. Blockierte Transformation, das Merz-Projekt und die Gefahr der Faschisierung, in: LuXemburg Online: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/am-kipppunkt-becker/>
- Callison, William/Gago, Verónica, 2025: Die Kettensägen-Internationale, in: LuXemburg Online, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/kettensaegen-internationale/>
- Candeias, Mario, 2025: Faschisierung an der Macht. Von Trump und Meloni zu Merz, in: LuXemburg Online, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/faschisierung-an-der-macht/>
- Demirović, Alex, 2025: Braucht es eine Erneuerung der Faschismustheorie?, in: LuXemburg Online, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/braucht-es-eine-erneuerung-der-faschismustheorie/>
- Goes, Thomas, 2024: Welche Strategie gegen den Rechtsrutsch? Für breite Bündnisse und sozialen Antifaschismus, in: LuXemburg Online, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/mit-wem-gegen-rechts>
- Klein, Naomi/Taylor, Astra, 2025: The rise of endtime fascism, in: The Guardian, 13.4.2025, <https://naomiklein.org/the-rise-of-end-times-fascism/>

MERZ' GRUNDSICHERUNG: ÖL INS GETRIEBE DES NIEDRIGLOHNSEKTORS

HELENA STEINHAUS



Mit der Abschaffung des Bürgergelds stehen krasse
Verschlechterungen für Beschäftigte ins Haus.

Wie die neue Grundsicherung den Druck auf die Lohnabhängigen
erhöht und sie spaltet

Je schlechter das soziale Sicherungssystem, desto wahrscheinlicher ist es, dass Menschen auch Arbeit zu unwürdigen Bedingungen und schlechten Löhnen verrichten. Weil sie dann keine Verhandlungsgrundlage haben, von der aus sie um Mindeststandards ringen können. »Respekt und Augenhöhe« versprach die Ampelkoalition noch vor wenigen Jahren mit dem Bürgergeld. »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen« ist hingegen die klare Drohung, die bei der Neuen Grundsicherung den Ton angibt, auf die sich Union und SPD geeinigt haben. Totalsanktionen und Vermittlungsvorrang sollen die fatale Kombination dieser Neuen Grundsicherung werden, um Menschen alternativlos in Jobs zu pressen und ein klares Signal an die arbeitende Bevölkerung zu senden: Achtung, hier wollt ihr nicht hin! Macht schön euren Job, egal zu welchen Bedingungen!

Für das laufende Jahr fehlen noch 30 bis 40 Milliarden Euro im Bundeshaushalt. Angeblich deswegen will Friedrich Merz (CDU) nun »alle Sozialleistungen auf den Prüfstand stellen«. Aus allen Ecken kommen nun Vorschläge, wie das Land aus der Krise gelangen könnte. Vorschläge, die sich grundsätzlich gegen die Interessen von Lohnabhängigen und armen Menschen richten. »Vollkasko-Mentalität« könne man sich aktuell nicht mehr leisten. Mit der von der Union versprochenen und in den Koalitionsverhandlungen vereinbarten »Abschaffung« des Bürgergelds stehen krasse Verschlechterungen für Beschäftigte zur Diskussion. Sie sollen länger, mehr und härter arbeiten, dabei aber weniger Lohn erwarten und dankbar sein, wenn sie mit 67 nicht in der Altersarmut landen – was vielen aber faktisch blüht. Unter dem Deckmantel, dass »wir« uns

mehr anstrengen müssen, fordert die CDU/CSU, die »taggenaue Arbeitszeiterfassung« abzuschaffen und den Ausnahmekatalog für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung zu erweitern. Zusätzlich werden Überlegungen aus der Wirtschaft laut, ob der erste Krankheitstag ohne Gehaltszahlung »helfen« könne, um die wohl nur wehleidigen Menschen in Deutschland wieder munter zu machen. Oder ob vielleicht ein Feiertag gestrichen werden solle.

MERZ I ODER DIE NEUE GRUNDSICHERUNG

Mit der Einführung der Neuen Grundsicherung, nennen wir sie Merz I, sollen angeblich Milliarden eingespart werden. Wo dieses Einsparpotenzial liegen könnte, ist allerdings niemandem so richtig klar. Als Markus Söder (CSU) am 30. März in der Sendung »Berlin Direkt« nach einer möglichen Summe gefragt wurde, konnte er nur drum herumreden. Genauso wenig kann Carsten Linnemanns (CDU) Büro auf Nachfrage erklären, wo genau die »Hunderttausenden« sind, denen man das Bürgergeld komplett streichen könnte. Zwei Möglichkeiten, wo tatsächlich beachtliche Summen zu holen wären, ohne damit Millionen Menschen zu belasten, seien genannt:

HELENA STEINHAUS ist Gründerin des Vereins Sanktionsfrei, Kritikerin von Hartz IV und Bürgergeld und war in ihrer Jugend selbst armutsbetroffen. Ihr Buch »Es braucht nicht viel« (Co-Autorin: Claudia Cornelsen) ist 2023 im S. Fischer Verlag erschienen.

1 | Gigantische 40 Milliarden Euro Schaden entstanden durch die skrupellosen Cum-Cum- und Cum-Ex-Steuerbetrügereien. Die Aufklärung stockt und möglicherweise werden die ergaunerten Milliarden nie zurückkommen.
2 | Mit sage und schreibe 380 Milliarden Euro bezifferte die *Süddeutsche Zeitung* im Juli 2024 die entgangenen Steuereinnahmen seit dem Aussetzen der Vermögenssteuer 1996.

Die Ampelkoalition hätte sich das Ringen ums Bürgergeld sparen können. Denn es sind kaum nennenswerte Fortschritte gegenüber Hartz IV für die Menschen gewonnen worden. Aber jetzt sind wir wieder genau da, wo wir zuvor mit Hartz IV waren. Es ist sogar noch schlimmer. Denn das gesellschaftliche Klima ist vergifteter als damals. Gingen gegen die Agenda 2010 und Hartz IV noch Hunderttausende auf die Straße, ist die Solidarität mit Menschen in Armut heute erschreckend

gering. Stattdessen finden härtere Sanktionen und niedrigere Regelsätze (MDR 2025) in großen Teilen der Gesellschaft Zustimmung (Focus 2024). Dieses Phänomen kommt nicht von ungefähr. Die Kampagne gegen das Bürgergeld wurde von CDU und CSU bereits vor seiner Einführung strategisch geplant und kontinuierlich gefahren. Auf dem Rücken der Ärmsten haben die Union und ebenso die AfD maßgeblich ihre Zustimmung in der Bevölkerung gesteigert. Die SPD ist von Jahr zu Jahr immer weiter eingeknickt und hat damit ihre eigene Reform der Reform lächerlich und scheinbar unnötig gemacht.

DRASTISCHE SANKTIONEN

Geeignet wurde sich auf härtere Sanktionen, die schneller, einfacher und unbürokratischer umgesetzt werden sollen. Denkbar sind hier die bereits unter der Ampelkoalition verabschiedeten Verschärfungen. Diese sehen vor, dass bereits ein erstes abgelehntes Arbeitsangebot eine 30-Prozent-Sanktion für drei Monate zur Folge hat. Bei einem Regelsatz von nur 556 Euro bedeutet solch eine Kürzung um 168,90 Euro für drei Monate blanke Not.

Totalsanktionen (Steinhaus 2025) beim wiederholten Ablehnen eines Arbeitsangebots sollen vermehrt angewendet werden können. Diese sind seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts hoch umstritten. Allerdings ließ Friedrich Merz verlauten, dass er es auf eine Verfassungsklage ankommen lassen würde. Denn er weiß, dass so ein Prozess Jahre dauern und bis dahin viel Unrecht vollzogen werden kann.

Grundsätzlich ist zu befürchten, dass die verschärften Sanktionen vor allem Menschen treffen werden, die Care-Arbeit und Erzie-

hungsarbeit leisten, wenn angebotene Jobs sich nicht mit diesen Verpflichtungen vereinbaren lassen. Außerdem werden (psychisch) Kranke davon betroffen sein. Menschen, die Angststörungen oder Depressionen haben und ihre Post nicht öffnen können, oder für die allein der Gang zum Jobcenter ein Spießrutenlauf ist. Gerade bei psychischen Krankheiten fehlt es auch oft längere Zeit an einer verlässlichen Diagnose oder der Möglichkeit hierzu, sodass der Zusatz, dass psychisch Kranke geschont bleiben sollen, gar nicht eingehalten werden kann.

Nur 0,38 Prozent aller Bürgergeldbeziehenden wurden letztes Jahr überhaupt sanktioniert, weil sie eine Arbeit oder Maßnahme abgelehnt haben. Es passiert also fast nie. Das permanente In-den-Vordergrund-Stellen von sogenannten Totalverweigerern ist nichts als ein Whataboutism, der dazu dient, nach unten zu treten anstatt nach oben zu schauen, wo die Milliarden kassiert werden.

DER NIEDRIGLOHNSEKTOR WIRD SUBVENTIONIERT

Einkassieren, das tun nämlich diejenigen, die durch ein mieses Sozialsystem Niedriglöhner*innen geliefert bekommen. Hartz IV hat es vorgemacht: Innerhalb kürzester Zeit ist die Anzahl der *working poor* explodiert (WSI 2017). Nach wie vor sind in Deutschland 10,6 Millionen Menschen trotz Arbeit arm. Einer der wichtigsten Fortschritte des Bürgergelds war die Abschaffung des Vermittlungsvorrangs, der zu Hartz-IV-Zeiten maßgeblich dafür gesorgt hatte, Menschen dauerhaft in schlecht bezahlte Jobs zu drängen. Stattdessen sollte mit dem Bürgergeld der Fokus auf Qualifizierung und Weiterbildung und damit

auch auf nachhaltiger Vermittlung in Arbeit liegen. Genau dieser Vermittlungsvorrang soll nun aber wieder eingeführt werden. In Kombination mit den Totalsanktionen ist das die Quasi-Aushebelung des Rechts auf freie Berufswahl. Was für die einzelnen Menschen schlimm ist, ist aber auch für die Staatskasse schlecht, weil schlecht entlohnte Arbeit ergänzende Sozialleistungen nach sich zieht. Kurz: Der Vermittlungsvorrang bedeutet eine groß angelegte staatliche Subventionierung des Niedriglohnssektors.

ANHEBUNG DES MINDESTLOHNS?

Immerhin hat man sich in der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales darauf geeinigt, dass ein Mindestlohn von 15 Euro angestrebt werden soll. Das kann aber auch eine Blendgranate sein. Denn ausdrücklich hält man hierfür an der Entscheidung der Mindestlohnkommission fest, anstatt dies zu einer politischen Entscheidung zu machen. Wenn die Mindestlohnkommission zustimmen sollte, würde sie damit nur verspätet aufholen, was sie in den letzten zehn Jahren versäumt hat: Die Mindestlohnanpassungen blieben immer hinter dem Kriterium zurück, dadurch mit einer Vollzeitstelle oberhalb der Armutsgrenze zu landen. Ausgenommen ist die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro 2023, die eine politische Entscheidung war und kurzzeitig Entlastung gebracht hat. Die Mindestlohnkommission geriet stark in die Kritik, als er daraufhin 2024 und 2025 nur jeweils um 41 Cent angehoben wurde, wodurch die Kaufkraft der Menschen zurückging. Es bleibt abzuwarten, ob die von der SPD geforderten 15 Euro wahr werden. Es ist nicht verwunderlich, dass die Union kein Interesse an einer menschenwürdigen

Grundsicherung hat, ja nicht einmal an einem armutsfesten Mindestlohn. Beides wäre zum Nachteil für Unternehmen und Konzerne, die von billigen Arbeitskräften profitieren und die Jahr für Jahr Parteispenden lockermachen, um genau diese Politik zu fördern.

Aber es kommt noch dicker: Die Unternehmen sollen steuerlich massiv entlastet werden, obwohl es keine Belege dafür gibt, dass dadurch das Wachstum angekurbelt wird (Gechert/Heimberger 2022). Das obere eine Prozent soll am stärksten von weiteren Steuerentlastungen profitieren, die von der Allgemeinheit getragen werden müssen.

Die Regierung in spe macht eines klar: Klassenkampf von oben wird explizit Programm. Die Daumenschrauben bei Menschen im unteren Lohnsegment und bei Menschen in Armut generell werden dafür sorgen, dass die Verteilung von unten nach oben zementiert wird. Die Neue Grundsicherung und mehr ökonomische Gewalt am Arbeitsmarkt werden sich fatal auf die Lohnabhängigen auswirken, während in den Chefetagen der Konzerne die Champagnerkorken knallen.

LITERATUR

- Focus, 2024: Umfrage. Mehrheit der Deutschen will Arbeitsverweigerern Bürgergeld entziehen, 6.8.2024, www.focus.de/politik/deutschland/laut-umfrage-mehrheit-der-deutschen-will-arbeitsverweigerern-buergergeld-entziehen_id_260200137.html
- Gechert, Sebastian/Heimberger, Philipp, 2022: Do corporate tax cuts boost economic growth?, in: European Economic Review 147
- MDR, 2025: Bürgergeld: Vier von Fünf würden Regelungen und Sanktionen verschärfen, 3.1.2025, www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/mdrfragt-umfrage-ergebnisse-buergergeld-100.html
- Steinhaus, Helena, 2025: Bürgergeld-Sanktion: Schwarz-Rot will mehr Vollsanktionen – trotz Verfassungswidrigkeit, in: Surplus, 11.3.2025, www.surplusmagazin.de/schwarz-rot-buergergeld-sondierung-armut
- WSI, 2017: Arm trotz Arbeit: in Deutschland hat sich Erwerbsarmut seit 2004 verdoppelt – stärkster Anstieg unter 18 EU-Ländern, Pressemitteilung, 6.7.2017

MEHR ALS NUR TEIL DER TARIFMASCHINE SEIN GEWERKSCHAFTEN IM AUTORITÄREN SICHERHEITSKAPITALISMUS

JÖRN BOEWE & JOHANNES SCHULTEN



Wir erleben eine Machtverschiebung hin zu restaurativer Ordnungspolitik im Zeichen der Aufrüstung. Worauf sich die Gewerkschaften einstellen und strategische Antworten finden müssen

Die politische Konstellation nach der Bundestagswahl 2025 markiert eine Wegscheide: Mit Friedrich Merz wird ein Kanzler an der Spitze der Bundesregierung stehen, der offener, als es in den vergangenen 20 Jahren in der CDU üblich war, für eine wirtschaftsliberale, unternehmensfreundliche und geopolitisch interventionistische Politik wirbt. Auch wenn die neoliberalen Ambitionen des früheren Blackrock-Funktionärs in einer Koalition mit der SPD gebremst werden dürften: Der Regierungswechsel nach dem Scheitern der halbherzigen und von inneren und äußeren Widersprüchen zerrissenen Reformpolitik der Ampel bedeutet für die Gewerkschaften nicht nur einen Stimmungsumschwung, sondern den Beginn einer neuen Phase struktureller Auseinandersetzungen. Die gesellschaftliche Hegemonie verschiebt sich: weg von sozial- und

klimapolitischen Erneuerungsversuchen hin zu einer restaurativen Ordnungspolitik im Zeichen von Rüstung sowie einer Rückkehr zu fossiler und nuklearer Energie, Standortnationalismus und neuem Kalten Krieg nach außen und wohl auch nach innen. Für die Gewerkschaftsbewegung eine tiefgreifende strategische Herausforderung: Wo steht sie und wofür steht sie noch?

Die Gewerkschaften gehen geschwächt in die kommenden Auseinandersetzungen. 2024 sank die Mitgliederzahl der DGB-Gewerkschaften wieder um 1,5 Prozent. Besonders betroffen waren die IG BAU mit minus 3,2 Prozent, ver.di mit minus 1,8 Prozent und die IG Metall mit minus 1,9 Prozent. Damit setzt sich der strukturelle Abwärtstrend der letzten Jahrzehnte fort (Dribbusch 2025). Die gesellschaftliche Repräsentationskraft der Gewerkschaften erodiert weiter – bei gleich-

zeitig steigenden Anforderungen auf allen zentralen Konfliktfeldern: Rechtsruck in Staat und Gesellschaft, materielle und ideologische Aufrüstung, scheiternde Transformation.

AUTORITÄRE VERSCHIEBUNGEN ODER WAS AUF DIE GEWERKSCHAFTEN ZUKOMMT

Die Koalition wird nicht das Tarifrecht schleifen, aber Migrations- und Arbeitsmarktpolitik sollen zur Disziplinierung der Lohnabhängigen genutzt werden und Investitionen prioritär in Rüstung und Sicherheit fließen, während soziale Rechte unter Vorbehalt gestellt werden. Zentrale Stichpunkte sind »Aktivierung«, Kontrolle und Sanktionierung. Erwerbslose und Geflüchtete sollen verstärkt in die Pflicht genommen werden.

Der Koalitionsvertrag enthält auf den ersten Blick keine offenen Angriffe auf das Arbeitsrecht: Mindestlohn, Mitbestimmung und Tarifbindung werden formal gestützt, ein Bundestariftreuegesetz soll Tarifverträge bei der öffentlichen Auftragsvergabe stärken. Doch hinter dieser Rhetorik stehen gravierende Weichenstellungen. Die geplante Abschaffung der täglichen Höchstarbeitszeit zugunsten einer Wochenarbeitszeit markiert einen tiefen Ein-

JÖRN BOEWE ist Publizist und befasst sich seit vielen Jahren mit gewerkschaftlicher Organisation und Arbeitskämpfen.

JOHANNES SCHULTEN ist Publizist. Gemeinsam mit Jörn Boewe betreibt er das Journalistenbüro »work in progress«.

schnitt – historisch wie gesundheitspolitisch. Damit greift die Koalition eine der ältesten Errungenschaften der Arbeiterbewegung an, den in der Novemberrevolution 1918 eingeführten Achtstundentag. Die SPD verzichtet anders als 2022 auf eine politische Anhebung des Mindestlohns und überlässt dessen Festsetzung vollständig der Mindestlohnkommission, was absehbar zu Reallohnverlusten führen dürfte. Zwar wird die Stärkung der Tarifbindung proklamiert, doch abgesehen vom geplanten Bundestariftreuegesetz fehlen konkrete Instrumente, insbesondere eine Ausweitung der Allgemeinverbindlichkeit. Ein in den Verhandlungen diskutiertes Verbandsklagerecht für Gewerkschaften ist im finalen Vertrag nicht nur verschwunden, sondern wird durch die Aufnahme allgemeiner Ziele des Bürokratieabbaus tendenziell geschwächt.

Gleichzeitig zeigen sich im Koalitionsvertrag harte wirtschaftsliberale Leitlinien. Er enthält die Absage an weitergehende Umverteilungs- oder sozialstaatliche Sicherungskonzepte. Die geplante Umgestaltung des Bürgergelds zur »neuen Grundsicherung« setzt auf schnellere Sanktionen, Verpflichtung zu »zumutbarer Arbeit« und Leistungsentzug bei Verweigerung (vgl. hierzu Steinhaus in diesem Heft). Die Abschaffung der Vermögenskarenzzeit und die Absenkung von Leistungen für Ausreisepflichtige im Asylbewerberleistungsgesetz markieren einen Paradigmenwechsel hin zu einem restriktiv-repressiven Sozialstaat. Hier werden Spaltungen innerhalb der arbeitenden Klasse vertieft und bestehende Entsolidarisierungstendenzen weiter verstärkt. Für Gewerkschaften ist das eine gefährliche Situation, gerade auch deshalb, weil diese Politik nicht als Frontalangriff daherkommt. Ähnlich wie zu Zeiten der Agenda 2010 wird die Versuchung real sein, durch »konstruktives Mitgestalten« Schlimmeres zu verhindern. Tatsächlich droht vielmehr ein Verlust von Gestaltungsmacht. Gewerkschaften laufen Gefahr, zum Legitimationsfaktor eines disziplinierenden Umbaus gemacht zu werden.

Der Rechtsruck der offiziellen Politik wird flankiert von einer rechtspopulistischen Offensive am Arbeitsplatz. Der Aufstieg der AfD macht auch vor den Betrieben nicht halt (vgl. Dörre 2024). 21,9 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder haben laut einer Nachwahlbefragung der Forschungsgruppe Wahlen AfD gewählt, die damit in der Gunst der organisierten Beschäftigten nur 1,4 Prozentpunkte hinter der CDU lag. Die SPD folgte auf Platz 3 (20,6 %), Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke auf Platz 4 und 5 (10,7

und 10 %; Lelek 2025). In manchen Regionen sind in den Betrieben rechte Gegenmilieus entstanden. Nicht nur im Osten. »Es gibt gewerkschaftlich organisierte Personalräte, die offen zur Wahl der AfD aufrufen.« (ver.di 2025) AfD-Positionen reichen inzwischen bis in das gewerkschaftliche Ehrenamt hinein. Zu dieser Bedrohung der Gewerkschaften von innen kommt der Angriff von rechtsradikalen Gruppen wie dem Zentrum, die seit Jahren bei Betriebsratswahlen in der Automobilindustrie oder der Pflege antreten. Große Erfolge jenseits einzelner Betriebsratsmandate wie bei Mercedes in Untertürkheim, Sindelfingen und Rastatt, BMW und Porsche in Leipzig oder VW in Zwickau kann das Zentrum bislang zwar nicht aufweisen (Detje u. a. 2024). Allerdings könnte sich das bei einer Verschärfung der Krise bald ändern.

Der autoritäre Populismus bietet scheinbar einfache Lösungen für reale Probleme, die gerade auf in prekarierten, entwerteten oder zuletzt krisenhaften Sektoren wie der Autoindustrie Beschäftigte Anziehungskraft ausüben. Dass diese Scheinantworten nicht funktionieren, tut ihrer Attraktivität aber nicht unbedingt Abbruch, denn Konkurrenzangebote – Neoliberalismus, Gewerkschaften, linke Konzepte – sind im Erfahrungshorizont vieler Abgekoppelter bereits gescheitert. Selbst immer mehr Gewerkschaftsmitglieder haben in zentralen gesellschaftlichen Fragen wie Migration andere Auffassungen als der Funktionärskörper. Letztere reagieren mit Ignorieren, einer demonstrativen Beschwörung der »Einheit aller Demokraten« oder punktuellen Abwehrmaßnahmen. Gewerkschaften werden in abgestiegenen oder vom Abstieg bedrohten Teilen der Arbeiterklasse mehr

und mehr als Teil des etablierten politischen Systems wahrgenommen. Hier drohen sie an Bindungskraft zu verlieren. Entscheidend ist, nicht nur defensiv auf autoritäre und rechtspopulistische Tendenzen zu reagieren, sondern dies mit eigenständigen klassenpolitischen Positionen zu tun. Dazu gehört, gesellschaftliche Spaltungslinien zu benennen und offensiv für soziale Gerechtigkeit, demokratische Mitbestimmung und solidarische Perspektiven einzutreten. Vielversprechend sind Ansätze, die den direkten Dialog mit Belegschaften vor Ort suchen – auch dort, wo Meinungen außerhalb des gewerkschaftlichen Mainstreams vertreten werden. Zur Wahrheit gehört auch, dass diese Ansätze angesichts knapper Ressourcen alles andere als einfach umzusetzen sind. Interessant wäre, ob erfolgreiche kämpferische Bewegungen wie die ver.di-Krankenhausbewegung messbare Auswirkungen auf das politische Bewusstsein und Wahlverhalten ihrer Beteiligten haben.

AUSGEBREMSTE TRANSFORMATION

Die sozial-ökologische Transformation wird ausgebremst und aufgegeben: zwischen inkonsequenten politischen Maßnahmen, widerstrebenden Interessen und fehlender strategischer Kohärenz. Hohe Energiepreise, geopolitische Unsicherheiten und ein Ausbleiben strategischer Industriepolitik führen zu Deindustrialisierungstendenzen, insbesondere in zentralen Branchen wie dem Fahrzeug- und Maschinenbau. In Letzterem schrumpfte die Produktion 2024 um acht Prozent (BDI 2024).

Die Automobilindustrie – jahrelang Wachstumsmotor und Machtzentrum der IG Metall – steht unter Druck: Elektroautos verkaufen sich schlechter als geplant, immens

wichtige Absatzmärkte für das deutsche Exportmodell in China und den USA brechen teilweise weg. Vor allem im wachsenden Segment der batterieelektrischen Fahrzeuge (BEV) bedrohen neue, vielfach innovativere Anbieter die dominanten Marktanteile. Sicherlich ist das alles auch Folge einer Reihe von Fehlentscheidungen der Konzernleitungen. Doch die Tiefe der Krise lässt sich nicht allein darauf zurückführen. Die doppelte Transformation aus Dekarbonisierung und Digitalisierung des Produkts Auto geht einher mit einer Verschiebung des Zentrums der globalen Automobilindustrie in Richtung China. 2024 wurden weltweit fast elf Millionen BEV verkauft, acht Millionen davon in China (Fraunhofer ISI 2025). Die politischen Entscheidungsträger*innen in Deutschland ignorieren diese Entwicklung bisher vollständig und zielen auf Steuererleichterungen, Standortprämien, Verbilligung von Energie und Aufweichungen klimapolitischer Vorgaben ab. Alles, nur keine Transformationsstrategie.

Gerade die Industriegewerkschaften IG Bergbau, Chemie, Energie (BCE) und IG Metall tun sich sichtbar schwer in dieser Konstellation. Die programmatischen Forderungen reichen von mehr staatliche Investitionen in Infrastruktur und Innovation über eine Entlastung energieintensiver Unternehmen, die Kopplung öffentlicher Förderungen an Tarifbindung, Standort- und Beschäftigungssicherung bis zu Überlegungen zu *Local-content*-Regelungen auf EU-Ebene (vgl. IG Metall 2024). Debatten, die über diesen wirtschaftsstandortzentrierten Horizont hinausweisen und auf eine sozial-ökologische Transformation abzielen (siehe z. B. Candeias/Krull 2022), sind in den Hintergrund getreten und erhalten

weniger öffentliche Aufmerksamkeit als noch vor drei oder vier Jahren.

Verschwunden sind sie indes nicht. Ein kürzlich gemeinsam von IG Metall und Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) veröffentlichtes Positionspapier ist ein Beispiel für zukunftsorientierte gewerkschaftliche Industriepolitik. In diesem fordern Betriebsräte aus dem Schienenfahrzeugbau, der Stahlindustrie und dem Deutschen Bahn-Konzern, Beschäftigung entlang der Wertschöpfungskette zu organisieren und für die notwendige Verkehrswende einen branchenübergreifenden Ansatz zu wählen, der notwendige Reformen bei der Deutschen Bahn (mehr staatliche Steuerung) mit klimaneutralen zukunftsorientierten Maßnahmen wie der Schaffung europäischer Leitmärkte für »grünen« Stahl als zentralem Rohstoff für den Schienenfahrzeugbau verknüpft (EVG 2025). Doch Papier ist bekanntlich geduldig.¹ Ob und wie entschlossen beide Gewerkschaften bereit sind, für diese Forderungen zu mobilisieren, wird sich zeigen.

MILITARISIERUNG VON POLITIK UND GESELLSCHAFT

Seit 2022 steht die bundesdeutsche Politik unter dem Zeichen der »Zeitenwende«. Rüstung wird zum Staatsziel, Aufrüstung zur Daueraufgabe, militärische Logik dringt mehr und mehr in zivile Bereiche vor. Bundeswehr, Polizei und Geheimdienste werden ideologisch und materiell aufgewertet. Parallel dazu verändert sich das gesellschaftliche Klima. Reklamierte die letzte Bundesregierung zu Beginn ihrer Amtszeit noch Fortschritt als zentrales Leitmotiv, wird dieses nun durch Sicherheit ersetzt. Für Gewerkschaften ist das

keine Randfrage. In einem Klima autoritärer Sicherheitsrhetorik, wachsender Repression gegen soziale Bewegungen und eines aggressiven Antifeminismus und Antimigrationsdiskurses schrumpfen nicht nur die Handlungsspielräume, sondern auch die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit gewerkschaftlicher Positionen – sofern sie nicht selbst ins Fahrwasser einer neuen Logik des Kalten Krieges geraten.

Mit dem Sondervermögen Bundeswehr von 2022 und der Grundgesetzänderung im März 2025 wurde der finanzielle und institutionelle Rahmen geschaffen, um den Sicherheitssektor dauerhaft zu privilegieren. Parallel werden Stimmen lauter, die eine stärkere Rolle von Bundeswehr und Polizei im Innern fordern: etwa in der »Resilienz-Politik«, beim Katastrophenschutz sowie in Schulen (vgl. Bundesregierung 2022). Diese Militarisierung des gesellschaftlichen Klimas bleibt nicht folgenlos: Demokratische Konfliktaustragung wird diskreditiert, Streikrecht und Protest geraten unter Legitimationsdruck, autoritäre Staatlichkeit gewinnt an Boden. Für die Gewerkschaften ist dies doppelt gefährlich: zum einen, weil sie als Akteure kollektiver Gegenmacht selbst zur Zielscheibe werden können, zum anderen, weil sie Gefahr laufen, sich aus vermeintlicher Staatsräson in die Logik des Sicherheitskapitalismus einzupassen.

Es ist absehbar, dass die neue Bundesregierung einen veränderten industriepolitischen Kurs einschlagen wird, der dem militärisch-industriellen Komplex einen zentralen Platz in der wirtschaftlichen Entwicklung zuweist. Der Staat belebt die Konjunktur durch öffentliche Nachfrage nach Waffen und Sicherheitstechnologien, die Rüstungsindustrie wird zur Trägerin regionaler Entwicklung,

Forschung, Infrastruktur und industrielle Kapazitäten werden auf Kriegsfähigkeit getrimmt. Im Gegensatz zu kreditfinanzierten Investitionen in zivile Infrastruktur führt der Rüstungskeynesianismus nicht zu neuem gesellschaftlichem Vermögen, sondern zu gigantischer Wertvernichtung. Im Gegensatz zu Brücken, Schulen oder Bahnlinien tragen Panzer, Drohnen und Artilleriemunition nicht zur gesellschaftlichen Wohlfahrt bei. Sie sind reine Verbrauchsprodukte, die durch ihren Einsatz oder – bestenfalls – technologischen Verfall in kurzer Zeit entwertet werden. Aufrüstung bindet massive Ressourcen (Material, Arbeitskraft, Forschung etc.) für Produkte, die per Definition nur durch ihre Zerstörungskapazität »nützlich« sind. Ideologisch einher geht damit zwangsläufig eine Delegitimierung demokratischer und friedenspolitischer Verantwortung.

Für die Gewerkschaften ist dies eine nicht zu unterschätzende strategische Herausforderung. Obwohl Rüstung Arbeitsplätze sichert, bedeutet sie zugleich Verdrängung ziviler Investitionen. So dürfte sich aktuell so manche Werft fragen, ob angesichts der politischen Konjunktur der geplante Einstieg in die Fertigung von Konverterplattformen für Offshore-Windparks nicht zugunsten der Produktion von wesentlich lukrativeren Kriegsschiffen zurückgestellt werden sollte. Entsprechende Diskussionen gibt es bereits für die Weiternutzung von ehemaligen Autoproduktionsstandorten (Jansen/Mußgens 2025).

Es ist leicht, von außen die Haltung der IG Metall zur Militarisierung der Industrie zu kritisieren. Die Realität vor Ort ist kompliziert. Was macht eine IG-Metall-Geschäftsstelle, die gerade zwei ihrer größten Betriebe durch

die Krise der Automobilindustrie verloren hat, wenn Rheinmetall anbietet, einen der Standorte zu übernehmen? In einer Region, die wirtschaftlich vom Fahrzeugbau geprägt ist, bedeutet der Verlust eines großen Automobilwerks nicht nur den Verlust von Arbeitsplätzen, sondern auch von Perspektiven. Die Aussicht auf einen neuen Großinvestor ist zunächst eine Rettung – selbst wenn er aus der Rüstungsindustrie kommt. Jeder neue Arbeitsplatz, jeder Tarifvertrag, der ausgehandelt werden kann, erscheint in dieser Situation als Erfolg. Auf dieser Ebene ist die Unterstützung für Rüstungsproduktion zumindest verständlich – auch wenn sie langfristig mit friedenspolitischen Grundsätzen der Gewerkschaft kollidiert. Es ginge auch anders: Im Fall des ab 2027 zum Verkauf stehenden VW-Werks in Osnabrück haben sich IG Metall und der Standort-Betriebsrat klar für eine Weiterführung als »ziviler Industriestandort« eingesetzt.

REPOLITISIERUNG ODER VERLÄNGERTER ABSTIEG?

Es gibt auch erfolgreiche Gegenbewegungen zu den katastrophalen gesellschaftlichen Entwicklungen. Ver.di hat in den letzten Jahren mit konsequentem Organizing, besonders im Krankenhausbereich, neue Wege beschritten. Die Idee der »Tarifbotschafter*innen«, der kollektiven Beteiligung und der Eskalationsfähigkeit scheint in breiteren Teilen der Organisation angekommen zu sein. Der Wandel bei ver.di ist Ausdruck eines gezielten Strategiewechsels hin zu einem »systematischen gewerkschaftlichen Starkeaufbau« (vgl. Durben u. a. 2024). Er zeigt sich besonders deutlich in drei Bereichen: im Krankenhausbereich, im Bereich Bildung/Erziehung und soziale Dienste sowie

im Verkehrsbereich. Auch bei der IG Metall und der IG BAU gibt es Erfahrungen mit dem erfolgreichen Einsatz neuer Methoden. Selbst in einer Phase allgemeiner Erosion können neue Formen gewerkschaftlicher Kampfkultur entstehen und weiterentwickelt werden.

Gewerkschaften stehen am Scheideweg. Wollen sie gesellschaftliche Akteure bleiben, müssen sie mehr sein als Tarifmaschine. In Zeiten von Krieg, Krise und autoritärer Wende stellt sich die Frage neu: Für welche Gesellschaft streiten wir – und mit welchen Mitteln? Das Festhalten an Standortlogik, Klientelpolitik und Sozialpartnerschaft wird genauso wenig reichen wie eine Politik, die auf Besitzstandswahrung ausgerichtet ist. Was fehlt, ist eine offensive, strategische Antwort auf den autoritären Sicherheitskapitalismus, der sich nicht nur in der Militarisierung der Außenpolitik, sondern auch in der Disziplinierung der Arbeitswelt und der Aushöhlung sozialer Rechte zeigt. Der Kampf um gute Arbeit ist mehr als eine Lohnrunde. Es geht um eine Repolitisierung der Arbeitspolitik, die soziale Gerechtigkeit, demokratische Kontrolle und friedenspolitische Verantwortung zusammendenkt. Die derzeitige Defensive ist real, aber sie ist kein Schicksal. Gewerkschaften haben bewiesen, dass sie auch anders können – wenn sie sich mit anderen zusammenschließen und als Motor einer demokratischen, sozialen Transformation erweisen.

LITERATUR

BDI – Bundesverband der deutschen Industrie, 2024: Quartalsbericht Deutschland IV/2024: Deutschland bleibt in der Rezession stecken, Berlin, <https://bdi.eu/media/publikationen#/publikation/news/quartalsbericht-deutschland-iv-2024>

Bundesregierung, 2022: Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen, www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/

bevoelkerungsschutz/BMI22017-resilienz-katastrophen.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Candeias, Mario/Krull, Stephan (Hg.), 2022: Spurwechsel. Studien zu Mobilitätsindustrien, Beschäftigungspotenzialen und alternativer Produktion, Hamburg

Detje, Richard/Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Wagner, Hilde 2024: Die AfD – eine »Arbeiterpartei« ohne betriebliche Basis?, in: LuXemburg Online, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/afd-in-arbeiterschaft/>

Dörre, Klaus, 2024: Die verlorene Ehre der Arbeiter: Wie Populisten die Problemrohstoffe der Gesellschaft ausnutzen, Bundeszentrale für politische Bildung, 20.11.2024, www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/556662/

Dribbusch, Heiner, 2025: DGB-Gewerkschaften wieder im Minus, in: express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit 2–3/2025, 2–3

Durben, Sebastian, u. a. 2024: Gewerkschaftlicher Macht- aufbau bei Lufthansa: Wie der Arbeitskampf von den Tarifverfahren in anderen Branchen profitierte, 16.12.2024, www.rosalux.de/news/id/52894/

EVG, 2025: Unternehmens- und gewerkschaftsübergreifendes Positionspapier Bahnbranche. 11 Punkte für die Zukunft einer starken Bahn und Bahnindustrie!, www.evg-online.org/fileadmin/user_upload/25-03-21_Positionspapier_Bahnbranche_final.pdf

Fraunhofer ISI, 2025: Batterie-Update: Elektroauto-Verkäufe 2024: Chinesische Hersteller auf dem Vormarsch, Stagnation in Europa, Karlsruhe, www.isi.fraunhofer.de/de/blog/themen/batterie-update/elektroauto-verkauefe-2024-china-vormarsch-stagnation-europa.html

IG Metall, 2024: 11-Punkte-Zukunftsplan zum Erhalt unseres Industrielands, www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/wirtschaftspolitik/fuer-modernes-innovatives-und-gerechtes-industrieland

Jansen, Jonas/Müßgens, Christian, 2025: Kriegsmaschinen aus der Autobranche, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.4.2025, www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/vw-und-co-im-dilemma-soll-die-autobranche-ins-ruestungsgeschaef-einsteigen-110395593.html

Lelek, Christian, 2025: Gewerkschaften: Weder rot noch ein Bollwerk gegen rechts. Gewerkschaftsmitglieder wählten zuallererst CDU und AfD, die SPD ist nur noch dritte Wahl, in: neues deutschland, 28.2.2025, www.nd-aktuell.de/artikel/1189438.bundestagswahl-gewerkschaften-weder-rot-noch-ein-bollwerk-gegen-rechts.html

ver.di, 2025: Wir brauchen mehr Präsenz in den Betrieben! Ein Kommentar von Domenico Di Leva zum Umgang mit der AfD, 2.4.2025, <https://ver-und-entsorgung.verdi.de/service/publikationen/++co++845ec686-obcd-11fo-a3c3-d30berd9921a>

1 Vgl. www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/Rheinmetall-Delegation-besucht-VW-Werk-in-Osnabrueck,vw6558.html.



James Baldwin (1924–1987)
James Baldwin war ein bedeutender US-amerikanischer Schriftsteller und politisch aktiv in der Bürgerrechtsbewegung. In seinen Texten thematisierte er immer wieder Rassismus, sexuelle Identität und gesellschaftliche Zwänge. Bild: Mustapha Boutadjine aus unserer Bildreihe »Widerständige Collagen« in diesem Heft

DAS GESPENST DER DEINDUSTRIALISIERUNG

THOMAS SABLOWSKI



Ob Automobil- oder Stahlbranche, um den Industriestandort Deutschland scheint es schlecht bestellt. Wie tief reicht die Krise und wie verändert sich der Produktionsapparat gegenwärtig? Und kommt es nach dem gescheiterten Green Deal zum Militärkeynesianismus?

Das Gespenst der Deindustrialisierung geht um beim ehemaligen »Exportweltmeister Deutschland«. Der Standort sei schlichtweg zu teuer, behaupten Wirtschaftsvertreter*innen und fordern allenthalben »Reformen« – seit der Hochzeit des Neoliberalismus in den 1990er Jahren ein Synonym für Angriffe auf die Errungenschaften der Lohnabhängigen, auf Arbeits- und Sozialstandards. Aber was ist dran an der befürchteten Deindustrialisierung? Ist sie nur ein Vorwand, um an einer ökologisch desaströsen Produktion festzuhalten, um die Lohnabhängigen zu erpressen und die Umverteilung zu ihren Ungunsten voranzutreiben? Oder handelt es sich um eine reale Gefahr mit möglicherweise weitreichenden Folgen für den Lebensstandard der Masse der Bevölkerung? Inwieweit hat die deutsche Industrie tatsächlich an Kon-

kurrenzfähigkeit eingebüßt? Wie verändert sich der Produktionsapparat in Deutschland gegenwärtig?

DIE URSACHEN DER AKTUELLEN KRISE

Tatsächlich schrumpft die deutsche Wirtschaftsleistung seit mehr als zwei Jahren. Im Vergleich zu den Einbrüchen des Bruttoinlandsprodukts während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 und während der Covid-19-Pandemie 2020 handelt es sich zwar um eine milde Rezession, dafür dauert sie allerdings länger an. Die unmittelbaren Ursachen liegen auf der Hand: der Krieg in der Ukraine sowie die damit verbundenen Sanktionen, die zu drastisch steigenden Energiepreisen geführt haben, die sinkenden Realeinkommen, die durch die hohen Inflationsraten bedingt sind und die inländische

Nachfrage schwächen, die Immobilienkrise und die deflationären Tendenzen in China, die neue Außenhandelspolitik der USA und die wachsende Unsicherheit in den Beziehungen zu den USA und zu China, den wichtigsten Exportmärkten für deutsche Unternehmen, die die Investitionsneigung der Kapitalist*innen beeinträchtigt.

In längerfristiger Perspektive haben wir es mit der Erschöpfung des globalisierten und finanzierten Akkumulationsregimes zu tun, das die letzten Jahrzehnte geprägt hat. Den Herrschenden in Deutschland ist es zwar gelungen, die Probleme, die aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007–09 und der ungleichen Entwicklung in der EU resultierten, auf die schwächeren EU-Länder abzuwälzen und mehr Waren sowie Kapital in Länder außerhalb der EU zu exportieren. Dabei profitierte das deutsche Kapital vor allem von der Ausdehnung der Produktion und der Entwicklung des Binnenmarktes in China. Die Profitraten der deutschen börsennotierten Unternehmen sind im Trend jedoch seit 2007 gesunken. 2019, also noch vor der Coronakrise, war die Eigenkapitalrendite der börsennotierten Un-

THOMAS SABLOWSKI ist Politologe und Referent für Politische Ökonomie der Globalisierung am Zentrum für Analyse und Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie Redakteur dieser Zeitschrift.

ternehmen in der Industrie bereits niedriger als im Krisenjahr 2009.

Das globalisierte und finanzierte Akkumulationsregime hat nicht nur an Dynamik verloren; seine inneren Widersprüche kommen auch zunehmend stärker zur Geltung. So hat sich die Bildung der transnationalen Produktionsnetzwerke massiv auf den Wert der Arbeitskraft ausgewirkt: Zum einen wurden die Lohnabhängigen durch die Androhung von Produktionsverlagerungen unter Druck gesetzt und ihnen wurden vielfach Zugeständnisse wie Lohnsenkungen, die Verlängerung der Arbeitszeiten und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abgepresst. Zum anderen wurde die Reproduktion der Arbeitskraft durch Importe billiger Konsumgüter, die an den Niedriglohnstandorten in (semi-)peripheren Staaten hergestellt wurden, ökonomisiert. Aus der Perspektive des Kapitals erübrigt

sich durch die so erreichbare Steigerung der Ausbeutung zunehmend der Weg, der über hohe Investitionen im Inland, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die dadurch bewirkte Verbilligung der Waren, die in die individuelle Konsumtion der Arbeiter*innen eingehen, zu einer Steigerung des relativen Mehrwerts führt, zumal dieser Weg auch die Basis für starke Gewerkschaften ist bzw. Zugeständnisse des Kapitals an die Lohnabhängigen in Form einer Umverteilung der Produktivitätsgewinne erfordert.

Die dominante Ausbeutungsstrategie hat jedoch negative Auswirkungen auf die inländische effektive Nachfrage und das Wachstum. Eine weitere Konsequenz des globalisierten und finanzialisierten Akkumulationsregimes ist der Verfall der Infrastruktur und der öffentlichen Dienstleistungen, denn es geht mit einer Verschlechterung der öffentlichen Finanzen einher. Die Steuersenkungen für Unternehmen, Kapitaleigner*innen und andere Bezieher*innen hoher Einkommen sowie die relativ niedrigen Lohnzuwächse führen auch zu relativ geringen Steuereinnahmen, steigender Staatsverschuldung und einer Einschränkung der Staatsausgaben. So hat die Verrottung der Infrastruktur inzwischen ein Maß erreicht, das die Profitabilität des Kapitals beeinträchtigt, wenn sich beispielsweise Transportzeiten wegen kaputter Brücken, Straßen und Eisenbahntrassen verlängern und so die Umschlaggeschwindigkeit des Kapitals vermindert wird. Der Staat fungiert nicht mehr ausreichend als Garant der allgemeinen Produktionsbedingungen des Kapitals – selbst die Wirtschaftsverbände rufen nun nach höheren öffentlichen Investitionen.

Weitere strukturelle Probleme des Kapitalismus in Deutschland ergeben sich aus der Entwicklung in China. Die Volksrepublik ist längst nicht mehr nur die verlängerte Werkbank der Konzerne aus den alten kapitalistischen Zentren; vielmehr bekommen diese zunehmende Konkurrenz durch chinesische Unternehmen, die auf dem gleichen oder gar einem höheren technologischen Niveau operieren.

EINE NEUE WELLE VON KAPITALEXPORTEM UND WIDERSPRÜCHLICHE ENTWICKLUNGEN IM INNEREN

Der Anstieg der Energiepreise und die Verschlechterung der inländischen Produktionsbedingungen haben im Jahr 2022 zu einem starken Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Verhältnis zum Vorjahr geführt. Die Zahl der deutschen Unternehmen mit ausländischen Tochtergesellschaften stieg von 31 868 auf 41 067; die Zahl der Beschäftigten in den ausländischen Tochtergesellschaften stieg von 6,2 Millionen auf 7,8 Millionen. Der durch die Produktion deutscher Unternehmen im Ausland erwirtschaftete Umsatz stieg von 2,7 Billionen Euro auf 3,9 Billionen Euro (Deutsche Bundesbank 2022).¹ Mit anderen Worten: Die Krise hat zu einem erheblichen Anstieg von Kapitalexporten geführt.

Gleichzeitig ist ein Anstieg der Erwerbslosigkeit im Inland zu beobachten. Nach den Daten der Bundesagentur für Arbeit waren im März 2025 2 967 080 Personen offiziell erwerbslos; das waren sieben Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Auch die Zahl der »Unterbeschäftigten« (eigentlich Erwerbslose, die aber nicht als solche gezählt werden,

weil sie z. B. aktuell an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen oder kurzfristig arbeitsunfähig sind) stieg um 97 000 gegenüber dem Vorjahresmonat. Im Vergleich zum März 2023 war die Zahl der offiziell Erwerbslosen im März 2025 um 373 306 und die Zahl der Unterbeschäftigten um 232 982 höher. Die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) stieg von 5,6 Prozent im März 2023 auf 6,3 Prozent im März 2025.

Die wachsende Erwerbslosigkeit bedeutet allerdings nicht im Umkehrschluss, dass die Zahl der Erwerbstätigen oder der lohnabhängig Beschäftigten gesunken wäre. Im Gegenteil: Die Zahl der Erwerbstätigen stieg leicht auf 45 804 000 im Januar 2025; die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg im selben Zeitraum ebenfalls leicht, auf 34 805 200 (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2023, 2025). Die gleichzeitige Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen ist ein Resultat der wachsenden (Erwerbs-)Bevölkerung, die wiederum dadurch bedingt ist, dass mehr Menschen zugewandert als abgewandert sind und dass mehr Frauen in den Arbeitsmarkt integriert wurden. Die Kapitalist*innen sind offenkundig nicht in der Lage, allen Arbeitssuchenden Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, aber diese Zahlen deuten (noch) nicht auf eine Deindustrialisierung hin.

Das Gleiche gilt für die Entwicklung der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe. Die Zahl der Beschäftigten dort stieg von 4,7 Millionen im Jahr 2007 auf 5,1 Millionen im Jahr 2018 (+9,3 %) und sank danach bis 2024 um circa 61 000 (–1,2 %; vgl. Destatis o. J.). Per Saldo ist die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe also heute immer

noch höher als vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007ff. Der Saldo verdeckt die durchaus unterschiedlichen Branchenentwicklungen. So sinkt die Beschäftigung im Bergbau, in der Textil- und Bekleidungsindustrie, in der Produktion von Lederwaren, Schuhen und Möbeln sowie in der Druckindustrie seit Langem, und dieser Trend hält bis heute an. Es gibt aber auch Industrien, in denen die Beschäftigung in den letzten Jahren zugenommen hat. Dazu zählen die Lebensmittelindustrie, die Chemie- und Pharmaindustrie sowie die Herstellung von elektronischen und optischen Erzeugnissen.

EXPANSION UND KRISE DER AUTOMOBILINDUSTRIE

Eine besondere Rolle spielt die Autoindustrie, die die deutsche Wirtschaft in hohem Maße prägt. Von 2007 bis 2018 wuchs die Zahl der unmittelbar in der Produktion von Kraftwagen und Kraftwagenteilen Beschäftigten von 726 000 auf 834 000. Mehrere Faktoren trugen dazu bei, dass die deutsche Autoindustrie in dieser Periode stark expandierte: Erstens führten die Lohnzurückhaltung und die Drosselung des inländischen Konsums zu verhältnismäßig niedrigen Inflationsraten, die die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Produzenten vor allem im Verhältnis zu ihren Konkurrenten in der EU verbesserte. Den Ländern mit höheren Inflationsraten war in der Eurozone der Weg verwehrt, durch eine Abwertung ihrer Währung ihre internationale Konkurrenzfähigkeit zu verteidigen. Zweitens führten die niedrigen Inflationsraten in Deutschland auch zu einem niedrigeren inländischen Zinsniveau. Deutsche Unternehmen konnten sich also

günstiger refinanzieren als ihre Konkurrenten in Ländern mit höheren Zinsen. Drittens konzentrierten sich die deutschen Hersteller erfolgreich auf das sogenannte Premiumsegment des Automobilmarktes, also relativ teure Fahrzeuge mit einer relativ großen Gewinnspanne.

Schon vor der Covid-19-Pandemie setzte jedoch ein Trendbruch ein. Die inländische Produktion, die von 2010 bis 2018 stets mehr als 5 Millionen Pkw pro Jahr betrug, sank von einem Höchststand von 5,7 Millionen im Jahr 2016 auf nur noch 3,1 Millionen im Jahr 2021. Nach der Pandemie stieg die Produktion wieder, ohne jedoch ihr früheres Niveau zu erreichen. 2024 betrug sie knapp 4,1 Millionen Pkw (vgl. VDA o. J.). Die Zahl der Beschäftigten in der Branche sank auf 773 000 im Jahr 2024 (vgl. Destatis o. J.). Der Rückgang der Zahl der Beschäftigten um 61 000 entspricht fast genau dem Rückgang der Zahl der Beschäftigten im gesamten verarbeitenden Gewerbe (s. o.). Die wirkliche Bedeutung der Autoindustrie spiegelt sich in diesen Zahlen nur teilweise wider, denn große Teile der Metallerzeugung und -verarbeitung, der chemischen Industrie, des Maschinenbaus, der Halbleiterindustrie und weiterer Branchen sind von der Autoindustrie abhängig. Wir haben es hier mit einer veritablen Branchenkrise zu tun. Die Automobilhersteller VW, Mercedes, BMW, Ford und Opel und zahlreiche Zulieferer wie Bosch, Continental, Schaeffler, Schuler, Valeo oder ZF haben den Abbau Zehntausender weiterer Arbeitsplätze in den nächsten Jahren angekündigt.

In der Autoindustrie kommen verschiedene Probleme zusammen: das angekün-

digte Aus des Verbrennungsmotors, der technologische Rückstand der deutschen Hersteller gegenüber Unternehmen in den USA und China bei der Batterietechnologie, der Digitalisierung der Fahrzeugsteuerung und dem autonomen Fahren, der erratische Kurs der deutschen Regierungspolitik bei der Schaffung der Rahmenbedingungen für die digitale und ökologische Transformation, Kaufkraftverluste und Kaufzurückhaltung aufgrund zeitweilig hoher Inflationsraten, die mangelnde Produktion erschwinglicher kleiner Elektroautos aufgrund der Profitstrategien der deutschen Hersteller, die bisher auf den Verbrennungsmotor und die Premiumklasse ausgerichtet waren, der durch US-Präsident Trump entfesselte Handelskrieg und die deflationären Tendenzen in China.

Durch die geplante Umstellung vom Verbrennungs- auf den Elektromotor werden ganze Produktionsbereiche obsolet. Elektroautos benötigen kein Getriebe und keine Auspuffanlage. Eine Studie des Verbands der Automobilindustrie (VDA) schätzt, dass von 2019 bis 2030 etwa ein Drittel der Arbeitsplätze in der Produktion von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen wegfällt. Der VDA kalkulierte allerdings, dass gleichzeitig 110 000 Arbeitsplätze durch wachsende Bereiche, die für die Elektrifizierung und Digitalisierung der Fahrzeuge notwendig sind, entstehen könnten. Dennoch bliebe ein erheblicher Arbeitsplatzverlust aufgrund des per Saldo schrumpfenden Arbeitsvolumens, das für die Autoproduktion notwendig ist.

Um den Rückstand gegenüber der US-amerikanischen und chinesischen Industrie aufzuholen, sind hohe Investitionen notwendig. Dies stellt die Unternehmen vor

erhebliche Herausforderungen. Ihre Reaktion unterscheidet sich von den in den vergangenen Jahrzehnten eingeübten Mustern der Krisenbewältigung. Während die globale Finanzkrise und die Coronakrise noch mit einer Mischung aus Kurzarbeit, Entlassung von Leiharbeiter*innen, Ausnutzung der »natürlichen Fluktuation« etc. bewältigt wurden, stehen nun tiefere Einschnitte an. Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen zur Beschäftigungssicherung werden von den Unternehmen aufgekündigt, Massenentlassungen und Werksschließungen stehen plötzlich auf der Tagesordnung, größere Lohnsenkungen werden gefordert, ohne dass Gegenleistungen in Aussicht gestellt werden.

Besonders beunruhigend: Auch Bereiche, die für die digitale und ökologische Transformation benötigt werden, sind vom Abbau betroffen. So will der Autozulieferer ZF, der seine modernsten elektronischen Lenksysteme (*steer-by-wire*) inzwischen in China produziert, seine Entwicklungsabteilungen für Elektronik hierzulande abstoßen und die Sparte für Elektromobilität ausgliedern. Gründe sind die geringe Auslastung der Werke und die mangelnde Amortisierung der Investitionen, weil sich Elektroautos in Deutschland nicht wie geplant verkaufen.

WACHSENDE ZWEIFEL AN DER »GRÜNEN« TRANSFORMATION – BEISPIEL STAHLINDUSTRIE

Der notwendige ökologische Umbau der Industrie, der Industriearbeitsplätze sichern könnte, stößt in verschiedener Hinsicht auf Schwierigkeiten. Die Versuche der Bundesregierung, die einheimischen Großunternehmen durch eine stärkere Industriepolitik im Hinblick auf die weitere Digitalisierung

und den »grünen« Industrieumbau gezielt zu fördern, riefen Widerstände innerhalb des deutschen Machtblocks hervor. Insbesondere das nichtmonopolistische Kapital, die kleinen und mittleren Unternehmen, befürchteten, dass ihnen diese Subventionen nicht zugutekommen würden und sie letztlich durch höhere Steuern negativ getroffen würden. Neoliberale Ideolog*innen sind per se gegen eine staatliche Industriepolitik. Die bisherigen Regierungen setzten klimapolitisch vor allem auf eine CO₂-Bepreisung, versäumten es aber, die subalternen Klassen durch soziale Ausgleichsmaßnahmen für steigende Preise einzubinden. Nach dem Scheitern der Ampelkoalition blieb es der neuen Koalition von Union und SPD überlassen, die Widerstände gegen höhere staatliche Investitionen im Bereich der Infrastruktur und die stärkere Subventionierung von Großunternehmen zu überwinden. Dass nun im Laufe der nächsten Jahre durch eine zusätzliche Kreditaufnahme 500 Milliarden Euro für staatliche Infrastrukturinvestitionen mobilisiert werden können, ist allerdings auch keine hinreichende Bedingung für eine ökologische Transformation. Es sind vor allem private Investitionsentscheidungen, von denen abhängt, wie sich der deutsche Produktionsapparat entwickelt. Und hier zeigt sich, dass auch die Strategien der maßgeblichen Großunternehmen, die die Hauptprofiteure staatlicher Subventionen sind, nicht klar auf den ökologischen Umbau ausgerichtet sind. Sich verändernde und unsichere Weltmarktbedingungen erschweren auch die notwendigen langfristigen Investitionsentscheidungen.

Aus all diesen Gründen stößt die Durchsetzung des Projekts »grüner Kapitalismus«

in Deutschland auf Schwierigkeiten. Ein Beispiel: Thyssenkrupp sollte zwei Milliarden Euro für den Bau und Betrieb einer neuen Direktreduktionsanlage für »grünen« Stahl in Duisburg von der Bundesregierung und dem Land Nordrhein-Westfalen erhalten. Der Konzern selbst wollte eine Milliarde Euro investieren. Die Europäische Kommission genehmigte die Beihilfen im Juli 2023. Wenig später wurde die Realisierung der Pläne jedoch in Zweifel gezogen. Die erwarteten Kosten für die neue Anlage waren inzwischen gestiegen. Aktionärsvertreter*innen und Branchenexpert*innen bezweifelten zudem, dass überhaupt genügend günstiger Strom bzw. »grüner« Wasserstoff für die Stahlproduktion zu akzeptablen Preisen produziert oder importiert und dass »grüner« Stahl in Deutschland profitabel produziert werden kann. Der Konzern schrieb aufgrund der weltweiten Überkapazitäten in der Stahlproduktion 2023 und 2024 Verluste. Den chinesischen Stahlherstellern werden Dumpingpreise vorgeworfen; die US-Regierung versucht, ihre Stahlindustrie mit Einfuhrzöllen zu schützen. Die EU kritisiert einerseits die US-Zölle, neigt aber selbst zum Protektionismus gegenüber China. In der EU ist die Stahlproduktion, die vor der Covid-19-Pandemie bei 160 Millionen Tonnen im Jahr lag, auf 126 Millionen Tonnen im Jahr 2023 gesunken. Während die Produktionskosten aufgrund steigender Energiepreise und der CO₂-Bepreisung gestiegen sind, sind die Preise aufgrund der Überkapazitäten und sinkenden Nachfrage gefallen. Dies hat zu rückläufiger Produktion geführt, und die mangelhafte Kapazitätsauslastung drückt zusätzlich auf die Profitabilität. Inzwischen ist Thyssenkrupp dabei, die

Hälfte der Anteile an der Stahlsparte an den tschechischen Milliardär Daniel Křetínský zu verkaufen. Zudem will der Konzern die Produktionskapazität senken und 11 000 Stellen abbauen oder auslagern. Dies zeigt: Auf die Eigentümer*innen des Konzerns ist bei der Transformation hin zur »grünen« Stahlproduktion kein Verlass.

VOM »GREEN DEAL« ZUM MILITÄRKEYNESIANISMUS?

Die ambitionierte ökologische Modernisierung der selbsternannten »Fortschrittskoalition« von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP scheiterte vorzeitig an vielfältigen Widersprüchen und Widerständen. Parallel führte der Ukrainekrieg zu einer deutlichen Verschiebung der Prioritäten bei den Herrschenden – der »Green Deal« trat in den Hintergrund, während mit der Aufrüstung ein neues Projekt an Bedeutung gewann, hinter dem sich die verschiedenen Fraktionen des Machtblocks, die Wirtschaftsverbände und die staatstragenden Parteien vereinen konnten.

Wachsende staatliche Militärausgaben erhöhen zwar die Nachfrage in der Rüstungsindustrie und den vorgelagerten Industrien – manche sprechen deswegen auch von »Rüstungskeynesianismus« –, doch bewirken sie keine allgemeine Verbesserung der Produktionsbedingungen des Kapitals. Anders sieht es bei Investitionen aus, die die Arbeitsproduktivität bei der Produktion derjenigen Waren, die die Lohnabhängigen konsumieren, steigern. Investitionen, die die Reproduktion der Arbeitskraft rationeller gestalten, können letztlich zu einer Erhöhung des relativen Mehrwerts führen und so dem

Kapital zugutekommen. Vom Standpunkt der Lohnabhängigen sind Investitionen in das Bildungs- oder Gesundheitswesen in jedem Fall einer Erhöhung der Militärausgaben vorzuziehen. Die gegenwärtigen Diskurse lassen jedoch befürchten, dass ein Großteil der staatlichen Mittel in die weitere Militarisierung fließt.

Nicht nur die Militarisierung, sondern auch Großprojekte wie etwa der Versuch, mit milliardensubventionen den Anteil der globalen Chipproduktion in Deutschland zu erhöhen, müssen kritisch betrachtet werden. Zum einen wird die erwünschte »strategische Autonomie« Deutschlands und der EU nicht erhöht, wenn US-amerikanische Konzerne staatlich gefördert werden, wie dies bei Intel in Magdeburg oder Wolfspeed im Saarland geplant war. Zum anderen stellt sich die Frage, ob durch derartige Subventionen eine ausgewogenere Produktionsstruktur geschaffen wird oder ob nicht vielmehr eine problematische Spezialisierung – etwa im Bereich der Produktion von Autos der Premiumklasse – weiter verstärkt wird. Das neue Chipwerk von TSMC, Bosch, Infineon und NXP Semiconductor in Dresden soll jedenfalls vor allem Chips für die Autoindustrie produzieren.

FAZIT

Die gegenwärtige Krise führt offenbar zu einer erheblichen Schrumpfung der energieintensiven Schwerindustrie und der für den hiesigen Kapitalismus zentralen Automobilindustrie. Der Arbeitsplatzabbau droht auch zu einer Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse zu führen. Die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften

könnten massiv geschwächt werden. Letztlich könnte mit den industriellen Beziehungen die gesamte bisherige Entwicklungsweise des Kapitalismus in Deutschland zur Disposition stehen. Die deutsche Politik ist weiterhin stark auf die Förderung der Autoindustrie und zunehmend auf die Aufrüstung fokussiert. Eine vorwiegend auf diese Industrien fixierte Produktionsstruktur ist jedoch unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten ebenso problematisch wie eine Deindustrialisierung. Die sozialistischen Kräfte haben die Aufgabe, den Krisenstrategien des Kapitals entgegenzutreten, die Zerstörung des Produktionsapparats zu verhindern und den Kampf für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die ökologische und zivile Konversion der Produktion voranzutreiben.

LITERATUR

- Bundesagentur für Arbeit, 2023: Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, März 2023, Nürnberg
Dies., 2025: Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, März 2025, Nürnberg
Destatis, o. J.: Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe, 42III-0003
Deutsche Bundesbank, 2022: Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmenseinheiten deutscher Investoren (Outward FATS) nach Anlageländern und Wirtschaftszweigen
Krull, Stephan/Candeias, Mario, 2024: Volkswagen: Das System Auto in der Krise. Was sie für die Belegschaften bedeutet und wie wir sie meistern können, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, www.rosalux.de/news/id/52713/volkswagen-das-system-auto-in-der-krise
VDA – Verband der Automobilindustrie, o. J.: Zahlen zur Automobilproduktion im In- und Ausland, www.vda.de/de/aktuelles/zahlen-und-daten/jahreszahlen/automobilproduktion

1 Die letzten zur Verfügung stehenden Daten beziehen sich auf das Jahr 2022.

ÖSTERREICH AM KIPPPUNKT ZUM ENDE DES PROGRESSIVEN NEOLIBERALISMUS

STEFANIE WÖHL



Vorerst ist die Bildung einer Regierungskoalition zwischen FPÖ und ÖVP auf Bundesebene abgewendet. Die Gefahr einer Faschisierung ist nicht gebannt

Wir erleben im Westen das Ende einer politischen Ära, die Nancy Fraser (2017) in ihrer Zeitdiagnose für die USA vor einigen Jahren unter dem Stichwort »progressiver Neoliberalismus« zusammengefasst hat.¹ Die Schnelligkeit, mit der in den USA derzeit die Errungenschaften von verschiedenen sozialen Bewegungen aus den 1960er und 1970er Jahren bis hin zu Black Lives Matter infrage gestellt oder ganz zurückgenommen werden, trägt jeden Tag aufs Neue bittere Früchte. »Flood the zone with shit« – die Strategie von Donald Trump und seinen rechten bis rechtsextremen Verbündeten, mit politischen Dekreten an der Rechtsstaatlichkeit der USA zu rütteln, scheint aufzugehen. Bundesstaatliche Fördermittel für Universitäten, zum Beispiel für die Columbia University in New York, sollen nur noch dann ausgeschüttet

werden, wenn ihre Nahostforschung unter Beobachtung gestellt wird. Studierende, die sich Protesten gegen den Gaza-Krieg angeschlossen haben, werden exmatrikuliert und in manchen Fällen sogar ohne jedes gerichtliche Verfahren inhaftiert und ausgewiesen.

WIE STEHT ES IN DER EU UND IN LÄNDERN WIE ÖSTERREICH UM LIBERALE GLEICHHEITSRECHTE?

Selbstverständlich können wir nicht genau vorhersehen, wie sich die Lage dadurch in der Europäischen Union entwickeln wird. Aber mit dem Aufschwung rechtsautoritärer Kräfte gibt es eine deutliche Tendenz. So erleben wir im Europäischen Parlament eine enorme Stärkung der rechtsorientierten und konservativen Fraktionen, was die Lage und das Stimmungsbild in verschiedenen Mitgliedstaaten abbildet.

In Ländern wie Deutschland, Österreich, Italien, der Slowakei, den Niederlanden und Frankreich gibt es eine klare Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse nach rechts.

Geopolitische Konkurrenzen und Spannungen tragen mit dazu bei, dass sich auch die letzten neoliberalen Versprechungen mehr und mehr in Luft aufzulösen beginnen: Freiheit und Wohlstand durch Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit durch die NATO, gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung über Leistungserbringung und die Integration in den Arbeitsmarkt, unabhängig von Herkunft und anderen persönlichen Merkmalen, die Förderung von NGOs und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für Antirassismus und Gleichberechtigung einsetzen, die Repräsentation von »Minderheiten« und jungen People of Color in der Kultur, um nur einige Beispiele zu nennen. Aufrüstung und Austeritätspolitik verbinden sich mit rechten Strategien für einen autoritären Staatsumbau, der die Errungenschaften fortschrittlicher Bewegungen angreift und die Bedingungen für emanzipatorische Bestrebungen und eine Demokratisierung von Politik und Gesellschaft quasi »präventiv« verschlechtern soll. Auf

STEFANIE WÖHL ist Professorin für Politikwissenschaft an der Fachhochschule des BFI Wien und forscht seit vielen Jahren u. a. zu Diversität und Geschlechtergerechtigkeit.

EU-Ebene werden erkämpfte Standards wie zum Beispiel in der Gleichstellungspolitik nicht weiter vertieft oder ausgebaut, sondern fallen anderen Prioritäten zum Opfer. In der letzten Amtsperiode gab es immerhin eine EU-Kommissarin, die dezidiert für gleichstellungspolitische Anliegen zuständig war. Ein eigenes Ressort für Gleichstellung ist inzwischen wieder abgeschafft worden.

ÖSTERREICH AM KIPPPUNKT?

In Österreich erfolgte je nach Regierungskonstellation eine eher schrittweise Annäherung an einen progressiven Neoliberalismus, verstanden als die Verbindung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik mit einer zumindest in Teilen fortschrittlichen Gesellschafts- und Sozialpolitik. So hat sich in den letzten Jahren hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter einiges getan. Es ist in Österreich zudem seit 2019 möglich, ein anderes Geschlecht als

männlich oder weiblich in den Pass eintragen zu lassen. Österreich war auch das erste Land, das »Gender Budgeting« – ein Verfahren, bei dem die staatlichen Haushalte und Ausgaben auf ihre Auswirkungen auf Männer und Frauen hin untersucht werden – in die Verfassung aufgenommen hat. Jedoch bleibt ein hoher Anteil von Frauen in Teilzeitbeschäftigung und übernehmen Frauen weiterhin den Großteil der unbezahlten Pflegearbeit.

Im Vergleich zu den USA und anderen Ländern ging die Neoliberalisierung von Politik und Gesellschaft in Österreich lange Zeit weniger stark mit Finanzialisierungsprozessen einher. Diese setzten hier vermehrt erst in den letzten Jahren ein, zum Beispiel im Bereich Wohnen. Insofern kann der erneute Aufstieg der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) zum einen als organisierte Reaktion auf sozialdemokratische und »progressivere« neoliberale Politikvarianten verstanden werden, zum anderen als eine Radikalisierung rechtskonservativer Strömungen, die auf eine Transformation in Richtung autoritärer Neoliberalismus drängen. Vorerst ist die Bildung einer Regierungskoalition zwischen FPÖ und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) auf Bundesebene, die für ein solches Vorhaben steht, an inneren Widersprüchen gescheitert.

FPÖ-KANZLER NUR KNAPP VERHINDERT

Eine Rückblende: Das Jahr 2025 begann gleich mit einer politisch extrem brisanten Situation. Die nach der Nationalratswahl im September 2024 aufgenommenen Koalitionsgespräche zwischen ÖVP, der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und den (markt-) liberalen NEOS waren gescheitert. Daraufhin erteilte der Bundespräsident der FPÖ – mit ei-

nem Wahlergebnis von fast 29 Prozent inzwischen die stärkste Partei im österreichischen Parlament – den Auftrag zur Regierungsbildung, die sich in Verhandlungen mit der ÖVP begab, auch wenn diese zuvor beteuert hatte, niemals eine Koalition mit der FPÖ unter der Führung von Herbert Kickl eingehen zu wollen. Kickl führte aber die Verhandlungen. Die ehemaligen Minister*innen und der ÖVP-Bundeskanzler verabschiedeten sich, übrig blieben Christian Stocker, bisher ÖVP-Generalsekretär, und weitere Personen wie Harald Mahrer, der auch den Wirtschaftsbund leitet. In einer Situation, in der Österreich ein EU-Defizitverfahren wegen der Schuldenlast drohte, gelang ÖVP und FPÖ zunächst eine schnelle Einigung über einen Budgetplan – als Signal nach Brüssel. An Haushaltsstreitigkeiten und Fragen, was eine neoliberale Finanzpolitik ausmacht, ist die schwarz-blaue Koalition also nicht gescheitert.

Es gab aber intern noch genügend bittere Pillen, die die ÖVP unter einem Bundeskanzler Kickl hätte schlucken müssen: Das ist zunächst die Nähe zu Putin, hatte doch die FPÖ bereits 2016 direkt einen Freundschaftsvertrag mit Putins Partei Einiges Russland unterzeichnet, der später, nach Ausbruch des Angriffskrieges auf die Ukraine, offiziell nicht verlängert worden war. Dazu kommt die nationalistische EU-Kritik der FPÖ, ein No-Go für die ÖVP, die als besonders europafreundlich gilt und dieses Image nach außen wahren möchte. Drittens das Innen- und Justizministerium, das man nach den Erfahrungen mit Kickl als Innenminister (2017 bis 2019) nicht wieder unter seiner Führung sehen wollte. Hatte damals doch der österreichische Verfassungsschutz international einen massi-

ven Vertrauensverlust erlitten, nachdem eine Polizeibrigade 2018 seine Räumlichkeiten mit fadenscheinigen Vorwänden durchsucht und dabei Informationen zu rechtsextremen Gruppierungen entwendet hatte, die nicht digital vorlagen, auch zu solchen, die der FPÖ nahestehen. Es gibt eine ganze Liste solcher demokratiepolitisch bedenklichen »Einzelfälle«, wie sie satirisch in den Medien mittlerweile genannt werden, für die FPÖ-Funktionäre in ihrer Regierungszeit verantwortlich zeichneten. Ein weiteres Beispiel sind Angriffe auf den ORF bzw. Einschüchterungsversuche gegenüber Journalist*innen, die etwa regierungskritisch über Orbán aus Ungarn berichteten. Weil dies dem Aufsichtsratsmandatar der FPÖ missfiel, drohte er damit, ihnen die journalistische Zulassung zu entziehen.

Mit Recht wäre bei einer erneuten Regierungsbeteiligung der FPÖ auf Bundesebene eine Verschärfung solcher Entwicklungen zu erwarten gewesen, konnte man doch zeitgleich im Januar und Februar 2025 beobachten, was in der zweiten Amtszeit Donald Trumps in den USA passierte. Dort wurde im Zeitraffer umgesetzt, was in Österreich erst in den Anfängen steckte: die Strategie eines autoritären Staatsumbaus. In den USA erleben wir mit der Trump-II-Regierung gerade live, was es heißt, wenn eine rechtsautoritäre reaktionäre Regierung an die politische Macht gelangt. Dort werden querbeet durch alle Bereiche ganze Behörden oder Abteilungen geschlossen, die auch nur den Verdacht erwecken, gleichstellungsorientiert zu arbeiten und auf Minderheitenrechte bedacht zu sein. Betroffen davon ist aber auch die mit öffentlichen Mitteln finanzierte wissenschaftliche Forschung,

darunter die medizinische Krebsforschung sowie die Weltraumforschung, und selbstverständlich alles, was mit Gendergerechtigkeit, Inklusion, Antidiskriminierungsmaßnahmen oder Diversität zu tun hat.

Die Gefahr weiterer autoritärer Brüche ist auch in Österreich real, wenn auch vorerst auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Dort, wo die FPÖ bereits an regionalen Regierungen beteiligt ist – nämlich in Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Vorarlberg und Steiermark (wo sie mit Landeshauptmann Mario Kunasek zurzeit sogar die Landesregierung anführt) –, entsteht eine Art Versuchslabor. In all diesen Bundesländern lassen sich autoritäre Tendenzen und staatliche Eingriffe beobachten, insbesondere in den Bereichen Kunst und Kultur. In Niederösterreich soll zum Beispiel Schluss sein mit Gendern in offiziellen Dokumenten der Landesregierung, in der Steiermark kümmert sich nun die FPÖ vermehrt um den Denkmalschutz und um alles, was mit Traditionen und der sogenannten Volkskultur zu tun hat, während der ÖVP die »Hochkultur« bleibt. Zeitgleich werden Haushaltsmittel für die freie Kunstszene gekürzt. All dies mögen nur Ablenkungsversuche und Zugeständnisse an die Wähler*innen der FPÖ sein. Dahinter steht aber, wie wir ja auch weltweit gerade erleben, der Versuch, kritische Kunst und kritische Wissenschaft wie etwa die Gender Studies einzuhegen oder langfristig ganz abzuschaffen. Ob dies direkt durch Verbote oder indirekt durch gezielte Mittelkürzungen passiert, ist vielleicht eher nachrangig. Klar ist die Ausrichtung. Österreich ist neben Ländern wie Ungarn unter Orbán und ehemals Polen unter der PIS-Regierung ebenfalls ein Beispiel dafür, wie rechte Kräfte in der Gesellschaft den Kampf

für die traditionelle Familie und gegen jegliche Vielfalt in den Genderidentitäten führen.

DIE GEFAHR EINER FASCHISIERUNG IST NICHT GEBANNT

Vieles deutet auf eine Entwicklung in Richtung Faschisierung hin, würde eine gestärkte und radikalisierte FPÖ im Bund erneut an die Regierungsmacht kommen. Unterstützung erhält sie unter anderem von einer auffälligen Allianz aus Millionär*innen und Vertreter*innen der Industrie, die zum Teil offen für eine Koalition mit der FPÖ warben bzw. sich enttäuscht zeigten, dass diese am Ende doch nicht den Kanzler stellte. Angesichts der kriselnden Wirtschaft geht es zum einen um eine Infragestellung der Sozialpartnerschaft, die in Österreich immer wieder zu begrenzten sozialen Kompromissen geführt hat. Das steht mehr denn je zur Disposition. Ein erstes Beispiel hierfür ist die Abschaffung der Bildungskarenz, die es Arbeitnehmer*innen für einen begrenzten Zeitraum bis zu einem Jahr ermöglichte, sich fortzubilden, wenn die Arbeitgeberseite zustimmte. Davon haben vor allem auch Frauen profitiert, die sich nach der Geburt von Kindern wieder in den Arbeitsmarkt eingliedern wollten.

Des Weiteren gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Versuche von russischer Seite, in Österreich Einfluss auf Regierungen und Beamte*innen zu nehmen, unter anderem von Personen, die direkt unter dem Einfluss der russischen Regierung stehen. Sie haben versucht, vertrauliche Informationen direkt abzugreifen, entweder über die Geheimdienste, wie im Fall von Egisto Ott, dem vorgeworfen wird, als ehemaliger österreichischer Geheimdienstmitarbeiter Kontakte zu Jan Marsalek (Wirecard) unterhalten zu haben, oder durch

Bespitzelung von in- und ausländischen Journalist*innen in Österreich.

Aktuell (Stand: Mitte März 2025) liegt die FPÖ laut einer Umfrage immer noch mit 32 Prozent vorn, bleibt also die stimmenstärkste Partei auf Bundesebene. Und das ließe sich vermutlich kurzfristig nur dadurch ändern, dass die anderen Regierungsparteien in Österreich, also ÖVP, SPÖ und NEOS, endlich eine zukunftsfähige Politik betreiben. Österreich ist zudem, stärker als Deutschland, massiv verschuldet. Angesichts der weltwirtschaftlichen Erschütterungen ist in näherer Zukunft auch keine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zu erwarten. Einige bekannte Warengroßhändler wie Leiner mussten schließen und der Einzelhandel ist von diversen Insolvenzen bedroht. Das sind Bereiche, in denen vor allem Frauen arbeiten. Zudem droht immer noch ein EU-Defizitverfahren, das noch nicht ganz vom Tisch ist. Gleichzeitig schwelt die Krise der sozialen Infrastruktur weiter. Die so dringend benötigten Investitionen in die Kultur- und Bildungspolitik oder ins Gesundheitswesen bleiben aus oder lassen weiterhin auf sich warten. Ein brennendes soziales Thema ist dabei leistbares Wohnen. Es bleibt abzuwarten, was ein sozialdemokratischer Vizekanzler hier an Ideen durchsetzen kann, die er in seinem Ressort versammelt. Zugleich wird bereits jetzt deutlich, wie sehr der vielgelobte österreichische »Kompromiss«, der letztlich die FPÖ in der Bundesregierung und im Kanzleramt doch noch verhindert hat, Schattenseiten hat: Selbst die SPÖ befürwortet inzwischen einen Stopp des Familiennachzugs von Asylbewerber*innen nach Österreich, obwohl ein solches Vorgehen ganz offensichtlich nicht europarechtskonform ist. Seit einiger Zeit lassen sich solche

Verschiebungen nach rechts innerhalb der Sozialdemokratie oder im öffentlichen Diskurs feststellen, auch wenn sie innerhalb der Partei selbst umstritten sein mögen. So ist die jetzige Frauen- und Wissenschaftsministerin, die von der SPÖ gestellt wird, dezidiert eine Feministin.

Gleichzeitig gibt es Untersuchungen, wonach sich seit der Covid-19-Pandemie ein Großteil der FPÖ-Wähler*innen überhaupt nur noch über der rechten Partei nahestehende Medien informiert – so wie viele junge Menschen, die hauptsächlich Nachrichten über TikTok oder andere soziale Medienkanäle und Podcasts konsumieren. Dabei handelt es sich um Kommunikationsinfrastrukturen, die von der FPÖ und ihrem Umfeld systematisch aufgebaut wurden. Zugleich gibt es immer weniger finanzielle Förderung für alternative linke oder feministische (Print-)Medien. Sie hätten vermutlich zu den Ersten gehört, die ihre Existenzgrundlage verloren hätten, wäre es zu einer Regierung unter Führung der FPÖ gekommen.

WAS TUN?

Es wird weiterhin die Möglichkeit geben, linke und feministische Themen auf der Agenda zu halten. Für eine zivilgesellschaftliche Organisation gegen rechts, für soziale und feministische Forderungen und für Klimaschutz ist es noch nicht zu spät. Die bestehenden Strukturen gilt es jedoch zu stärken und auszubauen. Keine Frage: Die Lage ist ernst. Viele Menschen sind angesichts der internationalen Entwicklungen derzeit sehr verunsichert. Das sollte aber nicht zu weiterer Vereinzelung führen oder zu einem Rückzug ins Private, vielmehr braucht es gerade jetzt kollektive Überlegungen, Solidarität und progressive Kräfte, die sich in die Politik einmischen.

Wir müssen aufwachen und all unsere Strategien auf den Prüfstand stellen, die den oben genannten Entwicklungen in den letzten Jahren nur begrenzt etwas entgegensetzen konnten. Die Organisierung der extremen Rechten ist schon sehr weit vorangeschritten, sodass es neue Ideen braucht, wie wir etwa die Menschen in ihrem Alltag wieder besser erreichen können. Druck machen entlang sozialpolitischer Themen scheint da der vielversprechendste Ansatz. »Bezahlbares Wohnen« ist für viele Menschen mittlerweile eines der drängendsten Themen, um das herum auch Fragen der Demokratisierung neu gestellt werden können: Wohnen in genossenschaftlicher und kommunaler Hand, ausgerichtet an den unterschiedlichen Bedürfnissen. So können auch Fragen von Migration, Inklusion und Geschlechtergerechtigkeit (z. B. zur Lage von Alleinerziehenden oder älteren Frauen*), von kommunalen sozialen Infrastrukturen für Pflege- und Sorgearbeit, barrierefreie soziale Räume, Gesundheitsversorgung für Geflüchtete und marginalisierte Gruppen etc. zusammengebracht werden. Ein solcher Schwerpunkt für einen im Alltag erlebbaren Antifaschismus würde auch zeigen, dass »Vielfalt« nicht einfach ein »kulturelles« Thema ist, das man sich in besseren Zeiten leisten kann, sondern mit der materiellen Dimension von Ungleichheit verknüpft ist.

LITERATUR

Fraser, Nancy, 2017: Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Februar 2017, www.blaetter.de/ausgabe/2017/februar/fuer-eine-neue-linke-oder-das-ende-des-progressiven-neoliberalismus

1 Ich danke Lia Becker für die wertvollen Anregungen zum »Ende des progressiven Neoliberalismus«.



MAGA, TRUMP UND DIE FRAGE DES FASCHISMUS IN DEN USA

**CARL DAVIDSON
& BILL FLETCHER JR.**

Die Wurzeln der MAGA-Bewegung reichen weit zurück –
bis zum Ursprung der USA als einer auf Sklaverei
basierenden Siedlerkolonie. Teile der US-Rechten sympathisieren
inzwischen offen mit einem Neo-Apartheidregime

Ein Gespenst geht um in der Welt – das Gespenst des rechten Autoritarismus.¹ Dieser hat sich gewandelt: vom Rechtspopulismus hin zum Faschismus des 21. Jahrhunderts, den manche als »Postfaschismus«, andere als »Neofaschismus« und wieder andere als »konstitutionellen Faschismus« bezeichnen. Hierbei wird anerkannt, dass es einen Unterschied gibt zwischen der Form des Faschismus heute und der Form, die nach dem Ersten Weltkrieg aufkam.

Linke in den USA tendieren zu einer übermäßigen Verwendung des Begriffs »faschistisch«. Sie neigen dazu, grundsätzlich jedes rechte repressive Regime so zu benennen. Wir schlagen vor, zu differenzieren und sich für die USA das Verhältnis zwischen »autoritärem Neoliberalismus« und Faschismus in der Geschichte des US-Imperialismus, dem Rechtspopulismus und den Kräften, die die weiße Vorherrschaft wiederherstellen und umgestalten wollen, genauer anzuschauen.

In den USA hat der Rechtspopulismus eine lange Tradition, sein Beginn wird meist mit der Präsidentschaft von Andrew Jackson (1829–37) in Verbindung gebracht. Seine Wurzeln reichen aber weiter zurück, bis zum Ursprung der USA als einer auf Sklavenwirtschaft basierenden Siedlerkolonie sowie der damit zusammenhängenden Konstruktion von »race« (vgl. Berlet/Lyons 2000). Ferner sind sogenannte traditionelle Geschlechterrollen und die Unterdrückung von Frauen schon immer wichtige Bestandteile des Rechtspopulismus. Um die gegenwärtige Situation in den USA besser zu verstehen, ist es notwendig, die nach dem amerikanischen Bürgerkrieg (1861–65) entstandenen Widersprüche stärker in die Analyse

CARL DAVIDSON ist Aktivist und marxistischer Intellektueller. In den 1960ern war er einer der zentralen Köpfe der US-amerikanischen Studierendenbewegung der New Left. Zurzeit ist er aktiv bei der Online University of the Left, bei Changemaker Publications, DSA, Liberation Road und den Committees of Correspondence for Democracy and Socialism.

BILL FLETCHER JR. ist Aktivist, Wissenschaftler und Autor in den Bereichen Racial Justice und gewerkschaftliche Organisation. Er war in verschiedenen Führungspositionen bei Gewerkschaften wie der AFLCIO und der Service Employees International Union und ist ehemaliger Präsident des TransAfrica Forum.

einzu beziehen, aber auch die gesamte »demokratische« Geschichte der USA zu entmythologisieren. Erst dann lässt sich klarer erkennen: Was wir seit den beiden Wahlsiegen von Trump und mit dem Aufstieg der MAGA-Bewegung (»Make America Great Again«) erleben, fließt von Anfang an wie Gift durch die Adern der USA.

Während der Begriff Faschismus häufig mit europäischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts wie denen von Mussolini und Hitler assoziiert wird, sind Elemente faschistischer Ideologie und Praxis auch in bestimmten Phasen der US-amerikanischen Geschichte und Politik auszumachen. Diese sind eng mit dem Erbe der weißen Vorherrschaft, der Rassenhierarchie und des Autoritarismus verwoben, die aus der Dynamik zwischen den Kräften der »Reconstruction« und der »Redemption« hervorgingen. Ihr Zusammenspiel von »Reconstruction« und »Redemption« kann als Grundlage für eine spezifische US-amerikanische Variante des Faschismus betrachtet werden (vgl. ebd.). Solange Menschen in den USA noch immer an die Existenz einer biologischen »weißen Rasse« und untergeordneter »farbiger Rassen« glauben und dies als Teil einer »natürlichen Ordnung« begreifen, spukt die »Alte Konföderation« weiter in den Köpfen herum.

Mit der Reorganisation der Rechten kam es in den zurückliegenden Jahrzehnten innerhalb des autoritären Neoliberalismus zu einer Reartikulierung bestimmter faschistischer Elemente. MAGA entwickelte sich von einer rechtspopulistischen Bewegung zu einer neuen faschistischen Kraft. Angesichts eines krisengeschüttelten US-Imperialismus und einer gespaltenen herrschenden Klasse versuchen Trump und seine Verbündeten, einen neuen Block zu bilden. Dieser stützt sich auf das, was wir als »imperialistischen Populismus« bezeichnen, und bewegt sich auf eine neue hybride Form des Faschismus zu, mit dem Ziel, ein autoritäres »Neo-Apartheid-Regime« zu errichten.

»REDEMPTION«, WEISSE VORHERRSCHAFT UND SPUREN DES »AMERIKANISCHEN FASCHISMUS«

Die »Reconstruction« bezeichnet eine Phase (1865–77) nach dem US-Bürgerkrieg, in der es um den Wiederaufbau des Südens und die Integration ehemals versklavter Afroamerikaner*innen zusammen mit ihren Verbündeten, den armen weißen Scalawags,² in das politische, wirtschaftliche und soziale Gefüge der Nation ging. Die Gegenbewegung, das Redemption Movement (Erlösungsbewegung), hatte ihre Wurzeln ausdrücklich in der Ideologie der weißen Vorherrschaft und wollte die Rassenhierarchie wiederherstellen, die durch die »Reconstruction« vorübergehend aufgehoben worden war. W.E.B. Dubois bezeichnete diese Bewegung als die »Konterrevolution des Eigentums«. Dazu gehörte der Einsatz von Gewalt, Terror und der Justiz, um Schwarze US-Amerikaner*innen zu entrechten und zu unterwerfen. Der Sturz der Regierungen, die für die »Re-

construction« standen, und die Einführung von sogenannten Jim-Crow-Gesetzen³ gingen mit der Übernahme und Festigung der Macht der weißen Eliten in den Südstaaten und dem systematischen Ausschluss Schwarzer von politischer Teilhabe einher. Selbst harmlose Versammlungen wurden oftmals mit Gewalt unterbunden.

Die Phase der »Reconstruction«, der staatlichen Neuordnung der ehemaligen Staaten der Konföderation, die viele als »zweite amerikanische Revolution« betrachten, endete 1877. Ihre Errungenschaften wurden mithilfe des Stimmzettels und von Gewehr kugeln wieder zunichte gemacht, um es mit den Worten von Malcolm X auszudrücken. Diese Repression richtete sich nicht nur gegen Afroamerikaner*innen, sondern auch gegen arme Weiße und allgemein gegen die organisierte Arbeiterschaft. Zu den repressiven Instrumenten gehörten Gesetze gegen Landstreicherei sowie eine Kopfsteuer, deren Zahlung Voraussetzung für die Teilnahme an Wahlen war. Das war ein wirksames Mittel, um Armen und insbesondere armen Afroamerikaner*innen ein demokratisches Grundrecht vorzuenthalten. Und es kam zum gezielten Einsatz extralegalen Gewalt, um Gegner*innen einzuschüchtern. Gewehr kugeln spielten immer dann eine Rolle, wenn es darum ging, Jim-Crow-Kräfte an die Macht zu bringen, zum Beispiel beim gewaltsamen Sturz der demokratisch gewählten Kommunalregierung von Wilmington, North Carolina (bekannt geworden als das Wilmington-Massaker von 1898), oder darum, starke Schwarze Communities wie die in Tulsa, Oklahoma anzugreifen (Tusla-Pogrom von 1921). Immer wieder traf es auch die Arbeiterbewegung wie 1914 in Ludlow, Colorado, als die Nationalgarde auf streikende Bergarbeiter schoss. Zu den internen Instabilitäten des bürgerlich-kapitalistischen US-Staates, die uns nahe an den Abgrund einer autoritären Machtübernahme brachten, gehörte die politische Verschwörung aus dem Jahr 1933/34 gegen Präsident Franklin Roosevelt, um die USA in eine Diktatur zu überführen.

Diese Beispiele zeigen, wie anfällig Gesellschaft und Staat auch in den USA in der Geschichte für einen rechtsgerichteten Autoritarismus immer waren. Entsprechend kam der Putschversuch vom 6. Januar 2021 in Washington, D.C. auch nicht einfach aus dem Nichts und ist keineswegs »unamerikanisch«, sondern kann vielmehr als Wiederholung des versuchten Regierungssturzes von Wilmington, North Carolina, im Jahr 1898 gedeutet werden.

AUTORITÄRER NEOLIBERALISMUS UND DIE NEUAUFSTELLUNG DER EXTREMEN RECHTEN

Seit den 1960er Jahren arbeiten die Rechtsextremen an einer Strategie, die darauf abzielt, die Macht an sich zu reißen und die Errungenschaften des 20. Jahr-

hunderts »abzuwickeln«. Dieses Ziel zieht sich wie eine gerade Linie bis zum Aufkommen von MAGA durch. Ein Zusammenschluss aus erzkonservativen Christ*innen, Vertretern der fossilen Industrien, des Immobiliensektors und Teilen der ausgemusterten weißen Arbeiterschaft und der von sozialem Abstieg bedrohten Mittelschichten – man könnte es als den neokonföderativen Block, organisiert von der extremen Rechten, bezeichnen – hat, ausgestattet mit ausreichend Geld, konzertierte Anstrengungen unternommen, um eine neue soziale Massenbewegung zu erschaffen und diese medial starkzumachen. Dieser neokonföderative Block war bereits zu Zeiten von Ronald Reagan mächtig und wichtiger Teil seiner Unterstützer- und Wählerbasis. 1994 wurde er auf neue Weise aktiviert, als die Republikaner mit dem sogenannten Contract with America des Kongressabgeordneten Newt Gingrich die Kontrolle über den Kongress erlangten. Die Republikaner verfolgten von nun an einen konfrontativeren Ansatz mit dem ausdrücklichen Ziel, die Regierung von Bill Clinton zu schwächen, wenn nicht gar zu stürzen. Seit Anfang der 1990er Jahre traten verstärkt rechtsgerichtete Milizen öffentlich in Erscheinung, insbesondere nach dem 1995 erfolgten rechten Terroranschlag in Oklahoma City. Von diesem Zeitpunkt an sah das republikanische Establishment in der radikalen Rechten ein Instrument, von dem es annahm, es kontrollieren zu können, während es ihm die Tore zur Macht öffnete. Wie sich herausstellte, wandte sich das Monster, das sie geschaffen hatten, bald gegen sie.

Ein zweiter kritischer Moment war die Phase nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001. Bushs Strategie für die USA, die auf das »Project for the New American Century«, einem neokonservativen Thinktank, zurückging, war ähnlich aggressiv, fand unter den Rechten aber keine ungeteilte Zustimmung. Ein Teil haderte mit den geopolitischen Visionen von Bush und lehnte die Einmischung der USA in globale Angelegenheiten ab.

Der dritte und entscheidende Moment war die Wahl von Barack Obama zum 44. Präsidenten der USA. Diese Wahl war essenziell, zog eine Neuordnung der extremen Rechten nach sich und sorgte dafür, dass Donald Trump die politische Bühne betrat. Die Wahl Obamas stellte einen Kern des Ursprungsmythos der Vereinigten Staaten infrage: die USA als rassistisch geprägter Siedlerstaat und folglich als eine von Weißen beherrschte Republik, in der kein Farbiger und insbesondere kein Afroamerikaner jemals regieren sollte.

Dass die Tea-Party-Bewegung so viel Zuspruch erhielt und so einflussreich werden konnte, hatte ebenso viel mit dieser Stimmung zu tun wie mit dem Versagen Obamas und seiner Verbündeten, gegen die Rechte vorzugehen. Ihre soziale Basis hatte diese Bewegung vor allem in der weißen Mittelschicht und nicht so sehr in der weißen Arbeiterschaft oder bei den weißen Armen, obwohl diese

zum Teil auch ihren Weg in die Tea Party fanden. Die Tea-Party-Bewegung und die anschließende Birther-Bewegung (die Obamas Staatsbürgerschaft anzweifelte) waren rechtspopulistische und reaktionäre Bewegungen, die auf die Wahl von Obama und den wirtschaftlichen Zusammenbruch von 2008 reagierten. Sie enthielten Elemente dessen, was wir heute in der MAGA-Bewegung sehen, aber sie waren nicht völlig kohärent. Dennoch waren Proteste mit Forderungen wie »Aufgepasst Regierung: Hände weg von unserem Medicare« nicht ganz so lächerlich, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mögen. Hier protestierten Menschen gegen Obamas Bemühungen, das Gesundheitswesen zu reformieren, aus Sorge, dass das, worauf sie glaubten, allein Anspruch zu haben, nämlich Medicare,⁴ geschwächt werden könnte, wenn in Zukunft auch aus ihrer Sicht randständige und irrelevante Bevölkerungsgruppen Zugang zu einer öffentlichen Krankenversicherung hätten. Das hätten erste Warnzeichen dafür sein können, was noch bevorstehen sollte, denn hier wurden bereits neue Grenzen gezogen zwischen relevanten, im Sinne von verdienstvollen Bevölkerungsgruppen und denjenigen, die man als unterstützungsunwürdig betrachtete.

Die Neukonfiguration der extremen Rechten in den USA ist Teil des globalen Aufstiegs des autoritären Neoliberalismus, einer Entwicklung, die sowohl rechte als auch Mitte-links-Kräfte umfasst und politische Krisen schürt. Mit dem Aufkommen des Neoliberalismus hat sich die Rolle des Staates verändert. Zunehmend lag der Fokus auf den Repressions- und Wirtschaftsapparaten, während seine Umverteilungs- und Ausgleichsfunktion und das sogenannte soziale Sicherheitsnetz immer weiter geschwächt wurden.

Der neoliberale autoritäre Staat rief widersprüchliche Reaktionen von Kräften aufseiten der Rechten und Linken hervor. Die Rechten begrüßten weitgehend das Wachstum des repressiven Apparats, während die aufkommenden Rechtspopulisten zumindest politisch das ablehnten, was sie als den Aufstieg des Globalismus betrachteten und den sie für die Schwächung des Nationalstaates verantwortlich machten. Die Haltung zur Globalisierung und zum Neoliberalismus ist ein anhaltender Konflikt im rechten Lager und hat immer wieder zu Spaltungen geführt. Im Trumpismus ist diese Spaltung noch nicht überwunden, obwohl die neuen Oligarchen alles daran setzen, das neue Regime sowohl neoliberal als auch autoritär auszurichten, während sie zugleich versuchen, eine Massenbasis zu mobilisieren, die sich gegen sämtliche Fortschritte und Errungenschaften progressiver Kräfte im 20. Jahrhundert richtet. Das Verhältnis der transnationalen Kapitalistenklasse zu rechten Befürworter*innen eines starken Nationalstaates und einer nativistischen, rassistischen und an traditionellen Geschlechterrollen orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik führt zu Spannungen innerhalb dieses neuen Blocks an der Macht.

Weil sich traditionelle rechte Parteien sowie ein Großteil der linken Mitte als überzeugte Verfechter der neoliberalen Globalisierung erwiesen, ergab sich für rechtspopulistische Bewegungen eine einmalige Chance, hier in eine Lücke zu stoßen. Auf die zunehmende Ungleichverteilung von Reichtum, und das im globalen Maßstab, haben Rechtspopulist*innen überall auf der Welt mit Schuldzuweisungen an den Neoliberalismus reagiert, wobei zu ihren bevorzugten Sündenböcken Migrant*innen zählen. Da im Zuge der neoliberalen Umverteilung von unten nach oben und aufgrund der Auswirkungen der vielen Umwelt- und Klimakatastrophen die materiellen Spielräume schrumpfen, vertritt die radikale Rechte eine nationalistische Agenda der Verteidigung und des Ausschlusses. Die Parteien der Mitte, sowohl aufseiten der Linken als auch aufseiten der Rechten, haben dem wenig entgegenzuhalten. Um sich selbst vor dem Untergang zu bewahren, kapitulierte die Republikanische Partei vor Donald Trump. Aufgrund des undemokratischen Zweiparteiensystems in den USA haben Trump und die MAGA-Kräfte entschieden, die Republikanische Partei zu kapern, statt außerhalb von ihr eine neue rechte politische Kraft zu etablieren (wie dies etwa in Deutschland und Italien der Fall war). Die radikale Rechte profitiert von den Katastrophen, die der autoritäre Neoliberalismus produziert.

MAGA – EINE FASCHISTISCHE BEWEGUNG?

Die MAGA-Bewegung entstand als rechtspopulistische Bewegung und ist weitgehend aus der Verschmelzung der Tea-Party- mit der Birther-Bewegung und der Dynamik hervorgegangen, die die erste Präsidentschaftskandidatur Trump im Jahr 2016 ausgelöst hatte. Die MAGA-Kräfte verstehen sich selbst als die Stimme »des Volks«, die einer »Elite« entgegentritt, und sehen sich im permanenten Krieg mit denen, die sie für Eindringlinge und Feinde der USA halten. Ganz oben auf der Liste standen bisher unerwünschte Migrant*innen, aber auch progressive soziale Bewegungen. Wenn sie sich auf die Eliten an der Ostküste oder auf kosmopolitische Kräfte beziehen, hängt dem immer ein Hauch von Antisemitismus an, obwohl sie sich grundsätzlich pro Israel positionieren, was zum Teil auf die wichtige Rolle christlicher Zionisten zurückzuführen ist (die zutiefst verkappte Antisemiten sind). Zum offenen Rassismus kommt eine schamlose Frauenfeindlichkeit hinzu. Die MAGA-Bewegung unterstützte zunehmend Trump in seiner Rolle als »böser Bube«, der Frauen gern zu Sexualobjekten degradiert, während sie sich gleichzeitig bemühte, konservative und rechte Frauen für sich zu gewinnen.

Wenn man die MAGA-Bewegung mit einem Wort kennzeichnen müsste, dann lautete dies revanchistisch. Es ist eine Bewegung, die ihrem Wesen nach auf einer Politik der Rache, der Missgunst und des Ressentiments beruht. Sie ist

überzeugt davon, dass den »relevanten Bevölkerungsgruppen« etwas gestohlen wurde, und das Ziel von MAGA ist es, dieses »Gestohlene« mit allen Mitteln wieder zurückzuholen. Um dies zu erreichen, müssten die progressiven Reformen des 20. Jahrhunderts rückgängig gemacht bzw. überwunden werden. MAGA war während der ersten Amtszeit von Trump im Kern eine rechtspopulistische Bewegung, die allerdings schon damals faschistische Elemente in sich trug. Sie war keine konservative Bewegung im herkömmlichen Sinne, sondern verstand sich als eine Kraft, die versprach, dramatische Veränderungen im System herbeizuführen und sich entschieden progressiven sozialen Bewegungen entgegenzustellen.

Die Covid-Pandemie und die Präsidentschaftswahlen 2020 scheinen ein entscheidender Moment gewesen zu sein, um die MAGA-Bewegung in Richtung Faschismus zu lenken. Schlüsselemente davon sind Irrationalismus und Desinformation, etwas, was während der ersten Amtszeit von Trump an Bedeutung gewonnen hat. In dem Maße, wie immer mehr republikanische Politiker*innen und Angehörige der MAGA-Bewegung Trump ewige Loyalität schworen, nahm der Irrationalismus zu. Trump setzte sich an die Spitze derjenigen, die in der Öffentlichkeit die Covid-Pandemie verharmlosten, und ließ sich immer absurdere Vorschläge für die Bekämpfung des Virus einfallen, während er im privaten Umgang durchaus auf bewährte Methoden setzte. Dieser Irrationalismus wurde Teil eines neuen ideologischen Rahmens der MAGA-Bewegung, hinzu kamen weitere Verschwörungstheorien, wie zum Beispiel Behauptungen über die Verbreitung von Pädophilie im Establishment der Demokratischen Partei oder Warnungen vor dem sogenannten »tiefen Staat«.

Als die Präsidentschaftswahlen von 2020 näherrückten, legte Trump den Grundstein für einen Aufstand gegen das, was er zunehmend als Versuch der Demokraten bezeichnete, den Willen der vermeintlichen Mehrheit zu ignorieren bzw. zu verraten. Damals verdichteten sich die Hinweise darauf, dass Trump bereit war, jeden Anschein aufzugeben, er halte sich an die Regeln einer verfassungsmäßigen Demokratie. Er machte deutlich, dass er nur gewillt war, diese Regeln anzuerkennen und zu befolgen, solange er dabei gewinnt. Der Putschversuch vom 6. Januar 2021 war nur der Beginn eines Weges zum Faschismus.

UND WO STEHEN DIE KAPITALFRAKTIONEN?

An dieser Stelle wird die Angelegenheit etwas kompliziert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben die herrschenden Klassen in den meisten fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten kein Interesse an einer Aufkündigung der konstitutionellen Demokratie. Sie scheinen aber besorgt zu sein, weil zu erwarten ist, dass

die Konvergenz der wirtschaftlichen Widersprüche (Krise des Neoliberalismus, zunehmende Polarisierung des Reichtums), die Legitimitätskrise des bürgerlich-kapitalistischen Staates und die Klimakrise zu einer wachsenden Instabilität führen werden. Das demokratische Aufbegehren während des Arabischen Frühlings, die Platzbesetzungen der Empörten und Occupy Wall Street nach 2010ff waren ein Hinweis darauf, was passieren kann, wenn Menschen unzufrieden sind. Deswegen stehen sie hinter der Stärkung des neoliberalen autoritären Staates und befürworten sicherheitspolitische Präventivmaßnahmen, um Massenaufständen vorzubeugen.

Und doch gehen faschistische Bewegungen in der Regel nicht auf die Initiative der führenden kapitalistischen Klassen zurück. Wie Poulantzas in seinem bemerkenswerten Werk »Faschismus und Diktatur« aufgezeigt hat, beginnt der Faschismus als eine soziale Bewegung, die vor allem in den Mittelschichten verankert ist. Dabei handelt es sich um eine rechtsradikale Bewegung, die den demokratischen Kapitalismus zerstören und durch eine ganz andere Staatsstruktur und Ideologie ersetzen will, um damit, wie sie hofft, den Kapitalismus zu erneuern. Die MAGA-Bewegung hat sich, was ihre Ziele anbelangt, inzwischen in Richtung Faschismus bewegt. Sie will den kapitalistischen Staat der USA radikal umgestalten, hat sich aber dafür entschieden, dies über die Kontrolle der Strukturen des bestehenden bürgerlich-kapitalistischen Staates zu tun – zumindest für den Moment. Deswegen steckt in der oxymoronischen Bezeichnung »konstitutioneller Faschismus« auch mehr als ein Körnchen Wahrheit. Mit anderen Worten: Statt zu versuchen, mithilfe des Drucks von der Straße, also etwa mit Sturmtruppen oder Schwarzhemden, die Macht zu ergreifen, werden die Instrumente und Institutionen des bürgerlich-kapitalistischen Staates für die eigenen Zwecke genutzt, während man zugleich alles darauf anlegt, dieselben Institutionen zu schwächen, wenn nicht gar zu zerschlagen, indem man ausgesprochen und unausgesprochen mit dem Einsatz extralegalen Gewalt droht.

Die Kapitalistenklasse in den USA scheint in Bezug auf die MAGA-Bewegung gespalten zu sein. Es gibt Teile, die weiterhin die Demokratische Partei unterstützen und in offener Opposition zum Trumpismus stehen. Es gibt Segmente, die sich in verschiedener Form in »vorausseilendem Gehorsam« üben, was bedeutet, sie unterwerfen sich freiwillig dem Trump-Regime, bevor sie zu seiner Zielscheibe werden. Dann gibt es diejenigen, die sich ganz offen auf dessen Seite geschlagen haben, wie zum Beispiel Musk. Was ihnen und anderen Teilen der kapitalistischen Klassen in den USA zunehmend wichtig ist, ist Stabilität und Ordnung, notfalls auch ohne Demokratie. Was MAGA derzeit anzubieten hat, ist vor allem Chaos, Korruption und Unsicherheit – eine Kombination, die Kapitalisten selten gefällt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass ein faschisti-

scher Staat einer gespaltenen und geschwächten Kapitalistenklasse aufgezwungen werden kann, insbesondere wenn – wie in unserem Fall – so einflussreiche Tech-Oligarchen die Regierung stützen (unabhängig davon, ob man sie nun für Techno-Feudalisten oder einfach nur für Mega-Kapitalisten hält). Doch ohne eine bedeutende Basis innerhalb der Kapitalistenklasse ist es unwahrscheinlich, dass ein »Faschismus an der Macht« (im Gegensatz zu einem einzelnen »Faschisten an der Macht«) Erfolg haben und sich institutionalisieren kann. Wahrscheinlicher ist, dass uns umfassende politische Turbulenzen bis hin zu einem Bürgerkrieg bevorstehen.

DIE ZIELE DER MAGA-BEWEGUNG

Es gibt sehr spezifische Ziele der MAGA-Bewegung, die man im »Projekt 2025«, dem rechten Plan zur Umgestaltung der Exekutive des US-Staates, nachlesen kann. Zum Zeitpunkt der Verschriftlichung dieses Beitrags ist die Trump-Regierung gerade dabei, völlig unverfroren diese Ziele zu verfolgen und umzusetzen: die Umgestaltung der USA hin zu einem autoritären Staat, der auf einer Art imperialistischem Populismus beruht. Trump und die MAGA-Kräfte haben sich vorgenommen, sämtliche Regeln neu zu schreiben. Ihr Ansatz ist dem der Redemption-Bewegung des 19. Jahrhunderts nicht unähnlich, da sie offenbar versuchen, unter dem Deckmantel der Demokratie die Demokratie zu untergraben. Dafür betreiben sie die Herausbildung eines neuen hegemonialen Blocks, der einen Bruch der USA mit dem Völkerrechtssystem und zugleich die Errichtung eines Neo-Apartheidsystems im eigenen Land vorsieht, mit dem Versprechen, den Lebensstandard der »unterstützungswürdigen« und »relevanten« Teile der Bevölkerung in dem Maße abzusichern, wie sie sich hinter das imperialistische populistische Programm stellen.

Trumps Antrittsrede im Januar 2025 enthielt alle Elemente. »Making America Great Again« wurde dahingehend präzisiert, dass das aktuelle Regime vorhat, die Regeln des Völkerrechts auszuhebeln (inklusive des Verbots der territorialen Ausweitung), Migrant*innen massenhaft abzuschieben (als erster Schritt in Richtung einer ethnischen Säuberung), alles zu zerschlagen und abzuwickeln, was auch nur annähernd mit Antidiskriminierung und Antirassismus zu tun hat (im Namen meritokratischer Vorstellungen), die männliche Vorherrschaft wiederherzustellen und Menschen mit nichtbinärer Geschlechtsidentität zu bekämpfen. Dies ist die US-Version des Faschismus im 21. Jahrhundert. Und hinter der Bühne halten sich diverse paramilitärische Einheiten bereit, über deren Einsatz vermutlich noch genauer nachgedacht wird, die aber der Trump-Administration bereits ihre Dienste bei der Hatz auf Migrant*innen angeboten haben. Wir müssen uns darauf einstellen, dass solche rechten Paramilitärs irgendwann von der Leine gelassen werden –

spätestens dann, wenn das Trump-Regime feststellen sollte, dass der bestehende Repressionsapparat nicht zuverlässig das tut, was von ihm verlangt wird.

Was 2025 jedoch von der Zeit der »Redemption« unterscheidet, sind die vielen demografischen Verschiebungen und politischen Entwicklungen, die seit dem 19. Jahrhundert stattgefunden haben. Die verstärkte Einwanderung nach 1965 und das Aufkommen verschiedener sozialer Bewegungen, unter anderem der wirkmächtigen Bürgerrechtsbewegungen von People of Color, haben das Terrain grundlegend verändert. Obwohl es innerhalb der radikalen Rechten Strömungen gibt, die die vollständige Auslöschung von People of Color anstreben, ist eine andere Art von »Rassenpolitik« entstanden. Inzwischen gibt es ein Phänomen, das einige als »ethnien- und rassenübergreifende Rechte« und wir als »Neo-Apartheid-Rechte« bezeichnen würden.

DIE »NEO-APARTHEID-RECHTE« UND DEMOGRAFISCHER WANDEL

Um diese Strategie zu verstehen, muss man die Auswirkungen der Einwanderungswellen in die USA nach 1965 berücksichtigen sowie die Veränderungen des Mainstream-Narrativs bezüglich »race«, die auf die sozialen Bewegungen und Kämpfe von People of Color zurückgehen. Jim-Crow-Positionen sind heute einfach nicht mehr opportun. Aber es geht um mehr als das. Wachsende Teile der politischen Rechten, einschließlich der extremen Rechten, sind sich durchaus bewusst, dass der demografische Wandel in den USA unumkehrbar ist. Die US-Bevölkerung wird immer divers sein. Welche Art von »Reconstruction« (man verzeihe uns diesen Ausdruck) rassistischer und nationalistischer Unterdrückungsverhältnisse wäre dann für den heutigen US-Kapitalismus denkbar?

Eine Antwort bietet eine Politik der Apartheid. Obwohl das südafrikanische Apartheidsregime weitgehend auf den Erfahrungen der USA mit den Jim-Crow-Gesetzen beruhte, war das, was in Südafrika eingeführt wurde, in gewisser Weise mit dem spanischen Casta-System in Lateinamerika vergleichbar, obwohl es viel weniger durchlässig war. Für die Buren waren die Europäer die Weißen, die an der Spitze der Rassenhierarchie standen, unter ihnen befanden sich die Inder/Südasiaten, die sogenannten Coloureds, und schließlich ganz unten die Natives/Schwarzen. Das Apartheidsystem sah für jede Bevölkerungsgruppe spezifische Bedingungen und Erwartungen vor und schuf sogar eine Kategorie der »ehrent-halben Weißen«, und zwar für die Japaner, mit denen man Handel treiben wollte. Diejenigen, die dem Apartheidsregime dienlich waren, hatten ihren Platz in der Gesellschaft und konnten auf Belohnungen hoffen.

Innerhalb der US-amerikanischen Rechten haben sich inzwischen Vorstellungen durchgesetzt, die mit einem solchen Apartheidsregime sympathisieren. Zwar werden weiterhin rassistische Codes verwendet, zugleich schließt man Nicht-Wei-

ße nicht länger aus den eigenen Kreisen aus und bietet bestimmten Gruppen die Möglichkeit an, »in das weiße Lager überzuwechseln«, zum Beispiel Angehörigen der südamerikanischen und asiatischen Communities. Der Preis dafür ist jedoch, dass diese Bevölkerungsgruppen die Vorherrschaft der Weißen nicht herausfordern dürfen. So kommt es etwa zu einem Phänomen, das als »Hindu-Rechte« in der MAGA-Bewegung bekannt geworden ist. Tulsi Gabbard, die neue Koordinatorin der US-Geheimdienste, steht für diese neue Rechte. So versucht die politische Rechte in den USA derzeit, das System der sozialen Kontrolle und Unterdrückung in ihrem Sinne zu verändern und anzupassen, ohne dessen rassistische und nationalistische Grundlagen zu beseitigen.

DIE ALTERNATIVE

Inzwischen hat sich fast überall in progressiven Kreisen die Erkenntnis durchgesetzt, dass wir dringend eine breite antifaschistische Front gegen die extreme Rechte brauchen – auch wenn damit häufig ein gewisses Unbehagen verbunden ist. Es muss alles getan werden, um die Faschisten zu schwächen. Gegenwärtig wächst der Widerstand gegen MAGA, allerdings fehlt es an einer Gesamtkoordination, damit er effektiver wird. Zudem fällt es den progressiven Bewegungen in den USA schwer, sich gemeinsam für eine andere Politik und Gesellschaft einzusetzen. Dabei könnte das 2024 in Frankreich gegründete linke Wahlbündnis Nouveau Front populaire (Neue Volksfront) dafür ein Vorbild sein. Denn es verbindet Opposition gegen die extreme Rechte mit einem proaktiven Eintreten für ein fortschrittliches Programm, in dem ausformuliert ist, was die konkreten Voraussetzungen für eine wirkliche Demokratie sind. Einen solchen Ansatz könnte man, so unser Vorschlag, unter dem Begriff »dritte Reconstruction« fassen.

Aus dem Englischen von Britta Grell

LITERATUR

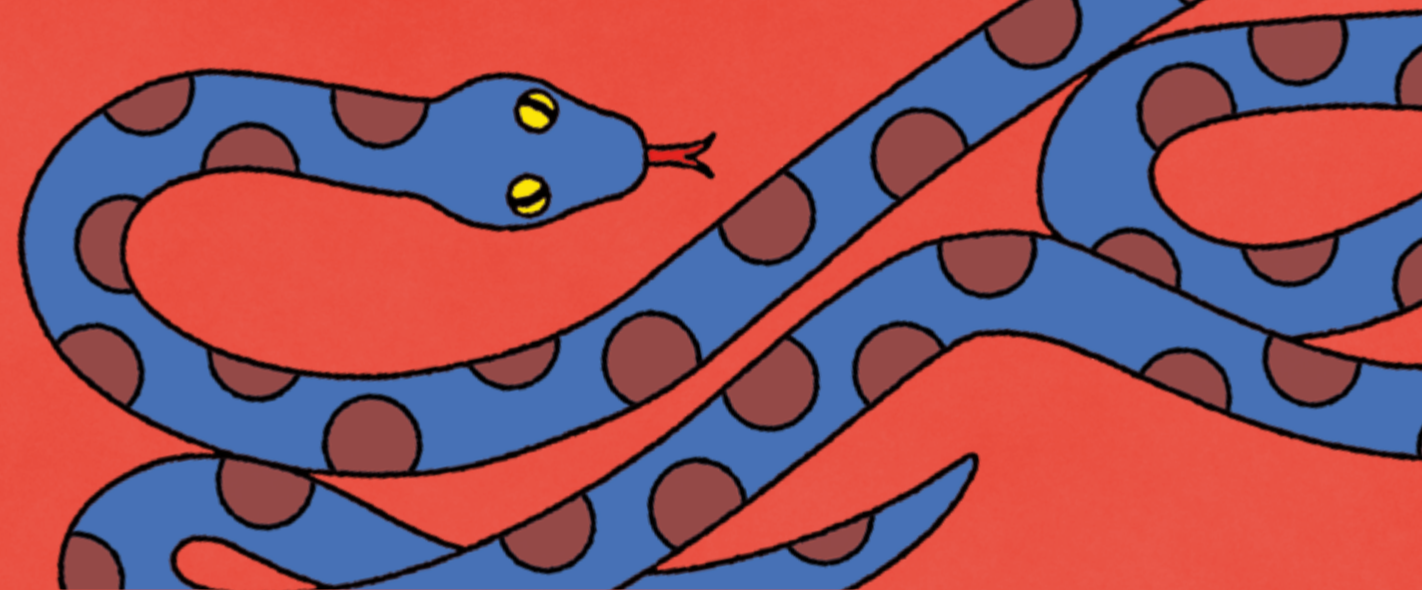
Berlet, Chip/Lyons, Matthew, 2000: Rightwing Populism in America, Guilford
Seymour, Richard, 2024: Katastrophen-Nationalismus. Über autoritäre Kippunkte weltweit, in: LuXemburg Online, November 2024, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/katastrophen-nationalismus/>

- 1 Der Beitrag wurde für das Heft gekürzt. Eine Langfassung kann nachgelesen werden unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/artikel/maga-trump.
- 2 Schimpfwort für Weiße in den Südstaaten, die nach dem Sezessionskrieg die Reconstruction unterstützten (Anm. d. Übersetzerin).
- 3 Als Jim-Crow-Gesetze werden solche Gesetze bezeichnet, die in der Zeit zwischen der Abschaffung der Sklaverei in den USA (1865) und dem Inkrafttreten des Civil Rights Acts und des Voting Rights Acts Mitte der 1960er Jahre hauptsächlich in den Südstaaten in Kraft waren und der Aufrechterhaltung der systematischen Diskriminierung von Schwarzen dienten (Anm. der Übersetzerin).
- 4 Medicare ist die öffentliche und bundesstaatliche Krankenversicherung für über 65-Jährige und Menschen mit bestimmten körperlichen Beeinträchtigungen (Anm. d. Übersetzerin).

REGIMEWECHSEL MIT TRUMP 2.0

STAATSUMBAU UND »REINDUSTRIALISIERUNG DURCH ZÖLLE«

MARGIT MAYER



Wir erleben in den USA eine neue Qualität von *state capture*, des Kaperns staatlicher Macht durch Konzerne und Kapitalfraktionen.

Mit aggressiver Handelspolitik versucht die Trump-Regierung die privilegierte Position auf dem Weltmarkt zu sichern. Mit offenem Ausgang

Seit dem Amtsantritt im Januar 2025 versucht die Trump-Regierung in rasantem Tempo, die bestehende US-amerikanische Ordnung – im Innern wie nach außen – aufzuheben und eine in vielfacher Hinsicht gegensätzliche »Ordnung« zu etablieren.¹ Dabei adressieren Trumps Umbauaktivitäten nicht nur die Forderungen seiner Basis, sondern zugleich multiple reale Krisen: von der Staatsverschuldung bis hin zu den Krisen der internationalen Sicherheits- und Weltwirtschaftsordnung. Folglich generieren sie Widersprüche und Friktionen und endlich auch stärkeren Widerstand in Zivilgesellschaft und Institutionen. Können wir trotz der erratischen Politiken so etwas wie ein Trump-Projekt für einen autokratischen Regime Change erkennen und wie wäre es zu verstehen?

STAATSUMBAU UND TECH-KOMPLEX

Mit einer Flut von Erlassen setzte Trump von seinem ersten Amtstag an die Blaupausen um, die das »Project 2025« für die rechts-konservative Neuausrichtung der US-Politik vorgezeichnet hatte. Danach soll der Staat radikal umgebaut, die Macht der Exekutive entgrenzt und die Gewaltenteilung unterminiert werden. Trump will allerdings nicht nur die Macht des Präsidentenamts gegenüber Parlament und Gerichten stärken, sondern auch die Kontrolle über all jene Behörden haben, die vom Kongress als unabhängig vom jeweiligen Präsidenten eingesetzt wurden. Kürzungen und Abwicklungen zielen primär auf die regulativen und sozialen Apparate des Staats, während gleichzeitig seine »Korporatisierung« – also der direkte Einzug von Vertreter*innen der großen Konzerne,

insbesondere von »Big Tech« und des Finanzkapitals – voranschreitet.

Dabei handelt es sich um eine neue Qualität von *state capture*, des unmittelbaren Kaperns staatlicher Macht durch Konzerne und Kapitalfraktionen, auch durch die direkte Übernahme von Regierungsämtern. Durch diesen direkten Einfluss insbesondere der Tech-Industrie und des Finanzkapitals ist eine »relative Autonomie des Staats« nicht länger gewährleistet. Viele Forderungen der Tech-Branche wurden bereits in den ersten 100 Tagen der neuen Regierung erfüllt, etwa die Rücknahme der Regulationen der Federal Trade Commission (FTC) und der Securities and Exchange Commission (SEC). Gegen fast alle Tech-Unternehmen waren unter der Biden-Regierung Ermittlungen und Gerichtsverfahren wegen Verstößen gegen das Kartellrecht in Gang gesetzt worden, die nun gestoppt sind. Vor allem die jüngeren Branchen (KI und Kryptowährungen) feiern die starke Unterstützung, die sie nun innerhalb der Trump-Regierung haben, der es ein Anliegen ist, diese »most bullish fraction of capital« von Einschränkungen zu befreien (Durand 2025). Schon kurz nach Amtsantritt kündigte

MARGIT MAYER ist emeritierte Professorin für Politikwissenschaften an der FU Berlin und hat vor allem zu US-amerikanischer Politik und neuen sozialen Bewegungen geforscht. Von ihr erschien u. a. »Die US-Linke und die Demokratische Partei. Über die Herausforderungen progressiver Politik in der Biden-Ära« (2022).

Trump die Förderung eines immensen KI-Infrastrukturprojekts an, des privaten Joint Venture Stargate, mit einem Investitionsvolumen von 500 Milliarden US-Dollar, darunter trotz Einsparbekundungen auch Steuergelder.

Der als »Berater« deklarierte Elon Musk leitet bis dato faktisch (wenn auch nicht offiziell) das per Dekret geschaffene Department of Government Efficiency (DOGE), um die Staatsausgaben massiv zu reduzieren. In der Rolle Musks verbinden sich so *state capture*, persönliche Bereicherung und eine neue Offensive neoliberaler Austerität in einer Art Schockstrategie. Angeblich um Missbrauch und Betrug zu eliminieren, haben sich DOGE-Mitarbeiter*innen Zugang zu Daten, Verträgen und Zahlungssystemen verschafft, Massenentlassungen von Beamt*innen und Angestellten des Bunds veranlasst, Programme

gestoppt und ganze Behörden (Bildungsministerium, US Institute of Peace, USAID, nationale Verbraucherschutzbehörde) eliminiert.²

Größere Teile der Staatsaufgaben, die zur Agenda der Republikaner passen, sollen privatisiert werden. Musk prahlte, dass er einen *corporate takeover* der Bundesregierung durchführe. Das wird auch die Rentenversicherung Social Security treffen, wo DOGE bereits Personal gekürzt und Mittel gestrichen hat – wodurch das öffentliche Rentensystem bald so ruiniert sein wird, dass es zur Privatisierung »freigegeben« wird (Malito 2025). Auch bundesstaatliche Mittel für Wissenschaft und Forschung, Bildung und Umwelt stehen weit oben auf der Streichliste. Bei den staatlichen Repressions- und Sicherheitsapparaten wurde das Führungspersonal mit Blick auf ideologische und persönliche Loyalität hin ausgetauscht. In allen Ministerien und Behörden, auch beim Militär und FBI, hat Trump die Beamt*innen in Schlüsselpositionen durch ihm ergebene Leute ersetzt (Cooper 2025).

Letztlich scheint DOGE mehrere unterschiedliche Ziele zu verfolgen: von der Digitalisierung staatlicher Arbeitsabläufe und Effizienzsteigerungen über die Abschaffung von Behörden, die die Umsetzung von Umwelt-, arbeitsrechtlichen und anderen Vorschriften für Unternehmen kontrollieren, Streichungen und Kürzungen bestimmter, aber nicht unbedingt der teuersten Programme und Einrichtungen bis hin zu massiven Privatisierungen. Zum Teil widersprechen sich diese Ziele und in fast allen Fällen führen sie zu Friktionen im Staat und zu Protesten – und absehbar nicht zu den versprochenen Einsparungen (Herb u. a. 2025).

KAMPF GEGEN »ANTIAMERIKANISCHE« IDEOLOGIE

Der Staatsumbau verbindet sich mit einer autoritären Politik gegen bestimmte Migrantengruppen und die Errungenschaften sozialer und Bürgerrechtsbewegungen. Wie im Wahlkampf versprochen, erklärte Trump »illegale Immigration« sofort nach Amtsantritt zum nationalen Notstand, beschnitt das Asylrecht und instruierte das Militär, beim Mauerbau an der Grenze sowie bei Abschiebungen zu helfen. Neu ist die Berufung auf den bislang nur im Kontext von Kriegen angewendeten Alien Enemies Act (von 1798), mit dem Trump die Verhaftung von Hunderten von angeblichen lateinamerikanischen »Gangmitgliedern« und ihre Abschiebung, ohne jegliche Anhörung, geschweige denn Gerichtsverhandlung, in riesige Hochsicherheitsgefängnisse in El Salvador – jenseits US-amerikanischer Gerichtsbarkeit – begründet hat. Auch Menschen, die vermeintlich gegen US-Interessen opponieren, können nun abgeschoben werden, darunter ausländische Studierende und Forscher*innen mit gültigen Visa oder Green Cards, deren »Vergehen« im Einsatz für die Rechte der Palästinenser*innen besteht. Sie wurden im Stil von Kidnappings verhaftet und entweder abgeschoben oder in Abschiebehaft genommen – bislang ohne jegliche Anhörungen. Außenminister Rubio erklärte, dass er bereits mehr als 300 Widerrufe von Visa mit dem Ziel der Abschiebung unterschrieben habe (Wong 2025).

Bereits in den ersten Tagen seiner Präsidentschaft stoppte Trump ebenfalls per Dekret sämtliche Inklusionsmaßnahmen für rassistisch oder aufgrund von sexueller Orientierung diskriminierte Gruppen und erklärte sämtliche Programme für »Diversity,

Equity and Inclusion« (DEI) an staatlichen Einrichtungen für illegal. Behörden sollen zudem ermitteln, ob in Unternehmen, bei gemeinnützigen Organisationen, Stiftungen, Anwalts- und Ärztekammern und an Hochschulen »unrechtmäßige Bevorzugung« stattfindet. Auch dort wurden DEI-Programme bereits zurückgeschraubt. Stützen konnte sich Trump dabei auf ein Urteil des Obersten Gerichtshofs vom Juni 2023, das »Affirmative Action« bei Zulassungen zum Hochschulstudium als Verstoß gegen die US-Verfassung deklarierte. Über direkte Eingriffe in kulturelle Einrichtungen wie Museen sollen diese von »unangemessener, spaltender oder antiamerikanischer Ideologie« befreit und die Normen der weißen Vorherrschaft wiederhergestellt werden (Smith 2025).

Die von Trump beabsichtigte institutionelle und ideologische Transformation des US-amerikanischen Staats scheint an den Grundwerten der Verfassung und deren Gleichheits- und Demokratieversprechen zu rütteln. Im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte war durch die Ausweitung des Wahlrechts, durch Bürgerrechtsgesetzgebung sowie sozialstaatliche und regulatorische Institutionen die vorherige, auf Rassentrennung und Geschlechterungleichheit basierende Gesellschaftsordnung der weißen Siedler-Suprematie teilweise verdrängt worden. Da die Errungenschaften des 20. Jahrhunderts – Rechte für Frauen und ethnische Minderheiten, Sozialgesetzgebung, Anerkennung von Gewerkschaften – aber eben nicht im Gründungsdokument der »unvollendeten Demokratie« verankert sind, können sich Rechtskonservative problemlos auf die Verfassung von 1787 beziehen, die eine exklusiv für weiße männliche Siedler geltende

Freiheit und Gleichheit reflektiert. Dieser US-spezifische Ethno-Nationalismus war mit den Reformen des New Deal und der Great Society keineswegs verschwunden. Dank der gesellschaftlichen Verwüstungen der neoliberalen Politik manifestierte er sich neu in einer erstarkenden Rechten, die die Gesellschaftsverträge der 1930er und 1960er Jahre schlicht ablehnt.

WUNDERWAFFE ZÖLLE?

Um die US-Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs und das Staatsdefizit, dessen Zinslast 2024 erstmals die Verteidigungsausgaben überstieg, unter Kontrolle zu bringen, setzen Trump und sein Handelsminister Howard Lutnick stark auf Zölle, die sowohl Produktion und Arbeitsplätze zurück in die USA bringen, ausländisches Kapital ins Land locken als auch Staatseinnahmen generieren sollen. Die am »Liberation Day« Anfang April angekündigten massiven reziproken Zölle gegen fast alle Länder, die Trump als hauptverantwortlich für das 1,2 Billionen US-Dollar umfassende US-Handelsdefizit ansieht, sorgten für ein Börsenbeben und für massive Kritik aus sämtlichen Wirtschaftsbereichen und auch der FED. Trump musste bereits 13 Stunden nach Inkrafttreten der »reziproken« Zölle einlenken und setzte sie für alle Staaten außer China für 90 Tage aus. Allerdings bleiben die Basiszölle von zehn Prozent sowie die auf Stahl und Aluminium bestehen, und die Zölle gegenüber China wurden auf exorbitante 145 Prozent hochgefahren. Während immer mehr US-Amerikaner*innen, darunter viele Trump-Wähler*innen, eine steigende Inflation fürchten, trägt das erratische Muster von Zollerhebungen und -aussetzungen, begleitet

von Ausnahmegenehmigungen (insbesondere für Autos und Autoteile sowie für Smartphones und andere Elektronikartikel) zur Verunsicherung der von transnationalen Lieferketten abhängigen Unternehmen bei, die keinen Handelskrieg wollen. Die US-Regierung allerdings sieht ihre aggressive Handelspolitik als Teil ihres breit angelegten Schwenks: weg von der bisherigen Struktur des Freihandels hin zu einer Form von Globalisierung, die den USA weiterhin eine dominante Rolle auf den Finanz- und anderen globalen Märkten erlauben soll (allerdings ohne die nicht mehr darstellbare Schuldenlast), während sie China und andere Länder des globalen Südens schwächen soll.

REGIME CHANGE UND WIDERSPRÜCHE

Trump's Versprechen »Reindustrialisierung durch Zölle« und sinkende Lebenshaltungskosten stehen im Widerspruch zueinander und stoßen an die Grenzen von großen Teilen der Wall Street – ein Widerspruch, der nicht einfach aufzulösen sein wird. In der Einschätzung von Bänker*innen wie dem vormaligen »Chief Global Strategist« Ruchir Sharma (2024) ist die Lage des Kapitalismus seit zwei Jahrzehnten geprägt von periodischen Finanzkrisen. Sie seien Ausdruck einer Krise kolossaler Fehlallokation von Kapital, Resultat der enormen Infusionen von billigem Geld durch die Zentralbanken, mit denen wiederum die stetig sinkenden Wachstumsraten aufgefangen worden seien. Früher oder später müsse ein folgenreicher Systemschock folgen. Man könnte Trump's Politik der ersten drei Monate als Versuch lesen, für das US-Kapital Bedingungen herzustellen, die einen solchen Systemschock präventiv absorbieren, um

weiterhin eine dominante Rolle in der neuen Weltordnung zu spielen.

Die Gleichzeitigkeit der Krisen – der Kapitalverwertungskrise, der Krise der globalen Weltordnung und der ambivalent gewordenen Führungsrolle der USA sowie der Bankrott der »regelbasierten Ordnung« durch offensichtliche Doppelstandards und die soziale Krise für große Teile der US-Haushalte – stellt das Land vor enorme Herausforderungen. Die Demokratische Partei war vor diesen zurückgeschreckt, die Republikaner unter Führung von Trump versuchen nun, sie auf Kosten von Rechtsstaatlichkeit und sozialdemokratischen Errungenschaften zu lösen. Zugleich geht es in den Strategien von Teilen der Trump-Regierung und der sie tragenden Rechten um eine Restauration, die Rückkehr zu rassistisch geprägten Herrschaftsformen, die erst durch die Erfolge der Bürgerrechtsbewegung aufgehoben wurden (vgl. auch Davidson/Fletcher 2025 in diesem Heft). Zahlreiche Einschätzungen gehen in die Richtung, dass das neue Regime nicht nur einen Niedergang der Demokratie darstellt, sondern obendrein autoritärer sei als andere autokratische Systeme. Selbst in autokratischen Regimen sei es extrem selten, dass die Führer*innen sich unmittelbar nach Aufnahme der Amtsgeschäfte einfach anmaßen, gerichtliche Anweisungen offen zu missachten (Levitsky 2025). Worauf dieser Regime-Change-Versuch letztlich hinauslaufen wird, ist noch offen und umkämpft.

Bernie Sanders und einige progressive Demokrat*innen sind seit Ende Februar auf »Fighting Oligarchy Tour« quer durch das Land unterwegs, ihre Rallyes ziehen – auch in republikanischen Distrikten – Zehntausende Menschen an. Es scheint politisch vielverspre-

chend für die Linke zu sein, wie Sanders zu betonen, dass die Mehrheit der Bevölkerung keine Herrschaft der Milliardäre will. Der Verweis auf den Einfluss des ultrareichen einen Prozents in der US-Politik und die damit einhergehende Aushöhlung von Demokratie sind jedoch altbekannte Diagnosen, die auch schon vor Trump zutrafen. Milliardär*innen und Großkonzerne haben bislang mit »aufgeblähten« staatlichen Behörden (die schließlich für Subventionen, Kredite und businessfreundliche Verträge sorgten) und auch mit deren DEI-Auflagen ihre (guten) Geschäfte gemacht. »Oligarchen« sind keineswegs unbedingt für eine rabiate Verschlinkung staatlicher Behörden, erst recht nicht sind sie per se für Zölle und Handelskriege. Diese zentralen Planken im Trump'schen Programm stammen eher aus den Thinktanks der populistischen Rechten wie American Compass und von globalisierungskritischen Intellektuellen wie Robert Lighthizer (2023), dem ehemaligen Handelsbeauftragten im Kabinett der ersten Trump-Administration.

Die Abschaffung von Antidiskriminierungsprogrammen oder das Wegsperrern, Abschieben und Zum-Schweigen-Bringen von »inneren Feinden« mögen zwar große Teile der MAGA-Koalition begeistern. Offen ist aber, ob sie – zusammen mit einer aggressiven Handelspolitik, dem Rückbau von Soft-Power-Institutionen wie USAID und dem Umbau des Staatsapparats nach den Interessen von Big-Tech-Konzernen und christlich-fundamentalistisch-nationalistischen Vordenkern – die Verwertungsbedingungen für das Kapital verbessern und die privilegierte Position der USA auf dem Weltmarkt sichern können. Ob und in welcher Form sich Trump's Projekt eines

autoritären Regime Change auch durchsetzen lässt, ist angesichts der inneren Widersprüche der Trump-Koalition und der soeben erst beginnenden Gegenwehr noch nicht absehbar.

LITERATUR

- Cooper, Melinda, 2025: Trump's antisocial state, Dissent, 18.3.2025, www.dissentmagazine.org/online_articles/trumps-antisocial-state/
- Durand, Cédric, 2025: Der kommende Technofeudalismus, in: LuXemburg Online, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/der-kommende-technofeudalismus/>
- Herb, Jeremy/Bradner, Eric/Luhby, Tami, 2025: »Just never been anything like DOGE«: Inside Elon Musk's turbulent takeover of government in Trump's first 100 days, CNN, 26.4.2025, <https://edition.cnn.com/2025/04/26/politics/elon-musk-hostile-takeover-government-trump-100-days/index.html>
- Hickman, James, 2025: Is China Dumping US Government Bonds?, Schiff Sovereign, 9.4.2025, www.schiffsovereign.com/trends/is-china-dumping-us-government-bonds-152455/
- Levitsky, Steven, 2025: The new authoritarianism, The Atlantic, 10.2.2025, www.theatlantic.com/ideas/archive/2025/02/trump-competitive-authoritarian/681609/
- Lighthizer, Robert, 2023: No trade is free. Changing course, taking on China, and helping America's Workers, New York
- Malito, Alessandra, 2025: Social Security is on a path to privatization, experts warn, led by Elon Musk's 'DOGE', MarketWatch, 23.3.2025, www.marketwatch.com/story/social-security-is-on-the-path-to-privatization-experts-warn-led-by-musks-doge-81b934cc
- Sharma, Ruchir, 2024: What went wrong with capitalism, London
- Smith, David, 2025: »It reminds you of a fascist state«: Smithsonian Institution braces for Trump rewrite of US history, The Guardian, 30.3.2025, www.theguardian.com/us-news/2025/mar/30/smithsonian-institution-trump-executive-order
- Wong, Edward, 2025: Rubio Says He Has Revoked 300 or More Visas in Trump's Deportation Push, New York Times, 28.3.2025, www.nytimes.com/2025/03/28/us/politics/rubio-immigration-students-ozturk-chung-khalil.html

1 Dieser Artikel basiert auf einem im Juni 2025 beim Verlag Westfälisches Dampfboot erscheinenden Kapitel in dem Band Multiple Krise und neue globale Konstellationen des Kapitalismus, hg. von Bernd Belina u. a. Ich danke Lia Becker für ihre kompetente Bearbeitung und Kürzung dieses umfangreicheren Kapitels.

2 Auf der Website www.project2025.observer kann man den fortschreitenden Abbau verfolgen.

GRÜNER KAPITALISMUS – NOT DEAD YET! CHINA UND DER ABGEHÄNGTE WESTEN

PHILIPP KÖNCKE



In der EU ist der Green Deal gescheitert. In China investiert man dagegen weiter massiv in die ökologische Modernisierung. Wie das Land zum technologischen Vorreiter wurde und welche geopolitischen Spannungen sich daraus ergeben

Die deutsche Autoindustrie ist in der Krise, das exportorientierte Wachstumsmodell erodiert. Grün-kapitalistische Modernisierungsbestrebungen sind blockiert (Candeias 2024). Derweil eskaliert der Handelskrieg zwischen der »neuen Triade-Konkurrenz« – den USA, Europa und China. Der Zollkrieg ist vor allem eines: Ausdruck einer Neusortierung der Machtverhältnisse im globalen Kapitalismus. Denn während der Westen am »grünen Kapitalismus« zu scheitern droht, gelingt China ein rasanter Aufstieg bei »grünen« Technologien. Die sogenannten *neuen drei Industrien* – E-Fahrzeuge, Batterien und erneuerbare Energien – steuern bereits schätzungsweise 40 Prozent zum chinesischen BIP-Wachstum bei. Chinas »grünes« Kapital dominiert nicht nur den wichtigen chinesischen Binnenmarkt und trägt damit – im Falle des E-Auto-Sektors – maßgeblich zur Krise der

deutschen Automobilindustrie bei. Es drängt auch mit voller Kraft in die westlichen Märkte: Konzerne wie CATL produzieren bereits in Europa, BYD startet die Produktion in Ungarn und denkt sogar bereits über ein weiteres europäisches Werk nach. Der Fall China zeigt: »Grüner« Kapitalismus? Not dead yet! Doch die Neusortierung der Machtverhältnisse endet nicht bei E-Autos. Sie reicht bis ins Herzstück des »grünen« Kapitalismus: den Energiesektor.

DER WIND HAT SICH GEDREHT: CHINA ALS VORREITER DER ENERGIEWENDE

Beim Blick auf den Westen zeigt sich: Hier läuft die Energiewende bestenfalls schleppend. In den USA stieg – angekurbelt durch die Subventionen des Inflation Reduction Act – zwar der Anteil der erneuerbaren Energien leicht an, doch fossile Energieträger

und Kernenergie dominieren den Strommix weiterhin (knapp 80 %). Auch in Europa wächst der Anteil erneuerbarer Energien – besonders durch den Windkraft-Ausbau. Doch fossile Energieträger und Atomkraft machen noch immer die Hälfte der Stromerzeugung aus. Investitionen in Gas- und Ölinfrastruktur steigen im Zuge der russischen Invasion in die Ukraine massiv an, der Kohleausstieg wird in Ländern wie Deutschland oder Frankreich verzögert. Angetrieben durch das unverändert durchsetzungsstarke fossile Kapital, die Radikalisierung des Konservatismus und den Aufstieg der radikalen Rechten droht zudem ein fossiler Backlash: Trumps Energiepolitik unter dem Motto »drill, baby, drill« fokussiert auf die Förderung der eigenen Öl- und Gasproduktion durch Offshore-Bohrungen und Fracking – mit zerstörerischen Schäden für Umwelt und Gesundheit. Aber auch in Deutschland sieht Kanzler Merz (CDU) in Windrädern nur eine Übergangstechnologie, denn »sie sind hässlich und passen nicht in die Landschaft«. Alice Weidel (AfD) stimmt beim AfD-Parteitag in Riesa in den Anti-Windkraft-Gesang ein: »Wir reißen alle Windkraftwerke nieder! Nieder mit diesen Windmühlen der Schande!«

PHILIPP KÖNCKE ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Erfurt. Er forscht zu Staat-Kapital-Verhältnissen im chinesischen Kapitalismus und zu den politischen Reaktionen der Europäischen Union und den USA auf den Aufstieg Chinas.

Während sich die Erneuerbaren im Westen also zu einem Terrain des (rechten) Kulturkampfes entwickeln, treibt der »systemische Rivale« China ihren Ausbau ungebremsst voran. Das Tempo des Ausbaus ist beispiellos: War der globale Markt für Solar- und Windenergie bis Anfang der 2010er Jahre noch von den USA und der EU dominiert, ist er heute fest in chinesischer Hand: Mit 358 Gigawatt (GW) neu installierter Wind- und Solarenergiekapazität übertraf China im Jahr 2024 die EU-Zuwächse um das 5-Fache; allein der chinesische Zubau in 2024 übersteigt die gesamte Wind- und Solarenergieerzeugungskapazität der USA. Sieben der globalen Top 10 Solarmodulproduzenten und sechs der Top 10 Windturbinenhersteller kommen aus der Volksrepublik. Sie dominieren ganze Wertschöpfungsketten: 85 Prozent aller Solarzellen

und 60 Prozent der Rotorblätter für Windkraftanlagen werden in China produziert. Das bedeutet: Selbst wenn in Europa der Anteil des Solarstroms am Strommix steigt – die Solarmodule kommen aus China. Wertschöpfung und Profite bleiben also in der Volksrepublik; das »grüne« Kapital des systemischen Rivalen expandiert weiter.

»GRÜNER« PARTEISTAATSKAPITALISMUS ALS INVESTITIONSMOTOR

Wie kam es in so kurzer Zeit zur Weltmarktdominanz? Der Investitionsboom bei Solar- und Windenergie ist das Resultat des parteistaatskapitalistischen Modells (vgl. auch Brie 2023). Zwar sind die führenden Solarmodulproduzenten (LONGi Green Energy Technology, Trina Solar, JinkoSolar) und Windkraftanlagenhersteller (Goldwind, Envision, Windey) mehrheitlich in privatem Eigentum. Doch sie agieren nicht frei von parteistaatlichem Einfluss: Windturbinenproduzenten wie Goldwind und Mingyang sowie Solarmodulhersteller wie LONGi, JinkoSolar oder Astronergy haben sogenannte Parteizeilen in ihren Konzernzentralen eingerichtet, die strategische Unternehmensentscheidungen kontrollieren. Die Kommunistische Partei ist also auf Konzernebene institutionalisiert und kann zentrale Investitionsentscheidungen steuern. Die größten Stromerzeuger – allen voran die »Big Five«: Huaneng Group, Huadian Group, China Energy, State Power Investment Corporation und Datang Group – sind hingegen alle in staatlichem Eigentum. Durch sie konnte der Parteistaat gezielt koordinierte und großvolumige Investitionen lenken.

Zentrale Triebfeder der Investitionen in Erneuerbare war auch die Preispolitik: Die

Regierung zahlte – finanziert durch den Renewable Energy Development Funds – großzügige Einspeisevergütungen für Wind- (onshore: ab 2009, offshore: ab 2014) und Solarstrom (ab 2011). Diese Vergütungen lagen über den Kosten der Stromproduktion und garantierten somit sichere und planbare Profite. Der Parteistaat legte auch die Endverbraucherpreise und die Netzentgelte für die Netzbetreiber fest. Dies verringerte Preisschwankungen, produzierte stabile, kalkulierbare Profiterwartungen und zog somit massiv Investitionskapital an, das den rasanten Aufbau der erneuerbaren Energien vorantrieb. Hinzu kam eine umfassende industriepolitische Förderung: Die Solar- und Windsektoren spielen seit dem 11. Fünfjahresplan (2006–10) eine zentrale Rolle und erhielten massive Subventionen – unter anderem für Forschung und Entwicklung, für die Installation von Wind- und Solarparks (z. B. im »Golden-Sun-Programm«) und für die Internationalisierung der Solarmodul- und Windturbinenproduzenten, gefördert durch vergünstigte Kredite staatlich kontrollierter Geschäfts- und Entwicklungsbanken. Mit diesen preis- und industriepolitischen Maßnahmen machte der Parteistaat erneuerbare Energien zu grünen »Kapitalsenken«: großvolumige Investitionsprojekte, in denen sich »grünes« Kapital sicher und profitabel reproduzieren kann. Dieses Modell katapultierte China an die Spitze der globalen Solar- und Windindustrie.

DURCH DIE LIBERALISIERUNG IN DIE KRISE

Doch die Funktionsweise des »grünen« Parteistaatskapitalismus ist keineswegs statisch: Die chinesische Staatsklasse verfolgt – beginnend mit den Stromsektorreformen 2015 – einen Steuerungswandel, der primär auf die Libe-

ralisierung der Preise und die Vermarktlichung des Stromhandels zielt. Nachdem die Energiebehörde das Defizit des Renewable Energy Development Funds Ende 2017 auf 15,6 Milliarden US-Dollar eingeschätzt hatte, wurden Einspeisevergütungen und Subventionen massiv gekürzt. Der Stromhandel wurde schrittweise vermarktlacht, »geplante Stromverkäufe« wichen Marktmechanismen. Zunehmend wurde er auf mittel- bis langfristige Direktabnahmeverträge zwischen den Erzeugern und den Endkund*innen umgestellt, bei denen diese die Preise weitgehend autonom aushandelten. Darüber hinaus führt der Parteistaat zunehmend *spot markets* nach westlichem Vorbild ein. Auf Spotmärkten wird Strom kurzfristig gehandelt. Stromerzeuger sind dabei hohen Preisschwankungen ausgesetzt – mit entsprechenden Unsicherheiten über die Preis- und Profitabilitätsentwicklung. Das System mit festen Einspeisetarifen wird zudem schrittweise durch ein Auktionssystem ersetzt: Den Zuschlag für Projekte erhalten dabei jene Solar- und Windstromerzeuger, die die günstigsten Stromerzeugungskosten anbieten. Seitdem liefern sich Stromerzeuger einen unerbittlichen Preiskampf und geben den Kostendruck an Solarmodul- und Windturbinenproduzenten und deren Zulieferer weiter.

Diese Liberalisierung und Vermarktlichung intensiviert den Wettbewerb. Der Preis- und Kostendruck steigt immens. Die sich bereits seit längerem akkumulierenden Überkapazitäten schlagen dadurch voll auf die Preise durch. Die Preise für Solarmodule und Windturbinen befinden sich im freien Fall, die Profite der größten Produzenten brechen ein. Bis zum dritten Quartal 2024 machten die größten Solarmodulproduzenten wie LONGi,

Trina Solar oder Tongwei Verluste. Prominente Branchenvertreter*innen rufen den Parteistaat dazu auf, Maßnahmen gegen die Preisdeflation und den Fall der Profite zu unternehmen. So appellierte Gao Jifan, Vorsitzender von Trina Solar, an die Zentralregierung, die Industrie besser zu koordinieren und den überhitzten Wettbewerb abzukühlen: »Bei den aktuellen Auktionspreisen bleibt entlang der gesamten Wertschöpfungskette kein Gewinn, und so kann das auf Dauer nicht weitergehen« (Bloomberg 2023; Übersetzung: d. Verf.).

Die Widersprüche der Liberalisierung treten offen zutage: Die anhaltende Abwärts spirale von Preisen und Profiten – selbst bei den größten Produzenten – scheint sich ohne gezielte parteistaatliche Eingriffe weiter zu verschärfen. Es bleibt fraglich, ob die Branche, angesichts der hohen Überkapazitäten, ohne staatliche Preiskontrollen langfristig profitabel sein kann. Zwar verfügen die größten Produzenten noch über hohe Gewinnrücklagen und Zahlungsmittelbestände, doch es bleibt abzuwarten, wie sich die aktuelle Profitkrise auf die mittelfristige Investitionsfähigkeit der Branche auswirkt.

ÖKOLOGISCHE WIDERSPRÜCHE DES »GRÜNEN« PARTEISTAATSKAPITALISMUS

Rettet Chinas »grüner« Parteistaatskapitalismus – ungeachtet seiner ökonomischen Widersprüchlichkeit – immerhin das Weltklima? Wohl kaum. Denn die Kehrseite der staatlichen Förderung erneuerbarer Energien ist die Kontinuität der Förderung fossiler Energieträger. Der »grüne« koexistiert mit einem anhaltenden »braunen« Parteistaatskapitalismus.

Deutlich wird dies an der anhaltenden Abhängigkeit des chinesischen Kapitalismus

von Kohle, denn China ist der größte Kohleproduzent und -konsument weltweit. Die Anzahl neu genehmigter Kohlekraftwerke hat sich in den Jahren 2022–23 gegenüber dem Zeitraum 2016–20 vervierfacht. Im Jahr 2024 begann China mit dem Bau von 94,5 GW neuer Kohlekraftwerke – die größte jährliche Zubaurate seit 2015. Damit entfielen 93 Prozent aller im Jahr 2024 weltweit neu gebauten Kohlekraftwerke allein auf China. Neben der Kohle treibt China auch den Ausbau der Kernkraft voran: Zwischen 2014 und 2024 hat sich die installierte Leistung von 19 auf 57 GW verdreifacht. Die Gleichzeitigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien, Kohle und Atomkraft zeigt: Die ökologische Modernisierung des Energiesektors erfolgt nicht als Bruch mit dem fossilen (und nuklearen) Energieregime, sondern als Addition. Die Kohle kannibalisiert dabei gewissermaßen den Dekarbonisierungseffekt der Erneuerbaren. Denn trotz des schnellen Ausbaus erneuerbarer Energien stiegen Chinas CO₂-Emissionen aufgrund des hohen Kohleverbrauchs auch 2024 weiter an, wenngleich der Anstieg gebremst ist.

Zudem ist der »grüne« Parteistaatskapitalismus eng mit extraktivistischen Investitionen in den Abbau von Rohstoffen und Mineralien verbunden: Ein erheblicher Teil der chinesischen Kapitalflüsse in die Länder der Belt and Road Initiative entfällt auf Metall- und Bergbaubranche. Dazu zählen Investitionen in den Abbau von Kupfer, Lithium, Eisenerz, Nickel und Kobalt – zentrale Rohstoffe für die »grüne Ökonomie« (Lithium-Ionen-Batterien, E-Fahrzeuge, Windturbinen, Solarzellen). Ihr Abbau findet überwiegend in (semi-)peripheren Ländern wie Chile, Bolivien, Indonesien und zahlreichen afrikanischen Ländern statt. Er hat

zerstörerische Auswirkungen auf die Boden- und Wasserqualität, die Biodiversität und die Ökosysteme vor Ort. Chinesische Investitionen in den Rohstoffabbau erreichten zuletzt neue Rekordhöhen: allein im Jahr 2023 ganze 19,4 Milliarden US-Dollar im Metall- und Bergbau entlang der Belt and Road Initiative.

Chinas explodierende Energienachfrage – selbst das Resultat des kapitalistischen Wachstumsimperativs – erzeugt also fossile (und nukleare) Abhängigkeiten und ist eng mit Rohstoffausbeutung und ökologischen Zerstörungen in (semi-)peripheren Ländern verbunden. Dies steht in starkem Kontrast zur ökologischen Notwendigkeit, die (globale) Energiewende ernsthaft voranzutreiben, und ist Ausdruck der ökologischen Widersprüchlichkeit des »grünen« Parteistaatskapitalismus.

WENN DIE EIGENE ENERGIEWENDE VOM SYSTEMISCHEN RIVALEN ABHÄNGT

Und wie reagiert die EU auf Chinas Aufstieg zur grün-kapitalistischen Führungsmacht? Die chinesische Dominanz in einem der Leitsektoren des »grünen« Kapitalismus, das Zurückfallen Europas und die Anforderungen der eigenen Energiewende erzeugen ein (geoökonomisches) Spannungsfeld. Denn die Umsetzung der ökologischen Ziele Europas ist von der Technologie des »systemischen Rivalen« China abhängig. Die europäische Debatte um die Stärkung protektionistischer und techno-nationalistischer Wirtschaftspolitik, die sich primär gegen die staatsgetriebenen chinesischen Produzenten richtet und seit 2019 an Fahrt aufgenommen hat, bekommt dadurch einen neuen Schub.

Denn die EU versucht im Namen der Energiesicherheit nicht nur, ihre Abhängig-

keit von Russland (Öl, Gas) zu verringern, sondern auch von China (Solarmodule, Windkraftanlagen). Sie reagiert mit einer Kombination aus Ansätzen protektionistischer Außenwirtschaftspolitik und Industriepolitik, die sich gegen die chinesische Konkurrenz richtet: Antisubventionsuntersuchungen gegen chinesische Solarmodul- und Windkraftanlagenproduzenten oder die Forced Labour Regulation sollen deren Zugang zum EU-Markt beschränken. Flankiert wird diese Strategie von vertikaler Industriepolitik: Maßnahmen wie der REPowerEU-Plan und der Green Deal Industrial Plan stellen Subventionen und andere Investitionsanreize bereit, um »grüne« Wertschöpfungsketten »zurück nach Europa zu holen«. Diese Maßnahmen sind Teil einer umfassenderen EU-Strategie zur Eindämmung des Aufstiegs des chinesischen »grünen« Kapitals, was sich jüngst auch in den Strafzöllen gegen chinesische E-Auto-Produzenten widerspiegelt.

Doch auch China bleibt nicht untätig. Der Parteistaat nutzt dabei nicht nur seine Dominanz bei der Produktion von Solarmodulen und Windkraftanlagen, sondern auch bei der Extraktion und Verarbeitung strategischer Rohstoffe (z. B. bei Metallen der Seltenen Erden, Gallium, Germanium, Kobalt oder Lithium). Die EU und die USA sind bei diesen Rohstoffen in hohem Maße abhängig von China, das wiederum diese Abhängigkeit strategisch nutzt und mit Exportbeschränkungen – etwa bei Gallium, Germanium oder Seltenerdmetallen – reagiert.

Die öko-imperialen Spannungen (Brand/Wissen 2024), die auf die Re-Territorialisierung »grüner« Wertschöpfungsketten abzielen, spitzen sich also zu. Die EU und auch

die USA kämpfen darum, die Kontrolle über globale Wertschöpfungsketten in strategischen Sektoren vom »systemischen Rivalen« China (zurück)zugewinnen. Der chinesische Parteistaatskapitalismus verfügt jedoch über die höheren geoökonomischen Machtressourcen: Durch die Dominanz bei der Produktion von Solarmodulen und Windturbinen und bei der Kontrolle über strategische Rohstoffe ist es China gelungen, kritische Abhängigkeiten zu erzeugen.

Trotz seiner Erfolge bei der Ausweitung der Kapazitäten für erneuerbare Energien wird auch der »grüne« Parteistaatskapitalismus den Ansprüchen einer nachhaltigen und öko-solidarischen Energiewende nicht gerecht. Einmal mehr zeigt sich: Es sind letztlich die strukturellen Barrieren des Kapitalismus selbst (Profitmotiv, Wachstumszwang, Konkurrenz der Einzelkapitale, internationale Staatenkonkurrenz), die die notwendigen radikalen kooperativen und öko-solidarischen Übergänge blockieren.

LITERATUR

- Bloomberg, 2023: China Renewables Firms Face Steep Hurdles in 2024, BNEF Summit, 27.11.2023, www.bloomberg.com/news/articles/2023-11-27/china-s-energy-path-in-focus-ahead-of-cop28-bnef-summit-update
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus, 2024: Kapitalismus am Limit: Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven, München
- Brie, Michael, 2023: Chinas Sozialismus neu entdecken. Ein hellblaues Bändchen jenseits der Froschperspektive auf ein spannendes Experiment, Hamburg
- Candeias, Mario, 2024: Monster verstehen. Wechselwirkung von Faschisierung und blockierter Transformation, in: Ders./Lia Becker (Hg.), Vom Horror zur Hoffnung. Strategien gegen blockierte Transformation und Faschisierung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/52656/vom-horror-zur-hoffnung, 7–42
- Köncke, Philipp, 2025: Chinas »grünes« Energiewunder. (Geo) Politische Ökonomie des chinesischen Partei-Staatskapitalismus, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/53240/chinas-gruenes-energiewunderPartei-Staatskapitalismus

VON DER TRAUER ÜBER WUT ZUR VERÄNDERUNG

AFFEKTIVE POLITIKEN VON LINKS

SARAH JAFFE



Nach dem Wahlsieg Trumps sitzt der Schock bei den Linken tief. Die rassistischen Morde der vergangenen Jahre wirken traumatisierend. Wie können wir Trauer besser verstehen und Gefühle von links politisieren?

Donald Trump ist erneut Präsident. Lautstark wirft er auf X (vormals Twitter) und anderswo mit halbfertigen Ideen um sich und labt sich an der Angst und den Verwerfungen, die er damit hervorruft. Dann rudert er zurück oder leugnet, solche Dinge je gesagt zu haben. Er stiftet Chaos – und genau darum geht es.

SARAH JAFFE ist Schriftstellerin und Reporterin und lebt in New Orleans. In Kürze erscheint von ihr das Buch »From the Ashes: Grief and Revolution in a World on Fire« bei Bold Type Books.

Verzweiflung ist dieser Tage in den USA weit verbreitet, und zwar mehr noch, als dies während Trumps erster Amtszeit der Fall war. 2016 waren die Menschen entrüstet, 2025 jedoch scheinen sie schockiert. Schockiert in dem Sinne, wie Naomi Klein es in ihrem Buch »Die Schock-Strategie: Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus« skizzierte, also gezielt aus der Fassung gebracht, damit währenddessen die Zerstörung auch noch des letzten Restes eines Staates vorangetrieben werden kann, der dem Gemeinwohl statt dem privaten Profit diene. Obwohl Trump schon einmal Präsident war, fühlt sich seine Rückkehr wie eine Katastrophe an, wie die Orkane und Waldbrände, die in den Monaten vor seiner Wiederwahl über das Land hinwegfegten.

Dennoch kann ich nicht anders, als wütend darüber zu sein, dass die Menschen schockiert sind, jedenfalls was diejenigen angeht, die es hätten besser wissen müssen. Wie die Demokratische Partei. Oder die Berufspolitiker*innen, die schon seit Monaten vom »Project 2025« wussten, dem Projekt der Rechten, den Staat von Grund auf neu zu ordnen. Der Trauerprozess darum, dass die USA eben leider doch nicht besser als Trump sind, hätte schon vor acht Jahren stattfinden sollen. Das jetzt ausbleibende Handeln dieser Berufspolitiker*innen ist unentschuldbar.

Stattdessen wird der Widerstand von jenen Bundesangestellten angeführt, die an Elon Musks »Häcksler« verfüttert werden und die uns jeden Tag aufs Neue eine Lektion darin erteilen, was eigentlich staatliche Aufgaben sind. Nationalparkangestellte und Ingenieur*innen, die Hochwasserschutzbarrieren bauen, Krankenpfleger*innen, die für das Department of Veterans Affairs arbeiten, und so viele andere. Gemeinsam mit

Lehrer*innen und Wissenschaftler*innen, deren Arbeit aufgrund der Budgetkürzungen nahezu unmöglich geworden ist, gehen sie auf die Straße. Andere wiederum bieten »Know Your Rights«-Trainings für undokumentierte Migrant*innen an, die in Trumps Fadenkreuz geraten, und wieder andere halten Hormone vorrätig, um befreundeten trans*-Personen auszuweichen, denen die Streichung von Krankenversicherungsleistungen droht.

Kurz vor dieser Wahl, die Donald Trump erneut ins Präsidentenamt erhob, erschien mein Buch über Trauer, und zu dem Zeitpunkt war ich mir relativ sicher, dass die Wahl so ausgehen würde. Ich sah zu, wie die Vorgängerregierung Sympathien verschleuderte, gerade bei den jungen Menschen, und wie sie ihr politisches Kapital damit vergeudete, das anhaltende Grauen am Laufen zu halten, das Israel seit eineinhalb Jahren über Gaza brachte. Wie sie Proteste mit der Hilfe von Universitätsangestellten zerschlug, die jetzt Trumps Forderungen klein begeben und ihm bei der Deportation ihrer eigenen Studierenden zur Hand gehen. Während ich über die Notwendigkeit des Trauerns schrieb, suchte ich nach Aufzeichnungen von Protesten (denen ich nicht selten beigewohnt hatte), bei denen ein Ende der Gräueltaten in unserem Namen gefordert worden war. Sie wehrten sich dagegen, jüdische Trauer für weitere Gewalt zu instrumentalisieren.

Ich schrieb dieses Buch, weil mir schien, dass Trauer in den frühen 2020er Jahren allgegenwärtig war. Es war die Zeit von COVID-19, klar, aber der Lockdown führte auch dazu, dass die Proteste, die auf die Ermordung von George Floyd folgten, zum Erliegen kamen, die bis dato größten Proteste gegen Polizeigewalt in den USA. Was ist »Black Lives Matter«, wenn nicht der Ruf nach gemeinsamer Trauer und gemeinsamem politischen Engagement? In dieser Zeit verschlimmerte sich die Klimakatastrophe immer weiter, Migrant*innen mussten ständig als Sündenböcke herhalten, Menschen also, die in der Regel vor Katastrophen flüchten (»natürlichen« und anderen), deren Verursacher eben die Länder sind, in die sie fliehen. Die wirtschaftliche Entwicklung zerstörte den Lebensstandard vieler Menschen für immer und ließ sie trauernd zurück.

Was ich jetzt schreibe, versammelt Überlegungen aus jener Zeit, die es nicht ins Buch schafften, in erster Linie, weil es so viel Trauer um mich herum gab, über die ich schreiben musste: Ich schrieb darüber, welche Strukturen diese Trauer hervorriefen, dass ihr kein Raum gegeben wurde, wie die Rechten sie nutzen, um Anhänger*innen für ihre faschistischen Parteien und Schlägertruppen zu gewinnen; wie die Linke vielleicht lernen kann, Trauer besser zu verstehen.

DER MORD AN JORDAN NEELY

Anfang Dezember 2024 sprach man Daniel Penny wegen des Mordes an Jordan Neely in der New Yorker U-Bahn frei. Kurz nach seiner Freilassung schleppte Trump Penny zum wichtigsten College-Footballspiel der Saison mit. Die Botschaft war eindeutig: Trump begrüßte die Ermordung eines obdachlosen Schwarzen Mannes, der in der U-Bahn angeblich für Unruhe gesorgt hatte. Bis auf die Musiker*innen in der U-Bahn verabscheue ich

inzwischen alles an New York. Wenn ich dort bin, und sei es auch nur für kurz, möchte ich am liebsten wieder weg – es sei denn, ich bin in der U-Bahn und das vertraute »Showtime!« erklingt oder Musik wird aufgedreht. Was mein Geldbeutel hergibt, händige ich an Mariachi-Bands aus, ich bemühe mich, nicht im Weg zu stehen, sodass die Showtime-Tänzer*innen springen und Pirouetten drehen und an der Decke laufen können. Und seit Jordan Neely ermordet wurde, durchforste ich meine Erinnerung nach Michael-Jackson-Imitatoren, die ich im Zug oder am Bahnsteig gesehen habe. Da waren welche, ich bin mir sicher. Ob er es war?

Im Mai 2023 war ich mal wieder in New York, und die Stadt war voll mit den Geistern meiner Vergangenheit, vieles war nicht mehr da, die Restaurants, die mich in dieser Stadt willkommen geheißen hatten, waren weg, ich lief über den Union Square unweit der einzigen Wohnung, die ich je in Manhattan bewohnt hatte, und erinnerte mich an den Zeitpunkt, als die letzte Version dieser Stadt, die ich noch zu lieben vermochte, vorbei war, aus und vorbei. In nahm die U-Bahn und musste daran denken, wie Jordan Neely um Hilfe geschrien hatte.

Was New York für mich so überraschend und fröhlich macht, ist gleichzeitig eine Form prekärer Arbeit, die Möglichkeit eines Zuverdienstes in einer Zeit, in der es beinahe unmöglich geworden ist, in dieser Stadt zu leben. Die Momente, in denen sich die U-Bahn mit Musik und Tanz füllt und man dem Blick eines Fremden begegnet, waren für mich die schönsten in dieser Stadt, und ich denke daran, wie viele Menschen die Ermordung eines Mannes, Tänzers, Performers guthießen, weil dieser Hilfe verlangte, weil er es wagte, die gegenwärtige New Yorker Lebensrealität ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken, dass es verdammt nochmal kaum zu schaffen ist.

Auch Ciara Taylor, die nach der Erschießung von Trayvon Martin die Organisation Dream Defenders mitbegründet hat, lässt der Tod von Jordan Neely nicht los. Sie erzählt von Budgetkürzungen und der Erhöhung der Ticketpreise, von der Räumung von Obdachlosencamps und dem Mangel an Notunterkünften und bezahlbarem Wohnraum, und dem nie abbreißenden Geldstrom für Polizeikontrollen und -überwachung. Die Polizei hat Jordan Neely nicht umgebracht, jedenfalls nicht direkt, es war ein junger Ex-Marinesoldat, also hatte ihn ein anderes staatliches Gewaltorgan im Töten unterrichtet. Aber dabei schaute ihm ein Wagen voller Menschen zu, und die Polizei ließ ihn schon nach einer kurzen Befragung laufen, und Politiker*innen schürten Empörung, es wurden Millionen für seine Verteidigung gespendet, und ich denke, genau das ist der Endpunkt der strukturellen Herstellung von *Unbeträuerbarkeit*. Das passiert, wenn wir so vielen Menschen die existenziellen Dinge des Lebens absprechen, weil sie nicht die Arbeit verrichten, die das Kapital von ihnen verlangt. Tanzen zählt nicht. Der Militärdienst hingegen schon.

Auch für die Organizerin Mariame Kaba fühlt sich die Täter-Opfer-Umkehr nur allzu vertraut an, der Mechanismus, der Jordan Neelys Tod in eine Erzählung darüber verkehr-

te, was Neely falsch gemacht hatte. Sie sagt: »Das möchte man nicht sein, man will kein Opfer sein, also ziehst du dir so einen Mantel der Unverletzbarkeit über. Mir kann nichts passieren. Ich verhalte mich korrekt. Mir werden solche schlimmen Dinge schon nicht zustoßen. Die Menschen in dieser U-Bahn trugen so einen Mantel. ›Ich werde nie wie dieser Typ sein. Mehr noch, ich werde mich an seiner Entmenschlichung beteiligen, weil ich so sehr nicht wie er sein will. Er ist das Gegenteil dessen, was ich ausstrahlen will, und so entmensliche ich ihn in einem solchen Grad, dass seine Tötung nicht der Rede wert ist.« Wir müssen nicht um ihn trauern, wenn er selbst zu seinem Tod beigetragen hat.

»Wohl jede*r in ganz Manhattan hat schon einmal etwas erlebt, was dem ähnelte, was Penny und die anderen in der U-Bahn durchmachten«, so das Pressestatement von Daniel Pennys Strafverteidiger. Es unterschlägt, dass die meisten Menschen deshalb nicht zu Mördern werden. Es handelt sich um eine Spielart der Broken-Windows-Theorie, die besagt, dass schon kleinste Verstöße gegen die öffentliche Ordnung – eine zerbrochene Fensterscheibe, ein herumschreiender Mensch – zu schwerwiegenden Straftaten führen. Diese Theorie lässt unter den Tisch fallen, dass die Lösung auf der Hand liegt: die verflixte Fensterscheibe zu reparieren. Das Verbrechen, das Jordan Neelys Schreie nach sich zogen, war, dass ihn jemand erwürgte.

So sieht Faschismus aus, wenn er da ist, denke ich bei mir. Nicht nur tötet jemand mit seinen eigenen Händen einen anderen, sondern andere Menschen wiederum rechtfertigen diese Tat: Der muss schließlich irgendetwas angestellt haben, der hat es verdient, also ist es in Ordnung, unbetrauerbar. Wenn du betonst, dass Jordan Neely ein Mensch war, dem es schlecht ging und der es nicht verdiente, umgebracht zu werden, es nicht verdiente, hungrig und obdachlos zu sein und so mutterseelenallein, dass niemand eingriff und den Griff um seinen Hals löste – dann muss mit *dir* etwas nicht in Ordnung sein. Das ist es, dessen ihr euch schuldig gemacht habt: Ihr habt befunden, dass es in Ordnung war. Das nämlich ist die nackte Wahrheit hinter dem obsessiven Reflex, »Black Lives Matter« mit »All Lives Matter« zu kontern. Als ob nicht fast alle Leben nichts wert wären.

Achille Mbembe schreibt, dass der faschistische Staat bloß derjenige sei, der die Konsolidierung der Macht über den Tod am weitesten getrieben habe. Bei ihm heißt es: »Die Wahrnehmung der Existenz des Anderen als Angriff auf mein eigenes Leben, als tödliche Bedrohung oder unbedingte Gefahr, deren biophysische Ausschaltung eine Stärkung meiner eigenen Potenziale an Leben und Sicherheit bedeuten würde – dies ist meiner Ansicht nach eines der zahlreichen Imaginarien der Souveränität, die für die Moderne selbst charakteristisch ist, für die frühe ebenso wie für die späte.« (Mbembe 2011, 69) Jordan Neelys Leben war auslöschar, einfach deswegen, weil er im öffentlichen Raum als Schwarzer, Armer und Obdachloser existierte und sich weigerte, leise zu verschwinden. So ist es in den USA und in der übrigen, von den USA beeinflussten Welt, seit sich die Kolonialherren an die nordamerikanische Küste verirrt haben. Die Tatsache, dass die Leute Angst vor Neely hatten, kommt dem Eingeständnis gleich, dass die USA ihm tatsächlich etwas schuldig waren.

Wie Walter Benjamin festhielt, als die Nazis mit Feuer und Vernichtung durch Europa marschierten: »Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, dass der ›Ausnahmestand‹, in dem wir leben, die Regel ist.« (Benjamin 2010, 19) Als Jüdin, als Mensch, als ehemalige wahrscheinlich Nie-wieder-New-Yorkerin heißt solidarisch sein für mich, dass ich mich dieser Tatsache nicht verschließe und mich ebenso in Jordan Neely sehe wie in dem in den 1940er Jahren schreibenden Benjamin, der uns ermahnt, dass uns »als unsere Aufgabe die Herbeiführung des *wirklichen* Ausnahmestandes vor Augen stehen [wird]; und dadurch wird unsere Position im Kampf gegen den Faschismus sich verbessern« (ebd.). Anders ausgedrückt ist es meine Aufgabe, Widerstand zu leisten, den Würgegriff von Jordan Neelys Hals zu schlagen und jene Vernichtung aufzuhalten, in der das Leben in dieser für mich zu teuer gewordenen Stadt besteht.

Wie reparieren wir eine Gesellschaft, wenn ihr Fundament der Tod ist, wenn die Machthabenden das Töten offenbar fortsetzen wollen, von der kaltblütigen Ablehnung von Versicherungsleistungen bis zur Rechtfertigung von Morden in U-Bahnen; von staatlichen Hinrichtungen bis zum trotz der Klimakatastrophe als Leitspruch erkorenen »drill, baby, drill«? Abolitionist*innen sehen *Transformative Justice* als Alternative zu strafenden Institutionen, als einen Prozess der Reparatur, der in sich selbst neue Beziehungen stiftet. Aber die alten, in struktureller Gewalt und Ressourcen-Extraktivismus fußenden Strukturen wirken weiter.

Die Menschen in den Opferzonen, an den verlassenen Orten, seien es nun ganze Länder oder winzige Punkte auf einem Stadtplan, mussten ihren eigenen Umgang mit einem Planeten in der Krise finden, der nicht darauf wartet, dass endlich jemand um Vergebung bittet. Ein Weg für jene, die bleiben, und die, die gehen wollen. Über geographische Grenzen und Differenzen hinsichtlich *race* hinweg, trotz Sprachbarrieren und Hochwasserkatastrophen schaffen diese Menschen eine Gerechtigkeitsbewegung und eine eigene Form der Resilienz. Ruth Wilson Gilmore verwendet in diesem Zusammenhang das malaiische Wort *desakota*, das Geograf*innen als Bezeichnung für Orte verwendeten, die weder urban noch ländlich waren, als Bezeichnung für einen Zustand »dazwischen«. »Vergessen zu werden«, schreibt Gilmore, »ist Teil dieses Dazwischenseins, ist eine Kultur und eine Politik, die in die Lücke zwischen den Krisen hineingewachsen ist. Das Bewusstsein dafür, dass man künftigen Katastrophen anheim gelassen wurde, ist mit einer besonderen Art der Trauer verbunden: Wenn das Ende der Welt bevorsteht, welche neuen Kämpfe werden dadurch erst möglich?« (Gilmore 2022)

AUS VERLUSTEN LERNEN

Trauer entspringt einer Art Anti-Begehren, schafft gleichzeitig aber Raum für neues Begehren und lässt das, wonach wir uns früher sehnten, in neuem Licht erscheinen. Man kann aus Verlusten etwas lernen, aber das sieht jedes Mal und individuell anders aus, und man kann sich diesem Lernprozess auch verweigern, sich davor verschließen. Bei

der Beisetzung einer befreundeten Person musste ich mich fragen, ob die Eltern, die die Beisetzung organisiert hatten, den Menschen, um den sie trauerten, überhaupt gekannt hatten; bei einer auf Zoom organisierten Gedenkveranstaltung habe ich zugehört, wie die Familie von befreundeten Aktivist*innen Dinge über ihre Mutter, Schwester, Ehefrau erfuhr, von denen sie nicht im Entferntesten gewusst hatte. Mit jeder Person verschwindet eine ganze Welt, und es ist uns nicht möglich, um alle ihre Inhalte zu wissen, egal, wie intensiv unsere Liebe war. Hélène Cixous schreibt über die Trauer: »Wir müssen diese Welt verlieren, eine Welt verlieren und entdecken, dass es mehr als eine Welt gibt, und dass die Welt anders ist, als wir denken. Ansonsten haben wir von der uns innewohnenden Sterblichkeit und Unsterblichkeit nichts verstanden.« (Cixous 1994, 9f.) Und vielleicht ist es das, was uns die Trauer lehren kann.

Der Satz, es sei einfacher, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus, ist so oft zitiert worden. Jedoch hat mich die Trauer gelehrt, mir das Ende meiner eigenen Welt sehr wohl vorzustellen – und dann weitermachen zu müssen und entweder das Neue zu denken oder für immer mit der Verzweiflung zu leben. Überall im Kapitalismus zeigen sich Risse, und die Einzigen, die sich noch an den Kapitalistischen Realismus klammern, sind wohl einige wenige Anführer*innen alter Parteien und die überkommenen Hegemonialmächte.

GEFÜHLE POLITISIEREN

Jede Art von Nationalismus fordert Opfer. Der Faschismus hat diesen Gedanken lediglich auf die extreme und doch unvermeidbare Spitze getrieben. Für den Historiker Adam Tooze ist es zum Beispiel eine Reaktion auf die Erfahrung des Ersten Weltkrieges, der die Welt mit seiner schrecklichen Gewalt überrollte. Für den Faschismus allgemein und den Nationalsozialismus im Besonderen war eine romantisierende Sicht auf Brutalität und Tod, auf die Aufopferung für die Nation zentral. Tooze weist auf das Motto der Hitlerjugend »Ich bin geboren, um für Deutschland zu sterben« hin. Er schreibt: »Dieses Bewusstsein ist ein wesentliches Element des Faschismus, der eine politische Strategie mit höchstem Einsatz ist, bei der alles aufs Spiel gesetzt werden muss.« (Tooze 2023) Die Jugend sei so sozialisiert worden, dass sie sowohl die massenweise Tötung anderer als auch den eigenen, reihenweisen Tod für moralisch richtig hielt (ebd.).

Der Faschismus erschütterte viele in ihrem Fortschrittsglauben, weil er die vorgeblichen Vorteile der industriellen Moderne in eine Todesmaschine ungeheuerlichen Ausmaßes verkehrte. Ein Fließband, das unzählige Juden und Jüdinnen, Rom*nja, Schwarze, queere und kommunistische Menschen in den Tod beförderte, das erst nach der Befreiung der Todeslager in seiner gesamten Grausamkeit für alle Welt sichtbar wurde. Auch viele Sozialist*innen und Kommunist*innen hatten an das Fortschreiten der Geschichte geglaubt; aber es gab Menschen, die vor der Verheerung warnten, die der Fortschritt bringen konnte, Walter Benjamin zum Beispiel, bevor auch er dem Aufstieg der Nationalsozialis-

ten zum Opfer fiel. Der Glaube an den unvermeidbaren Fortschritt, so Benjamin, lasse sich nicht mit einer Analyse der Machtverhältnisse vereinbaren, mit der Einsicht nämlich, die heute beinahe ein Gemeinplatz ist, dass die Geschichte von den Siegern geschrieben wird: »Es ist niemals ein Dokument der Kultur, ohne ein solches der Barbarei zu sein.« (Benjamin 2010, 34) Der Tod als die ultimative und beste souveräne Macht, als das, was übrig bleibt, wenn der Glaube daran, dass es möglich ist, Gutes zu verrichten, ausgemerzt wurde. Wenn der Sieg nur noch die Bestrafung der richtigen Gruppe von Menschen in Aussicht stellt und alle Menschen und Gruppen sich jederzeit um das Leiden verdient machen können. *Rassismus ist vorweggenommener Tod*. Ein Prozess, der nicht nur den Tod herstellt, sondern auch unsere Zustimmung dazu. Er produziert Märtyrer*innen und fordert durch sie weiteres Töten. Die grundlegenden Macht- und Eigentumsverhältnisse aber bleiben davon unberührt, und für die Massen bleibt nur der Ausdruck – wie Walter Benjamin schrieb – von Zorn und Wut, den lautesten Aspekten der Trauer. Macht und die Abwesenheit des Todes bleiben ein Wunschtraum. Fehlgesteuerte Vergeltung statt Trauer. Das Ende der Welt winkt pervers verführerisch, denn es rechtfertigt zahlreiche Formen gewaltvoller Vergeltung.

Natürlich kann auch Faschismus unterschiedliche Facetten ausprägen. Die Klimakatastrophe zum Beispiel hat zwei Spielarten im Angebot: das petromaskuline »drill, baby, drill!« mit seiner Sehnsucht nach dem tatsächlichen Ende der Welt und einen Ökofaschismus, der »Blut und Boden« wörtlich denkt, für den ein reiner Planet Hand in Hand mit einer reinen Rasse geht oder der wahlweise auch einfach alle Unwürdigen vom metaphorischen Rettungsboot schubsen will. Die höfliche, liberale Version dieses Affekts sind Klimamaßnahmen entlang nationalstaatlicher Grenzen.

Die Zerstörung des Weelaunee Forest zugunsten eines Ausbildungszentrums für Gewaltarbeiter*innen ist für mich ein weiteres Beispiel dieses Impulses. Die Klimaerwärmung löst Chaos und Verunsicherung aus, und die vermeintlichen Lösungen sind die Polizei, das Niederschlagen von Protesten, Manuel Esteban Paez Teráns Ermordung, 61 Waldaktivist*innen anzuklagen und sie wegen »gegenseitiger Hilfe« zu einer kriminellen Organisation zu erklären, und immer wieder zu vereiteln, dass die Bevölkerung in einem demokratischen Prozess über *Cop City* entscheidet. Denker*innen des *Black Radicalism* wissen seit jeher, dass der Faschismus nur ein Fangarm des Kolonialismus mit seinen rassistischen Rechtfertigungen ist. Angela Davis beschreibt Faschismus als »den Einsatz des strafenden Justiz- und Machtapparats, um offene und latente revolutionäre Tendenzen bei den Unterdrückten dieser Nation zu zerschlagen; morgen schon könnte im großen Stil die Arbeiter*innenklasse angegriffen werden und schließlich auch die moderaten Demokrat*innen« (Davis 1971). Diese Aussage aus den 1970er Jahren passt nicht nur ganz gut für die gegenwärtige Situation, sie definiert sie sogar ziemlich genau.

Das Ziel von Organizing, sagt mir Rod Adams vom New Justice Project in Minneapolis, sei es, »Gefühle zu politisieren«. Es gehe darum, Schmerz in Leidenschaft umzuwan-

deln und Leidenschaft in Politisierung, den privaten Schmerz und die private Leidenschaft mit der Gemeinschaft zu teilen. »Es geht nicht nur darum, die Leute davon zu überzeugen, Teil des Kampfes zu werden, sondern an ihrer Seite zu kämpfen. Unsere Rolle als Organizer*innen ist es, weiterzukämpfen. Seite an Seite mit den Leuten.« Befreiung, sagt er, stehe allen Menschen zu, weshalb Organizer*innen sich für alle Menschen einsetzen müssten – trotz allem, dem sie öffentlich wie privat ausgesetzt seien. Nach Jahren des Kampfes und des Widerstands, so Adams, seien viele Organizer*innen in Minneapolis ausgebrannt und desillusioniert und hätten die Bewegung verlassen. Zeit für sich selbst in Anspruch zu nehmen, sei mit Scham verbunden. »Wir brauchen mehr politische Bewegungen für Freude«, so Adams. Auch dafür sind echte Ressourcen und materielle Unterstützung nötig. Einfach das Wort »Freude« in den Mund zu nehmen, reicht nicht. Viele Organisationen müssen mit winzigen Budgets auskommen und mit der Arbeitskraft von Menschen, die monatelang keinen freien Tag haben. Adams versucht, die Leute dazu zu bewegen, eine Pause einzulegen und sich nicht dafür zu schämen.

Bewegungen verstehen allmählich, dass auch die Bewegung selbst Schauplatz von Traumata sein kann, obwohl sie ein Raum der Möglichkeit und Fürsorge ist. Enttäuschung etwa ist eine Art von Trauer, und Gewalt- und Verlusterfahrungen sind Teil des politischen Kampfes. Mariame Kaba findet, man könne von den Leuten nicht erwarten, dass sie im politischen Kampf immer alles geben. Für manche Dinge brauche es Ruhe und Erholung und eine Art von Fürsorge, die nur unsere engsten Bezugspersonen leisten könnten.

Bei meiner Suche nach einem treffenden Wort für die politischen Prozesse, die es heute braucht, stoße ich auf *salvage* (dt. Bergung, Rettung). Bei *salvage* denke ich daran, dass etwas repariert wird, aber auch, wie wir uns dieser Reparatur widersetzen. Uns der Idee widersetzen, dass unsere Wut und Trauer und unser Zorn das Problem und wir der Reparatur bedürften; uns dem Narrativ widersetzen, dass manche von uns nichts zählten oder je nichts zählen könnten. Wir alle sind, um es mit Beatrice Adler-Bolton und Artie Vierkant (2022) zu sagen, »auf die eine oder andere Weise vom Kapital zerrissen, verstümmelt und gewürgt worden« und gerade unsere Gebrochenheit lehrt uns, dass das Kapital nie in unserem Sinne arbeiten wird. Frantz Fanon verstand bei seiner Arbeit in der psychiatrischen Klinik im algerischen Blida-Joinville, dass seine Patient*innen nicht nur Therapie benötigten, sondern ein Ende des Kolonialsystems, das ihnen Gewalt antat. Er nannte das, wie Nica Siegel ausführt, nicht *Reparatur*, sondern gebrauchte dafür dessen etymologischen Vorläufer *Préparation*, vom lateinischen *praeparatio*. Für Siegel (2023) sagt Fanon damit in etwa: Lasst uns die Bedingungen unserer Fähigkeit, uns in die Zukunft zu projizieren, wieder herstellen, so, wie wir es früher konnten. Ähnlich wie wenn man aus dem Nebel der Trauer heraustritt und aufs Neue lernt, sich die Zukunft vorzustellen. Ein Möglichkeiten-Schaffen.

Die zwei zeitlichen Dimensionen der Trauer und der sozialen Transformation sind die initiale Erschütterung und das darauffolgende Bleibende. Es gibt einen Bruch, und

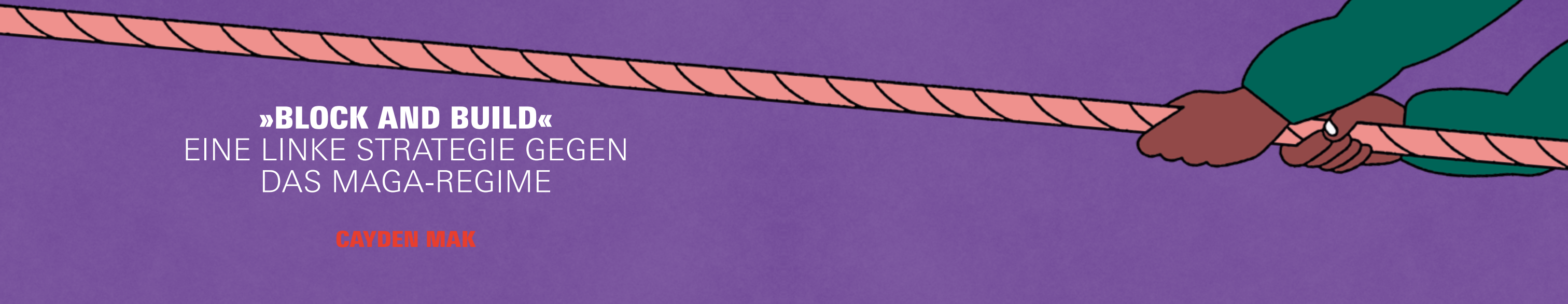
man wendet sich dem Patienten oder der Patientin zu. So wie das Organizing in täglicher gemeinschaftlicher Fürsorge besteht – eine Arbeit, die der Organizer Mike Davis mit der Pflege eines Gartens vergleicht, in dem man jätet, um das Wachstum der Sprösslinge zu fördern. Langsame Vorgänge haben etwas Luxuriöses an sich, so auch die Einsicht, dass man einem von außen vorgegebenen Tempo folgen muss. Es hat auch etwas Luxuriöses an sich, Reichtum und Fülle als etwas zu sehen, das mit Beziehungen zu tun hat: wie wenn Freund*innen zu einer Totenwache oder Schiv’a etwas zu essen mitbringen. In solchen Situationen vertrauen wir darauf, dass sich jemand um uns kümmert, wenn wir vor lauter Schock vergessen zu essen – jedenfalls wenn wir ein gutes soziales Netz um uns haben. Oft male ich mir aus, was wäre, wenn wir dieses ethische Prinzip ausdehnen könnten: Wenn wir nicht länger Lohnarbeit leisten müssten, um unsere Bedürfnisse zu stillen, und zwar nicht nur in Ausnahmesituationen, sondern immer. Wie wäre das, wenn wir alles, was getan werden muss, aus einem Moment der (Selbst-)Fürsorge heraus täten, die sich nicht wie Arbeit anfühlte und auch keine wäre. So wie es sich nicht nach Arbeit anfühlt, Freund*innen zu trösten.

Denn Trauer hört nie auf, jedenfalls nicht wirklich. Neben ihr verkommen unsere Erfolgsvorstellungen zu einer Farce. Trauern bedeutet zerstören, schaffen, sich kümmern, vereinen, zerreißen – es ist ein ständiger Prozess. Wir können daraus etwas über die Zeitlichkeit von Transformationen lernen, das auch für politische Zwecke relevant ist. »Trauer,« schreibt Judith Butler, »bringt zum Vorschein, in welcher Weise wir Hörige unserer Beziehungen zu anderen sind, eine Hörigkeit, die wir nicht immer wiedergeben oder erklären können, die aber eine bewusste Selbstdarstellung, die wir vielleicht von uns geben möchten, oft auf eine Art und Weise stört, dass gerade die Vorstellung, wir seien autonom und selbstbeherrscht, infrage gestellt wird.« (Butler 2023, 37) Können wir Autonomie als etwas denken, das immer und ausschließlich *mit anderen* denkbar ist, als etwas, das im Raum *zwischen* Menschen entsteht? Das birgt ein Risiko, klar, aber nur so werden wir in den Trümmern überleben.

Aus dem Englischen von Tabea Magyar & André Hansen für Gegensatz Translation Collective

LITERATUR

- Benjamin, Walter, 2010: Über den Begriff der Geschichte, in: Raulet, Gérard (Hg.), Werke und Nachlaß. Kritische Gesamtausgabe Bd. 19, Berlin
- Butler, Judith, 2023: Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen, Berlin
- Bixous, Hélène, 1994: Three Steps on the Ladder of Writing, New York
- Davis, Angela, 1971: If They Come in the Morning: Voices of Resistance, New York
- Gilmore, Ruth Wilson, 2022: Forgotten Places and the Seeds of Grassroots Planning, in: Abolition Geography: Essays Toward Liberation, New York
- Mbembe, Achille, 2011: Nekropolitik, in: Pieper, Marianne u. a. (Hg.), Biopolitik – in der Debatte, Wiesbaden, 63–96
- Siegel, Nica, 2023: Destiny to be Set Free: Fanon Between Reparation and Repair, in: Parapraxis, August 2023, www.parapraxismagazine.com/articles/destiny-to-be-set-free
- Tooze, Adam, 2023: Fascist echoes, 17.3.2023, <https://soundcloud.com/poltheoryother/fascist-echoes-w-adam-tooze>



»BLOCK AND BUILD« EINE LINKE STRATEGIE GEGEN DAS MAGA-REGIME

CAYDEN MAK

Noch ist der Widerstand in den USA
vereinzelt und unkoordiniert.
Ein Vorschlag zum Aufbau effektiver Gegenmacht

Im Vorfeld der US-Präsidentenwahlen 2024 haben wir vom *Convergence Magazine* mit »Block and Build« (Blockieren und Aufbauen) ein Rahmenkonzept für mögliche linke Strategien vorgelegt. Angesichts der sich zuspitzenden Weltlage gilt es, den Aufschwung und den erstarkenden Einfluss der extremen Rechten – vereint unter dem Slogan »Make America Great Again« (MAGA) – zurückzudrängen und gleichzeitig die politische Macht der Linken auszubauen, damit sie eine Bewegung für sozialen Wandel und hin zu einer gerechten und demokratischen Gesellschaft anführen kann.

Typisch für die US-amerikanische Demokratie ist die besonders gewichtige Stellung des Präsidenten und der Würdegriff eines Zweiparteiensystems, das wenig Raum für dritte Parteien lässt. Für wirkungsvolle wahlpolitische Bestrebungen sind daher die

Vorwahlen entscheidend, bei denen nicht die Parteispitzen, sondern die Wähler*innen selbst die Kandidat*innen der jeweiligen Parteien für bestimmte Ämter festlegen. Nach diesem Muster hat die Tea Party während der Obama-Jahre die Republikanische Partei erobert. Und auch eine Gruppe progressiver Kräfte, bekannt geworden als »The Squad«, zu der Alexandra Ocasio-Cortez gehört, konnte auf diese Weise im Laufe der letzten zehn Jahre einen eigenen Demokratischen Block im Kongress etablieren. Die Block-and-Build-Strategie macht sich diesen wahlstrategischen Ansatz zu eigen, geht aber auch davon aus, dass Wahlkampagnen mit außerparlamentarischen Initiativen, gewerkschaftlicher Organisation, Community-Arbeit und militantem Protest im Sinne einer Gesamtstrategie einhergehen müssen, um Regierungsmacht aufzubauen.

Die Erarbeitung einer gemeinsamen politischen Linie war ein logischer nächster Schritt in jener Entwicklung der US-Linken, die in den Jahren nach Occupy Wall Street begann. So war die zweite Amtszeit von Obama (2013 bis 2017) von einem deutlichen Aufschwung sozialer Bewegungen geprägt: von einer dynamischen Klimabewegung bis hin zu den Protesten gegen tödliche Polizeigewalt gegen unbewaffnete Schwarze. Das Ausbremsen der Kandidatur von Bernie Sanders und seiner kämpferischen Politik bei den Vorwahlen der Demokraten zur Präsidentenwahl 2016 hat gezeigt, wie wichtig es ist, sich ernsthaft mit dem Thema Regierungsmacht auseinanderzusetzen, und wie dringlich es ist, wahlpolitisches Terrain zurückzuerobern, das lange Zeit zugunsten anderer Organisationsformen vernachlässigt oder abgewertet wurde.

Der Präsidentenwahlkampf 2020 war nicht zuletzt eine Fallstudie für Organisationen, deren Fokus zuvor primär auf wahlkampfpolitischer Arbeit gelegen hatte. In diesem Jahr entfachte die Energie der Straßenproteste während der George-Floyd-Aufstände und die Empörung über den sträflichen Umgang der Trump-Regierung mit der

CAYDEN MAK ist Bewegungsexperte, Organizer und Journalist. Er gibt das *Convergence Magazine* heraus und ist Host von »Block & Build: Roadmaps for the Left«.

Covid-19-Pandemie eine Welle der Unterstützung für einen Wahlkampf, der Trump letzten Endes aus dem Amt drängte und das progressive Lager im Kongress größer werden ließ.

2024 war also ein passender Zeitpunkt, um einen klaren strategischen Rahmen zu formulieren, der die wichtigsten Lehren aus den letzten beiden Präsidentenwahlen zusammenführt: wahlbezogene und außerparlamentarische Organisationsstrategien sind stärker aufeinander abzustimmen; es muss ein tieferes Verständnis dafür entwickelt werden, wie die Regierungsmacht das politische Terrain prägt, auf dem wir kämpfen; und der Kampf gegen den Autoritarismus muss als gemeinsame Priorität hervorgehoben werden. Die Block-and-Build-Strategie beruht auf der Annahme, dass wir uns derzeit auf dem Höhepunkt der Reaktion auf die Errungenschaften der Bürgerrechtsära befinden. Die Antwort der extremen Rechten auf diese Fortschritte

war sowohl kultureller als auch politischer Natur und ihre Strategie bestand darin, die Bemühungen der Linken, Regierungsmacht aufzubauen, von sämtlichen Seiten anzugreifen. In unserer Analyse dieses Backlash greifen wir auf ein Verständnis von Regierungsmacht zurück, das der linke Thinktank Grassroots Power Project entwickelt hat: Es geht um die Fähigkeit, ein neues kollektives Verständnis von Regierungsführung zu etablieren, darum, die Art und Weise, wie Staat, Wirtschaft und Gesellschaft funktionieren und miteinander interagieren, neu zu denken. Um der gegenwärtigen Lage zu begegnen, haben wir ein Studienprogramm entwickelt, das in sieben Sitzungen die aktuelle Gemengelage untersucht und die Wechselwirkungen zwischen dem Blockieren der autoritären Rechten und dem Aufbau unabhängiger linker Macht herausarbeitet.

Verschiedene einflussreiche nationale Organisationen nutzten »Block and Build« als expliziten oder impliziten Rahmen, um sich auf den entscheidenden Wahlzyklus 2024 vorzubereiten. Parteiorganisationen wie die Working Families Party integrierten ihn in ihr strategisches Konzept. Organisationen wie Seed the Vote, die außerhalb von Parteistrukturen arbeiten, aber explizit auf Wahlen ausgerichtet sind, setzten ihn ein, um Freiwillige zu mobilisieren. Sozialistische Organisationen wie Liberation Road und einige Fraktionen der Democratic Socialists of America verwendeten »Block and Build« für die politische Bildungsarbeit, während linke Bewegungsorganisationen wie Rising Majority das Konzept für interne Diskussionen nutzten, etwa dazu, wie

Initiativen, die nicht unmittelbar auf die Wahlpolitik ausgerichtet sind, jene ergänzen können, die sich direkt in Wahlkämpfen engagieren.

Obwohl »Block and Build« bei einflussreichen Gruppen und Netzwerken großen Anklang gefunden hat, ist das Konzept noch weit davon entfernt, Teil eines allgemeinen Verständnisses davon zu sein, wie mit der gegenwärtigen politischen Lage umzugehen ist. Wir vom *Convergence Magazine* wollen es weiter bekanntmachen, um der US-Linken zu helfen eine Strategie zu entwickeln, wie sie ihre politische (Gegen-)Macht ausbauen kann. »Block and Build« bietet einen wirksamen Ansatz, um das Kräfteverhältnis zugunsten derjenigen zu verschieben, die für eine gerechte, diverse und demokratische Gesellschaft eintreten.

RISSE IN DER BASIS DER DEMOKRATISCHEN PARTEI

Die Machtverhältnisse im Jahr 2024 ließen bereits das Schlimmste erwarten: Während sich die Rechte rund um Trumps Wiederwahl konsolidieren konnte, schien die Demokratische Partei zerrissen und unvorbereitet. Trotz einiger gegensätzlicher Andeutungen in der Vergangenheit fehlte es der Biden-Regierung an einer politischen Vision, die deutlich gemacht hätte, dass die Demokratische Partei bereit ist, den Pfad des Neoliberalismus zu verlassen und das sehr reale Leiden der mittellosen US-Amerikaner*innen und der Arbeiterklasse über ethnische Grenzen hinweg zu adressieren. Dies ist vor allem auf die engen Beziehungen der Parteiführung zur Welt der Großkonzerne und eine Übereinstimmung

mit deren Interessen zurückzuführen. Sie warb durchgehend um weiße Wähler*innen der Mitte aus den Vorstädten und wertete damit ihre Basis unter den Arbeiter*innen und People of Color ab. Innerparteiliche Kämpfe waren bislang nicht in der Lage, diese Dynamik maßgeblich zu verändern. Ihren Höhepunkt erreichten diese bei den Präsidentschaftsvorwahlen 2016, die durch einen offeneren Wahlprozess belebt wurden. Bernie Sanders konnte die Partei herausfordern, weil es eine massive Unterstützung für den von ihm angestrebten »Grassroots Change« gab – also für einen Wandel, der durch einflussreiche Persönlichkeiten mit Rückhalt an der Basis angestoßen wird. Das Momentum rund um die Kandidatur von Sanders wurde jedoch durch das Geld und den Einfluss der dominanten, unternehmensfreundlichen Mitte-rechts-Strömung in der Partei ausgebremst, die dadurch vermittelte, dass die Demokraten nicht die Interessen der einfachen Leute im Blick haben.

2024 war auch ein Jahr, in dem mehr Menschen begannen, politische Parteien als wichtige Orte für politische Auseinandersetzungen wahrzunehmen. Anlass dafür war der Genozid in Gaza und die bedingungslose Unterstützung Israels durch die USA. Die Uncommitted-Bewegung – ins Leben gerufen von arabisch-amerikanischen und muslimischen Mitgliedern der Demokraten und Verbündeten – war ein Versuch der Basis in genau diese Richtung. Leider entschied sich die Parteiführung dazu, diesen wichtigen Dissens zu ignorieren, was dazu führte, dass viele potenzielle Wähler*innen der Demokraten am Wahltag einfach zu Hause blieben.

Mit Blick auf innerparteiliche Auseinandersetzungen lassen sich vier zentrale Konflikte identifizieren:

- der Einfluss des American Israel Public Affairs Committee, einer der mächtigsten Lobbygruppen im Land, die sich für die weitere militärische Unterstützung Israels durch die USA einsetzt;
- der Einfluss von Unternehmensinteressen und die anhaltende Dominanz neoliberaler Logiken innerhalb der Partei, trotz eines kämpferischen progressiven Flügels;
- die Kapitulation der Biden-Regierung vor dem Großkapital und rechten Narrativen rund um das »Ende« der Covid-19-Pandemie, einschließlich der Tatsache, dass wichtige Sozialprogramme aus der Pandemiezeit nicht verlängert wurden;
- der Rechtsruck der Partei bei wichtigen Themen, die von der extremen Rechten strategisch instrumentalisiert werden, insbesondere in der Einwanderungs- und Grenzpolitik sowie beim Recht auf körperliche Selbstbestimmung (sowohl was die reproduktiven Rechte von Frauen als auch die von trans*Personen betrifft).

Das Parteiestablishment neigte 2024 viel zu oft dazu, kritische Stimmen in der eigenen Partei zu diesen Themen überhaupt nicht ernstzunehmen oder sie gar verächtlich zu machen. Genauso verhielt es sich gegenüber denjenigen Teilen der Bevölkerung, die mit den von diesen dominanten Kräften vorangetriebenen Entwicklungen unzufrieden waren. Nach der Wahlniederlage fiel es der Parteiführung dagegen leicht, mit dem Finger auf andere zu zeigen – zum Beispiel auf

trans* Personen, die in ihren Forderungen nach mehr Sichtbarkeit und Integration in die Gesellschaft »zu weit gegangen« seien, oder auf diejenigen von uns, die sich klar gegen US-Imperialismus und Völkermord aussprechen, um damit einen strategischen Block aufzubrechen.

Dennoch hat diese Wahl gezeigt, dass progressive Themen Anklang finden. Progressive Vorstöße zur Erweiterung des Wahlrechts, zum Schutz und zur Ausweitung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch sowie zur Verbesserung des Arbeitsrechts und sozialer Absicherung waren landesweit überaus erfolgreich. Viele Kandidat*innen, die sich auf Landes- und Kommunalebene für den ungehinderten Zugang zu sicheren Abtreibungen, Schutz und Ausweitung des Wahlrechts, Mindestlohn sowie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Mutterschutz einsetzten, waren trotz schwieriger Rahmenbedingungen an den Wahlurnen erfolgreich.

DIE AKTUELLE LAGE IN DEN USA VERSTEHEN

Offensichtlich war es uns nicht möglich, die Rückkehr Donald Trumps ins höchste Amt des Landes zu verhindern, obwohl weniger als ein Drittel der Wähler*innen für ihn gestimmt hat. Sowohl der Senat als auch das Repräsentantenhaus werden nun, wenn auch mit zum Teil knapper Mehrheit, von den Republikanern kontrolliert. Wir sehen uns mit einer rasanten Demontage demokratischer Werte und Institutionen konfrontiert, die Trump und seine Gefolgsleute mit erschreckender Geschwindigkeit und Konsequenz vorantreiben. Die Situation unterscheidet sich grundlegend von 2017. Diesmal tritt die Trump-Regierung vorbereitet an. Sie verfügt

über Instrumente, einen ideologischen Rahmen und den festen Willen, viele der Institutionen zu beseitigen, die ihr in der letzten Amtszeit im Wege standen. Außerdem ist die konservative Vereinnahmung der Gerichte, die während Trumps erster Amtszeit begann, weiter fortgeschritten und die Medien, sowohl das Rundfunksystem als auch die sozialen Medien, haben an kritischem und kontrollierendem Potenzial verloren.

Auf der Ebene der Bundesstaaten hat unterdessen an manchen Orten eine parteipolitische Verschiebung stattgefunden, ein anderer Lichtblick ist die Bereitschaft einiger Generalstaatsanwält*innen, Gouverneur*innen und Gesetzgeber*innen, sich der Trump-Agenda entgegenzustellen. Aber die Lage ist unübersichtlich und verändert sich schnell, vor allem weil das Weiße Haus unter der Führung von Trump alles tut, um Bewegungen für Gerechtigkeit und Demokratie zu überrumpeln und zu demoralisieren. Zudem steuern wir auf eine ernsthafte Verfassungskrise zu. Die Trump-Regierung weigert sich, der Anordnung eines Bundesgerichts zum Stopp von Abschiebungen Folge zu leisten, die auf Grundlage eines Gesetzes von 1798 verfügt wurden und mittlerweile als illegal erachtet werden. Um dieser Krise zu begegnen, passen wir auch die Block-and-Build-Strategie an. Es reicht nicht aus, sich gegen die extremen Kürzungen zu wehren, die der nicht gewählte Milliardär Elon Musk mit seinem Department of Governmental Efficiency durchgesetzt hat, auch wenn der Widerstand gegen diese Maßnahmen unseren vollen Einsatz erfordert. Es gibt akut bedrohte vulnerable Bevölkerungsgruppen in den USA, die unsere Unterstützung benötigen, und

Aktivistennetzwerke mobilisieren gegen diese Bedrohungen. In einem Kreislauf permanenter Mobilisierung zu stecken, garantiert jedoch nicht, dass wir langfristig Macht aufbauen und am Ende dieser Kämpfe besser aufgestellt sind.

Im Großen und Ganzen hat die Demokratische Partei bislang noch keinen echten Willen zum politischen Kampf entwickelt, auch wenn sich einzelne Mandatsträger*innen dieser Aufgabe stellen. Dafür gibt es viele Gründe, nicht zuletzt die ungelösten Konflikte innerhalb der Partei, die sich bereits deutlich im Wahljahr 2024 zeigten und nun fortwirken. Viele Demokraten auf Bundesebene erscheinen feige und berechnend und folgen anscheinend einem bestimmten politischen Kalkül: Sollte das MAGA-Regime kurzfristig scheitern, könnten sie bei den Zwischenwahlen 2026 daraus Kapital schlagen. Das ist jedoch ein fataler Trugschluss. Er beruht auf der Annahme, die aktuelle Situation sei im Kern vergleichbar mit jener von 2017 bzw. es handele sich um eine politische Ausnahmesituation. Das erkennt jedoch die rassistischen und antidemokratischen Grundzüge, die die US-amerikanische Politik seit Gründung der Vereinigten Staaten prägen (vgl. hierzu Davidson/Fletcher in diesem Heft). Viele der Menschen, die im Fadenkreuz der MAGA-Bewegung stehen, können es sich schlichtweg nicht leisten, das Scheitern der Rechten in den USA abzuwarten. Für sie geht es ums Überleben. Die politischen Verschiebungen auf Bundesebene sind buchstäblich lebensbedrohlich: für ältere Menschen, für Menschen mit Behinderungen, für trans*Personen und queere Menschen, für Migrant*innen und ihre Familien – im Grunde für alle, außer für wohlhabende weiße Männer. Was also ist zu tun?

BLOCKIEREN IST INTUITIV, ABER WAS WOLLEN WIR AUFBAUEN?

Die Ziele der MAGA-Bewegung, verstärkte Reichtumsverteilung von unten nach oben sowie eine weitere Zementierung der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse, sind völlig inakzeptabel und richten sich gegen das Bestreben der Menschheit, auf diesem sich schnell erwärmenden Planeten zu überleben. Langfristig kann sich eine linke Bewegung allerdings nicht darauf beschränken, nur die Blockade der MAGA-Agenda zu organisieren, auch wenn dies in vielerlei Hinsicht das einfachere politische Programm ist.

Beim *Convergence Magazine* sehen wir unsere Aufgabe darin, den Blick der Leute zu schärfen und sie mit Fragen zu konfrontieren, deren Diskussion und Lösung zu einer größeren politischen Einigkeit und Einheit beitragen würden – eine Einheit, die uns stärkt und auf die wir uns stützen können. Das Tempo, in dem wir arbeiten, entspricht naturgemäß nicht der Flut der MAGA-Maßnahmen und -Ankündigungen, das ist aber auch nicht unsere oberste Priorität. Vielmehr ist in unseren Gesprächen mit Organizer*innen und engagierten Menschen im ganzen Land deutlich geworden: Was in dieser Zeit entscheidend ist, ist Raum für den strategischen Dialog zu erhalten.

Aus unserer Sicht gibt es vier ineinandergreifende Aufbauansätze, die heute im Zentrum linker Strategie stehen sollten und die alle unsere volle Aufmerksamkeit verlangen:

Aufbau heißt, die Linke aufzubauen. Es geht darum, unsere politische Macht zu konsolidieren, unsere Organisationen zu vergrößern und unsere Ressourcen zu erweitern. Dazu gehört auch der Kampf um Einfluss

innerhalb bestehender Strukturen wie der Demokratischen Partei: Eine grundlegende Erneuerung wird nicht über Nacht geschehen und das Winner-takes-all-Prinzip unseres Wahlsystems blockiert effektiv den Aufbau ernstzunehmender Drittparteien. Dennoch gehören Wahlen und Wahlkämpfe zu den wichtigsten Ereignissen, über die die meisten Menschen in den USA politisch zu erreichen sind.

Aufbau heißt, eine breite Front aufzubauen. Wir müssen mehr Menschen in unsere politischen Bewegungen einbinden, indem wir neue Mitglieder gewinnen, aber auch, indem wir Ziele identifizieren, die wir eventuell mit Organisationen und Akteur*innen teilen, mit denen wir bisher nicht zusammengearbeitet haben, seien es unorganisierte Arbeitnehmer*innen, Glaubensgemeinschaften oder dissidente Republikaner, die sich gegen das MAGA-Programm stellen. Die Zahl derer, die sich dem Widerstand anschließen wollen, wird mit der Ausweitung der gesellschaftlichen Schäden der MAGA-Politik wachsen, und es ist die Aufgabe einer guten Organisation, diesen Neuzugängen mit Offenheit zu begegnen.

Aufbau heißt, Infrastruktur zu schaffen, die unsere politischen Bewegungen stützt. Dazu gehören Kommunikationskanäle und -technologie genauso wie die Rekrutierung und Förderung von Kandidat*innen für politische Ämter sowie die finanzielle Unterstützung von Organisationen. Die Ausweitung unserer Arbeit und die zunehmenden Angriffe durch MAGA-nahe Kräfte innerhalb und außerhalb der Regierung machen eine widerstandsfähige, innovative Infrastruktur zur Überlebensfrage.

Aufbau heißt, sich auf eine klare, überzeugende und anschlussfähige politische Vision zu

fokussieren. Wir brauchen eine Vision davon, was eine linke Regierungsmacht für unsere Mitmenschen, Familien, Gemeinschaften, unsere Gesellschaft und unseren Planeten bedeuten könnte. Sie muss nachvollziehbar und glaubwürdig, inklusiv und mitfühlend sein.

Die Herausforderung besteht darin, dass wir alle diese vier Schritte gleichzeitig gehen müssen. Insbesondere der letzte Punkt ist ein entscheidender Baustein für unseren künftigen Erfolg. Eine solche Vision ist notwendig, um die politische Macht, die wir derzeit haben, zu konsolidieren. Und sie wäre ein gutes Argument dafür, warum der Linken innerhalb einer breiten antifaschistischen Front die Führungsrolle zukommt. Zudem würde sie unsere Glaubwürdigkeit unter den neu Politisierten erhöhen und ist Grundlage für alle weiteren Aufbauaktivitäten sowie der Eckpfeiler jedes ernsthaften politischen Programms einer Bewegung, die gewinnen will.

Es gibt keine einzelnen Mandatsträger*innen oder Organisationen, die besonders dafür geeignet wären, sich dieser vierten Aufbauaufgabe anzunehmen und diese Vision entscheidend voranzubringen. Deshalb ist unsere Rolle als politisch unabhängiges Medienprojekt so wichtig. Wir bemühen uns, eine Plattform für Akteur*innen auf verschiedenen Ebenen zu bieten und soziale Bewegungen, Gewerkschaften und die parteipolitische Linke zusammenzubringen, um zu diskutieren, wie politische Führung in unserer Zeit aussehen sollte. Seit November 2024 konzentrieren wir uns in unseren Veröffentlichungen auf die Frage, wie verschiedene Organisationen mit dieser komplexen

Aufgabe umgehen. Denn, wie das Sprichwort sagt: Wenn es einfach wäre, hätten wir es schon längst getan.

EINE KOHÄRENTE ZUKUNFTSVISION FÜR DIE LINKE

Aufgrund der langen Geschichte, in der die Demokratie im Dienst des Neoliberalismus instrumentalisiert wurde, reicht es nicht aus, eine Bewegung für Demokratie aufzubauen. Tatsächlich ist ein Großteil der autoritären Wende in der Weltpolitik eine direkte Reaktion auf das Scheitern der neoliberalen Demokratie. Unsere Bewegung muss proaktiv vermitteln, wie eine wirklich demokratische und diverse Gesellschaft in den USA aussehen und wie sich ein Leben in dieser anfühlen könnte. Nur so können wir die Menschen langfristig hinter einer solchen Vision vereinen. Diese Zukunftsvision muss konkret, glaubwürdig und überzeugend sein, wenn sie Wirkung entfalten soll (dem Ruf nach einer sofortigen Revolution würde wohl kaum jemand folgen).

Ein dualer Block-and-Build-Ansatz bedeutet, sowohl die Heuchelei und Gewalt des aktuellen Regimes offenzulegen als auch reale Wege aufzuzeigen, wie sich Menschen in unserer Politik wiederfinden und etwas Neues mitgestalten können. Es muss sowohl Raum für praktische Herangehensweisen als auch weitreichende Visionen geben und den Organizer*innen käme die Aufgabe zu herauszuarbeiten, wie diese beiden Ebenen zusammenwirken können. Die aktuell stark verbreitete Skepsis und der Zynismus gegenüber vielen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements verweisen darauf, dass wir auch neue Wege finden müssen, um diejenigen

zu erreichen, die sich zurückgezogen haben, desillusioniert oder verängstigt sind.

Aktuell sehen wir zwei besonders vielversprechende Entwicklungen: Die erste ist der Aufbau unabhängiger politischer Macht über Organisationen wie die Working Families Party. Die zweite betrifft den Aufbau einer kampfbereiten Arbeiterschaft durch eine wiederbelebte Arbeiter*innenbewegung, der sich gerade rund um die United Auto Workers unter der Führung von Shawn Fain beobachten lässt. Gleichzeitig setzt sich die zunehmende Militanz der frühen 2020er Jahre in anderen Branchen fort, die erstmals gewerkschaftlich organisiert werden, oder im öffentlichen Sektor, der besonders von den Kürzungen der Trump-Regierung betroffen ist.

Wir haben einen langen Weg vor uns, und der Aufbau einer funktionsfähigen, gerechten und inklusiven Demokratie nach dieser langwierigen Krise ist eine Aufgabe, die mehrere Generationen in Anspruch nehmen wird. Wir stellen uns dieser Herausforderung in dem Wissen, dass wir nicht allein sind. Wir sind Teil einer globalen Bewegung, die sich mit den tiefgreifenden Veränderungen auseinandersetzt, die uns alle betreffen. Die autoritäre Krise ist kein exklusiv US-amerikanisches Phänomen. Klimawandel, die Umverteilung von Reichtum von unten nach oben, die Neuordnung der neoliberalen Weltordnung und der Wandel unserer Mediensysteme machen nicht an nationalen Grenzen halt. Dieser Aufgabe sind wir verpflichtet, weil die Zukunft von uns auf dem Spiel steht.

Aus dem Englischen von Charlotte Thießen & Camilla Elle für Gegensatz Translation Collective

Rosa Luxemburg (1871–1919)

Dieses Porträt von Rosa Luxemburg ist eine Nachstellung des Fotos, das während ihrer Haft in Polen 1906 entstanden ist. Sie wurde für ihre Beteiligung an der Russischen Revolution in Warschau verhaftet und verbrachte dort mehrere Monate im Gefängnis.



Würde man Mustapha Boutadjine bei der Arbeit über die Schulter schauen, so gäbe es ein Geräusch, das einen dabei begleiten würde: das Reißen bunten Papiers. Denn das Material, aus dem der Künstler seine Collagen fertigt, sind Hochglanzmagazine, bunte Werbebeilagen und Ähnliches, die wortwörtlich aus ihrem Kontext gerissen und zu etwas Neuem zusammengefügt werden. Auf diese Weise sind mehr als 300 Porträts widerständiger Personen entstanden, manche mehr, andere weniger bekannt, die wie Gemälde erscheinen. Sie zeigen Held*innen des algerischen Unabhängigkeitskrieges, aber auch andere Kämpfer*innen gegen die Ungerechtigkeit in der Welt. In seinen Werken möchte Boutadjine Bilder von Menschen präsentieren, die sonst nicht in einem Museum zu sehen sind.

Mustapha Boutadjine wurde 1952 in Algier geboren und durch den Algerienkrieg und antikoloniale Kämpfe der 1950er und 1960er Jahre früh politisiert. Nach seinem Studium an der Kunsthochschule in Algier und der École des Arts Décoratifs in Paris gründete er 1979 die Designabteilung der Kunsthochschule in Algier. Als der Druck von islamistischen Fundamentalisten auf Künstler*innen und Intellektuelle in Algerien stieg, musste er 1990 das Land verlassen. Seitdem lebt er in Paris. Ab dem 25. November sind seine Arbeiten im Foyer der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin zu sehen.

WIDERSTÄNDIGEN COLLAGEN

Von
Mustapha Boutadjine



Frantz Fanon (1925–1961)

Frantz Fanon war Psychiater, Schriftsteller und Politiker. Er gilt als Vordenker der Entkolonisierung. Nach seinem Medizinstudium arbeitete er als psychiatrischer Chefarzt in der algerischen Kolonie, trat 1956 aus politischen Gründen zurück und engagierte sich für die Algerische Nationale Befreiungsfront (FLN). Seine Werke nahmen entscheidenden Einfluss auf die afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen.



Cesária Évora (1941–2011)

Cesária Évora, wegen ihrer Auftritte ohne Schuhe auch »barfüßige Diva« genannt, war eine der bekanntesten Sänger*innen Kap Verdes. Mit ihrer Musik hat sie zur Anerkennung des kapverdischen Genres Morna als UNESCO-Kulturerbe beigetragen.



Tamazgha

Tamazgha ist eine Selbstbezeichnung der Berber*innen und steht für das »Land der freien Menschen«. Mustapha Boutadjine wählte diesen Namen für dieses Porträt, auf dem eine unbekannte Berberin dargestellt ist. Das dafür genutzte Foto ist im Zuge der Registrierung durch die französische Kolonialmacht entstanden, wobei die Frauen gezwungen wurden, ihren Schleier und ihr Kopftuch abzulegen. Um dieser Demütigung etwas entgegenzusetzen, stellt Mustapha Boutadjine Tamazgha in prachtvollem Gewand und mit erlesenem Schmuck dar.



Rosa Parks (1913–2005)

Rosa Parks ist durch ihren Widerstand gegen die Segregation in den USA weltberühmt geworden. Die Weigerung, ihren Sitzplatz im Bus, der für »Weiße« reserviert war, zu räumen, löste landesweite Solidaritätsproteste aus und gilt als Anfang der Bürgerrechtsbewegung in den USA. Das Porträt basiert auf dem bei ihrer Verhaftung aufgenommenen Foto. Die Registrierungsnummer in ihren Händen wurde gegen eine Abbildung des Busses ausgetauscht.



Salah Hamouri (1985–)

Salah Hamouri ist ein französisch-palästinensischer Anwalt und Menschenrechtsaktivist. Er wurde mehrfach in Israel verhaftet und im Dezember 2022 wegen vermeintlicher Sicherheitsbedenken aus Israel abgeschoben.



Hassiba Ben Bouali (1938–1957)

Hassiba Ben Bouali war eine algerische Unabhängigkeitskämpferin. Mit 16 trat sie dem Dachverband der algerisch-muslimischen Studierenden bei. Sie kämpfte ihr Leben lang in der nationalen Befreiungsbewegung und wurde 1957 in der Schlacht von Algier von den französischen Truppen getötet.

AUF TRIGGERPUNKTEN TANZEN ODER: EINE VERBINDENDE KLASSENPOLITIK IST MÖGLICH

HARALD WOLF



Die klare Positionierung in der sozialen Frage war entscheidend dafür, dass Die Linke mit ihrer Opposition zur allgemeinen Rechtsverschiebung punkten konnte. Nun kommt es darauf an, auch bei Themen wie Sicherheits- und Außenpolitik mit einer klassenpolitischen Orientierung zu intervenieren

Die Linke hat bei der Bundestagswahl einen überraschenden Erfolg erzielt. Mit einer ebenso direkten wie offensiven Sprache (»Milliardäre abschaffen«, »Tax the rich«), der Forderung nach einem Mietendeckel sowie der Senkung der Lebensmittelpreise setzte sie eine klare Botschaft: Die Linke tritt für die unmittelbaren Lebensinteressen der Vielen ein und ist bereit, sich mit den Reichen und Mächtigen anzulegen. Sie vertrat gesellschaftspolitisch eine klare Haltung, indem sie sich gegen den allgemeinen Trend stellte, gesellschaftliche Gruppen gegeneinander auszuspielen. Sie zeigte klar Kante gegen rechts, vertrat als einzige Partei im Parlament eine humane Flüchtlingspolitik und weigerte sich, in die Kampagne gegen Bürgergeldbeziehende einzustimmen. Die Linke hatte damit ein attraktives Alleinstellungsmerkmal – während die SPD angesichts der Angriffe der Union eilfertig versicherte, sie tue doch schon so viel gegen die »irreguläre Migration«, und die Grünen sich schon im Wahlkampf als Juniorpartner für Friedrich Merz (CDU) andienten.

HARALD WOLF ist Politologe und seit 1991 Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus. Zwischen 2002 und 2011 war er stellvertretender Bürgermeister und Wirtschaftssenator in der ersten rot-roten Regierung in Berlin. Seit 2014 ist er Mitglied im Parteivorstand der Linken.

SPALTUNGSLINIEN DER LINKEN

Ursächlich für diesen »furchtsamen« Wahlkampf der Parteien der »demokratischen Mitte« sei – so Bernd Ulrich (2025) – der Versuch gewesen, alle »Triggerpunkte« zu vermeiden, die ihre Wähler*innen polarisieren und zu Stimmenverlusten führen könnten. Gänzlich anders Die Linke: Sie habe fröhlich auf den Triggerpunkten »gestept« und sei damit erfolgreich gewesen. Das ist ein erstaunlicher Befund, hatte es doch in der Linken im Vorfeld der Wahlen eine umfangreiche Diskussion über die Spaltungslinien und Triggerpunkte im linken Wähler*innenpotenzial gegeben und darüber, wie man Positionen »enttriggern« und Zielkonflikte vermeiden kann (bspw. Braband 2024).

In ihrem Buch »Triggerpunkte« waren die Autoren zum Ergebnis gekommen, ein großer Teil der Wähler*innen stimme mit der Kritik der Linken an der gewachsenen gesellschaftlichen Einkommens- und Vermögensungleichheit überein (Mau u. a. 2023). Dennoch zeige sich »das Bild einer gespaltenen Partei«: Zu migrationspolitischen Fragen gebe es unter Linken-Wähler*innen zwei Haltungen: »eine eher mittige bis migrationsskeptische und eine empathisch migrationsoffene«. Auch bei der Klimapolitik werde eine gravierende Differenzierung der linken Anhängerschaft deutlich: »Eine Subgruppe sammelt sich [...] in Nähe zur AfD-Wählerschaft, eine in der Mitte des Spektrums.« Eine »stark klimaprogressive Gruppe wiederum befürwortet einen tiefgreifenden sozial-ökologischen Umbau«. Zusammenfassend: »Jenseits der sozialen Frage« zerfällt das »Elektorat in zwei oder drei Teilfraktionen«, die den innerparteilichen Flügeln von Linkskonservativen, Moderaten und Linksprogressiven entsprechen (ebd., 362). Eine weitere, von Mau u. a. nicht untersuchte Spaltungslinie liegt im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik: Befürworter*innen und Gegner*innen von Waffenlieferungen an die Ukraine halten sich im linken Potenzial die Waage, Ähnliches gilt für die Haltung zur Erhöhung der Rüstungsausgaben (Braband 2024, 18f).

NUR NICHT TRIGGERN?

Die Linke muss Antworten auf die divergierenden Einstellungen unter ihren potenziellen Wähler*innen suchen und das Verbindende finden. Bereits 2023 legte die damalige Parteiführung in Vorbereitung der Bundestagswahlen den »Plan 25« vor. Dort hieß es: »Mit einer Gesprächsoffensive treten wir ab dem Herbst mit unseren Wähler*innen in Kontakt [...] Die Gespräche führen wir an der Haustür, in betrieblichen Anspracheformaten und auf der Straße.«¹ Ähnlich sah die Strategie für die Europawahl 2024 aus: »Wir wollten, dass unsere Positionen so kommuniziert werden, dass das Trennende (in dem uns keine Kompetenzen zugetraut werden und die Anhänger*innen zum Teil gegenteilige Positionen vertreten) nicht im Mittelpunkt stand.« (Wissler u. a. 2024) Während Die Linke versuchte, ihr Potenzial zusammenzuhalten und die spaltende Wirkung der Triggerpunkte zu vermeiden, setzte das BSW offensiv auf die Spaltung der linken Wähler*innen. Die Aussage »Krieg oder Frieden? Ihr habt die Wahl« griff das Friedensthema auf sehr polarisierende Art und Weise auf. Mit der Befürwortung einer restriktiven Zuwanderungspolitik und der Kombination aus sozialpolitischen Forderungen und einer Abgrenzung nach unten (Bürgergeld Diskussion) griff das BSW rechte Stimmungen in der Bevölkerung auf. Es konnte damals den überwiegenden Teil der »sozialkonservativen« linken Wähler*innen für sich gewinnen und war damit bei den Europa- und Landtagswahlen 2024 erfolgreich – ganz im Gegensatz zur Linken. Diese hatte es versäumt, zu den vom BSW angesprochenen Fragen ausreichend klar, überzeugend

und vernehmbar Gegenpositionen zu formulieren. Oder um es mit Bernd Ulrich zu formulieren: Im Europawahlkampf war sich Die Linke »nicht selbst treu« geblieben.

Was machte nun den Unterschied zwischen dem Bundestagswahlkampf 2025 und dem Europawahlkampf 2024 aus, hatte man doch in beiden den Fokus auf Soziales und den Oben-unten-Konflikt gelegt und triggernde Themen hintenan gestellt? Voraussetzungen des Erfolgs waren: Die Partei kommunizierte nach dem Weggang von Wagenknecht erstmals seit Jahren wieder geschlossen mit einer Stimme (statt einer »dissonanten Kakophonie«, Candeias 2022a). Hinzu kam ein aktivierender Haustürwahlkampf – so umfassend wie noch nie – und praktische Hilfen wie der Mietwucher- und Heizkostenrechner. Die entscheidende Dynamik jedoch entstand durch eine gesellschaftliche Zäsur und Polarisierung: als CDU/CSU, FDP und BSW gemeinsam mit der AfD für eine weitere Verschärfung der Migrationspolitik abstimmten und Die Linke offensiv den Kampf um den Triggerpunkt Migration aufnahm. Mit ihrer entschiedenen Opposition und der authentischen Empörung Heidi Reichinneys im Parlament wurde Die Linke zur einzigen relevanten politischen Partei, die sich klar gegen diesen Rechtsruck wandte und die Hunderttausenden, die auf der Straße gegen Merz' Tabubruch demonstrierten, unterstützte. Während Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) als Antwort auf Merz einen Zehn-Punkte-Plan für eine härtere Migrationspolitik vorstellte und damit Kompromissfähigkeit und Koalitionsbereitschaft mit der Union signalisierte, rief Die Linke dazu auf, auf die Barrikaden zu gehen. Die Linke – nicht die Grünen, wie in früheren Wahlen – galt so als entschiedenster Gegenpol gegen rechts und die Faschisierung. Als es darauf ankam, vermied sie nicht das schwierige Thema Migration, sondern bezog offen und klar Stellung für die Solidarität mit Geflüchteten und »tanzte auf dem Triggerpunkt«.

Im Ergebnis entwickelte sie aus der Verbindung des Oben-unten-Konflikts (»keine Milliarden«), dem Aufgreifen der unmittelbaren Lebensinteressen (Mieten- und Preisanstieg) und der klaren Opposition gegen die rassistische Abschottungspolitik und die Anpassung der »Parteien der Mitte« nach rechts eine »antifaschistische Klassenpolitik« (vgl. auch Goes 2025, 15). Allein die Kosten des alltäglichen Lebens, die unmittelbaren ökonomischen Interessen zu thematisieren, hätte nicht gereicht. Aber die klare Positionierung der Linken in der sozialen Frage war die Voraussetzung dafür, dass sie mit ihrer klaren Haltung in der Migrationsfrage und gegen die Tendenz zur Faschisierung erfolgreich sein konnte. Denn: »Ökonomisch links eingestellte Wähler bevorzugen kulturell fortschrittliche Positionen, und kulturell Progressive befürworten eine Umverteilungspolitik.« (Abou-Chadi u. a. 2021, 26) Die Linke hat in diesem Wahlkampf also vieles richtig gemacht und im entscheidenden Moment richtig reagiert. Aber Stephan Hebel (2025) stellte zu Recht fest, ein erheblicher Teil des Wahlerfolgs sei »Geschenken der Konkurrenz« geschuldet.

FOKUSSIERUNG, ABER KEINE THEMATISCHE VERENGUNG

Die Linke hatte so das Glück der Tüchtigen. Sie kann aber nicht auf künftige weitere Geschenke bauen. Das Wahlergebnis und der sensationelle Anstieg der Mitgliederzahlen um mehr als das Doppelte bieten eine gute Ausgangsposition für die weitere Arbeit. Gleichzeitig steht die Partei vor nicht minder großen Herausforderungen als vor der Wahl. Nicht nur, dass alte und neue Mitglieder eine politische Praxis mit gemeinsamem politischem Verständnis entwickeln müssen, die Partei muss sich auch dringend inhaltlich und konzeptionell weiterentwickeln. Die in der Vergangenheit immer wieder aufgeschobene Klärung und Bearbeitung innerer Widersprüche muss jetzt angegangen werden.

In früheren Wahlen waren die Positionen der Linken zur Sicherheits- und Außenpolitik einer der wichtigsten Gründe, Die Linke nicht zu wählen (vgl. Candeias 2022b, 22f). Nicht zufällig griffen SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Bundestagswahlkampf 2021 Die Linke wegen ihrer Haltung zur NATO an, weil sie diesen Schwachpunkt der Partei kannten. Ein für Die Linke glücklicher Umstand im Wahlkampf 2025 war, dass mit der Dominanz der Migrationsdebatte der Ukrainekrieg nur eine untergeordnete Rolle spielte. Umfragen zeigen jedoch, dass eine deutliche Mehrheit der linken Wähler*innen für eine stärkere Unterstützung der Ukraine ist und etwa die Hälfte für höhere Verteidigungsausgaben. Nicht wenige dürften also Die Linke trotz und nicht wegen ihrer Außen- und Sicherheitspolitik gewählt haben.

Die neue Phase imperialer Konkurrenz mit der Zunahme autoritärer Regime, die Aggression des russischen Imperialismus, der Kampf um Einflussphären zwischen den Großmächten, die zunehmenden Spannungen zwischen den USA und China, Trumps erratische wie brutale Interessenpolitik gegen die EU-Staaten – all dies führt zu einem wachsenden Sicherheitsbedürfnis auch bei linken Wähler*innen. Die Linke braucht angesichts dieser Entwicklungen zeitgemäßere sicherheits- und außenpolitische Konzepte. Im Erfurter Programm der Partei findet sich die Forderung nach »struktureller Nichtangriffsfähigkeit« und dem »Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotenziale«. Was dies jedoch unter den heutigen Bedingungen bedeutet, hat Die Linke bislang nicht konkretisiert. Angesichts der bevorstehenden massiven Aufrüstung wird sie nicht umhinkommen, ein überzeugendes Gegenkonzept zum Wettrüsten vorzulegen und Initiativen zu Rüstungskontrolle und Abrüstung vorzuschlagen, um Spannungen abzubauen und nicht-militärische Konfliktlösungen zu ermöglichen. Zu einer zeitgemäßen linken Außenpolitik gehört auch die Überwindung eines in Teilen der Linken immer noch vorhandenen Lager- bzw. Blockdenkens (»Campismus«) aus den Zeiten des Kalten Krieges (vgl. La Botz 2024). Weder sind die USA die einzige aggressive Großmacht noch gilt es, sich im Kampf gegen autoritäre Regime auf der Seite des liberalen Westens zu verorten. Die Linke steht nicht in einem geopolitischen Lager gegen ein anderes: Dieses Lagerdenken war schon zu

Zeiten des Kalten Krieges fragwürdig und ist heute in Zeiten konkurrierender kapitalistischer Mächte erst recht falsch. Linke Solidarität gilt nicht Staaten, sondern den emanzipatorischen Bewegungen, die für demokratische Rechte, Gleichheit und gegen autoritäre und imperialistische Bestrebungen kämpfen (vgl. Wolf/Zelik 2022). Ohne eine konzeptionelle Klarheit in diesen Fragen wird es schwierig werden, wirksam gegen Aufrüstung und die Militarisierung der Gesellschaft zu mobilisieren.

2021 war im Bundestagswahlkampf der Kampf gegen die Klimakatastrophe noch eines der zentralen Themen. 2025 dagegen spielten Klimaschutz und die notwendige Transformation nur eine untergeordnete Rolle. Nachdem das von der Ampelkoalition verfolgte Projekt einer grünen, marktzentrierten Modernisierung des Kapitalismus an seinen inneren Widersprüchen und dem Widerstand der fossilen und rechten Lobby gescheitert war, versuchten Grüne und SPD nach dem politischen Debakel um das Heizungsgesetz eine Polarisierung um das potenziell triggernde Thema zu umgehen, während die Union unter dem Label der »Technologieoffenheit« die Interessen der fossilen Kapitalfraktionen vertrat. Gleichzeitig ist es der extremen Rechten gelungen, eine Ablehnungsfront aus den verschiedenen, von den Kosten der Transformation und in ihrer bisherigen Lebensweise und ihren Lebensentwürfen betroffenen Gruppen gegen ökologische Politik aufzubauen. Der Versuch, das Klimathema »herunterzudimmen«, überlässt jedoch »den rechten Klimabremsern eine Reihe politischer Trümpfe. Den Rechten bleibt es derzeit vorbehalten, die negativen Verteilungsfolgen der Klimapolitik zu benennen, die finanziellen Sorgen zu skandalisieren [...] und den Krisen-, Unrechts- und Verlustängsten politisch Ausdruck zu verleihen« (Westhäuser/Siebert 2025).

Die neue Regierung von Union und SPD wird die sozialen Ungerechtigkeiten der bisherigen Klimapolitik noch verschärfen. Sie sieht als zentrales Element der Transformation den CO₂-Preis und gibt gleichzeitig die von der Ampel noch beabsichtigte Kompensation steigender Lebenshaltungskosten durch ein Klimageld auf. Dies wird insbesondere die unteren sowie die mittleren Einkommen treffen, die Verteilungsungerechtigkeit in der Klimapolitik vertiefen und den »Empörungsunternehmern« von rechts noch weiteren Auftrieb geben. Dagegen muss Die Linke das Thema der Verteilungsungerechtigkeit aufgreifen und eine ökologische Klassenpolitik entwickeln – sprich: Die weiter an fossilen Geschäftsmodellen festhaltenden Konzerne und die Reichen mit ihrem Luxuskonsum müssen nach dem Verursacherprinzip zur Finanzierung der Transformationskosten herangezogen werden und so insbesondere untere und mittlere Einkommen entlasten. Der linke Wahlkampf hat mit der Forderung nach dem Verbot von Privatflügen bereits einige Aspekte einer ökologischen Klassenpolitik aufgegriffen. Aber es geht nicht nur darum, den Reichsten ihren Luxuskonsum einzuschränken, sondern auch darum, der Mehrheit der Bevölkerung eine ökologisch verträgliche Lebensweise zu ermöglichen. Entscheidend ist dabei eine

Politik der Umverteilung – dabei geht es nicht nur um ein Klimageld, sondern um eine Umverteilung von privat nach öffentlich, hin zu gemeinwohlorientierten und allgemein zugänglichen Angeboten: zum Beispiel statt Erhöhung der Pendlerpauschale ein öffentliches, kostenloses Verkehrsangebot in der Fläche, Vergesellschaftung des Wohnungssektors, gebührenfreie Kitas, ein solidarisches Gesundheitssystem. Es geht also um einen veränderten kollektiven Konsum, um einen »Infrastruktursozialismus« (Candeias u. a. 2020), der »Alternativen eines ressourcenschonenden Alltags für alle schafft, die Voraussetzung für die Legitimität notwendiger Einschränkungen bei ökologisch und sozial schädlichen Praktiken sind« (Eversberg u. a. 2024, 29).

Mit der Ausnahmeregelung für Rüstungsausgaben in der Schuldenbremse wurde eine Entscheidung gegen den Klimaschutz getroffen.² Denn statt in den grünen Umbau der Industrie zu investieren, wird damit ein Industriesektor massiv gefördert, der sich durch eine exzessive Nutzung fossiler Energien und einen hohen Ressourcenverbrauch auszeichnet (Krebs/Weber 2025). Im Koalitionsvertrag der neuen Regierung wird die Klimapolitik nachrangig behandelt. Wofür die dafür vorgesehenen 100 Milliarden Euro verwendet werden sollen (faktisch nur 10 Mrd. Euro pro Jahr), bleibt offen. Die Transformation der Industrie braucht jedoch gehörige öffentliche Investitionen.

Kurz: Jenseits der Rüstungsausgaben und des Infrastrukturfonds gelten weiter die finanziellen Restriktionen der Schuldenbremse. »Die Pläne der Union, SPD und Grünen sind trotz Infrastrukturfonds das Todesurteil für die Vision einer starken, grünen Industrie in Deutschland«, resümieren Krebs und Weber (ebd.). Für Die Linke wird es daher auf zweierlei ankommen: die Verschärfung der Klimakrise durch den Militärkeynesianismus anzugreifen und eine Brücke zwischen friedens- und entspannungspolitischen Initiativen (siehe oben) sowie dem Kampf gegen die Klimakatastrophe zu schlagen. Und sie muss angesichts der wirtschaftlichen Strukturkrise und der Folgen der Trumpschen Zollpolitik stärker als bisher für massive Investitionen in einen ökologischen Umbau der Industrie mit demokratischer Beteiligung der Beschäftigten und sozialen Garantien eintreten. Das alte Exportmodell trägt nicht mehr, die Ökonomie muss mehr auf neue und eigene Bedarfe Deutschlands und der EU reorientiert werden. Mit einem Transformationsfonds und regionalen Wirtschaftsräten wurden dafür in der Vergangenheit schon Vorschläge entwickelt – sie müssen aber konkretisiert, in der Partei verankert, öffentlich wahrnehmbar vertreten und ansatzweise auch in Betrieben und Gewerkschaften propagiert werden.

Angesichts wachsender globaler Unsicherheit, massiver Aufrüstung und der eskalierenden Klimakatastrophe werden die erwähnten »Triggerthemen« weiter die politische Agenda bestimmen. Diese nicht zu bearbeiten, würde bedeuten, den reaktionären und rechtsextremen Positionen das Feld zu überlassen und gleichzeitig die Erwartungen linker Wähler*innen zu enttäuschen. Die Linke kann und muss

bei diesen Themen mit einer klassenpolitischen Orientierung selbst aktiv polarisieren und mobilisieren. Nur so wird sie sowohl bei Wahlen als auch gesellschaftlich mobilisierungsfähig sein, unterschiedliche Milieus im Rahmen einer verbindenden Klassenpolitik erreichen und überzeugen können.

LITERATUR

- Abou-Chadi, Tarik/Mitteregger, Reto/Mudde, Cas, 2021: Left Behind by the Working Class? Social Democracy's Electoral Crisis and the Rise of the Radical Right, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/18074.pdf>
- Braband, Carsten, 2024: Linke Triggerpunkte. Gesellschaftliche Haltungen und Klassenlagen von (potenziellen) Linke-Wähler*innen, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 3/2024, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/52578/linke-triggerpunkte
- Candeias, Mario, 2022a: #DieLINKEbrauchts, in: LuXemburg Online, Juni 2022, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/die-linke-brauchts/>
- Ders., 2022b: Eine Partei mit Zukunft: DIE LINKE. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung zum Wähler*innenpotenzial der LINKEN, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/46565/eine-partei-mit-zukunft-die-linke
- Ders. u. a., 2020: Reichtum des Öffentlichen. Infrastruktursozialismus oder: Warum kollektiver Konsum glücklich macht, in: LuXemburg 3/2020, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/reichtum-des-oeffentlichen/>
- Eversberg, Dennis u. a., 2024: Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt: Mentalitäts- und Interessengensätze im Streit um Transformation, Forschungsbericht, Friedrich-Schiller-Universität, Jena, <https://doi.org/10.22032/dbt.59592>
- Goes, Thomas, 2025: Die Linke nach der Wahl aufbauen!, in: emanzipation 9.1, 10.3.2025, https://emanzipation.org/wp-content/uploads/2025/03/Goes_2025_Die_Linke_nach_der_Wahl_aufbauen.pdf
- Hebel, Stephan, 2025: Wählerfolg der Linken: Lang lebe Rot-Rot-Grün (der anderen Art), in: der Freitag, 26.2.2025, www.freitag.de/autoren/stephan-hebel/die-linke-die-zukunft-nach-ihrem-waehlerfolg
- Krebs, Tom/Weber, Isabella, 2025: Der Militär-Keynesianismus schadet der Klimawende, in: Surplus. Das Wirtschaftsmagazin, 13.3.2025, www.surplusmagazin.de/militarkeynesianismus-verteidigung-schulden/
- La Botz, Dan, 2024: Warum manche Linke sich an der Seite von Diktatoren wiederfinden. Internationalismus, Antiimperialismus und die Ursprünge des Campismus, in: Analyse & Kritik, Nr. 706, www.akweb.de/ausgaben/706/campismus-und-antiimperialismus-warum-manche-linke-sich-an-der-seite-von-diktatoren-wiederfinden/
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus, 2023: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin
- Ulrich, Bernd, 2025: Far Left to Far Right – Germany's Election Shows How »Extreme« Politics Really Works, in: Worldcrunch, 26.2.25, <https://worldcrunch.com/world-affairs/afd-linke-success-german-elections>
- Westhäuser, Linus/Siebert, Johanna, 2025: Warum wir Klimapopulismus brauchen, in: Surplus. Das Wirtschaftsmagazin, 10.1.2025, www.surplusmagazin.de/warum-wir-einen-klimapopulismus-brauchen
- Wissler, Janine u. a., 2024: Nach der Europawahl: Maßnahmen auf dem Weg zum Bundesparteitag und zur Vorbereitung der Bundestagswahl 2025, www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteivorstand/parteivorstand-2022-2024/detail-beschluesse-pv/nach-der-europawahl-massnahmen-auf-dem-weg-zum-bundesparteitag-und-zur-vorbereitung-der-bundestagswahl-2025/
- Wolf, Harald/Zelik, Raul, 2022: Wir brauchen einen neuen linken Grundkonsens. Acht Vorschläge zu einer inhaltlichen Verständigung in der Linken, in: links bewegt, 11.4.2022, www.links-bewegt.de/de/artic-le/531.wir-brauchen-einen-neuen-linken-grundkonsens.html

1 Vgl. www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteivorstand/parteivorstand-2022-2024/detail-beschluesse-pv/plan-25-vorwahlkampf/.

2 Die Verknüpfung der Ausnahmeregel mit einem Sondervermögen für Infrastruktur und einer Lockerung der Schuldenbremse für die Länder hat Regierungsvertreter*innen der Linken in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern – entgegen den Beschlüssen der Partei – dazu gebracht, im Bundesrat zuzustimmen. Und dies, obwohl Merz auf ihre Stimmen nicht angewiesen gewesen wäre. Die Partei hat diese Entscheidung entsprechend deutlich kritisiert (Beschluss des Parteivorstandes vom 23. März, www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteivorstand/parteivorstand-2024-2026/detail-beschluesse-pv/gegen-schuldenbremse-und-aufruestung/).



»Hiroshima Nagasaki«
Collage von Mustapha Boutadine nach einem Foto
von Ittetsu Morishita

GESPRÄCH MIT JULIA DÜCK, MAGDALENA SCHULZ & HANS-JÜRGEN URBAN

»Der ökologische Umbruch muss mit einem gerechtigkeitspolitischen Aufbruch einhergehen. Linkes Agenda Setting muss hier ansetzen.«

Hans-Jürgen Urban

»Grüne und SPD haben sich zuletzt selbst daran beteiligt, den Nährboden für den erstarkenden Rechtsruck zu bereiten.«

Magdalena Schulz

»Wenn es so etwas wie eine gesellschaftliche Volksfront geben sollte, müsste sie Fragen von Austerität und Deregulierung thematisieren.«

Julia Dück

NACH DER »NEUGRÜNDUNG« ERWARTUNGEN AN DIE PARTEI DER HOFFNUNG

Angesichts der unschönen Ergebnisse der Bundestagswahlen, wie habt ihr die Wiedergeburt der Linken erlebt?

HANS-JÜRGEN URBAN: Überrascht und erfreut zugleich! Die Herausforderungen sind immens. Wir stehen vor der Epochenaufgabe einer ökologischen Transformation. Sie wird nur gelingen, wenn aus der ökologischen auch eine soziale Transformation wird. Eine linke Kraft, die wichtigen verteilungs- und sozialpolitischen Forderungen in den Parlamenten eine Stimme verleiht, erkennbar an Lösungen für die drängenden sozialen Probleme arbeitet und sich mit politisch-moralischer Eindeutigkeit in die gesellschaftlichen Debatten einmischt, ist eine Bedingung dafür, dass wir einer solchen Transformation näherkommen können.

MAGDALENA SCHULZ: Dass die Partei Die Linke es auf 8,8 Prozent geschafft hat, zeigt für mich auch, dass Grüne und SPD links deutlich Platz gelassen haben. Die Grünen waren bei den Europawahlen 2019 noch die Hoffnungsträger der jungen Leute, die von

einer besseren Welt geträumt haben. Das hat sich durch die Entwicklungen der letzten Jahre endgültig erledigt, und auch die SPD kann schon lange nicht mehr glaubwürdig von sozialer Gerechtigkeit sprechen. In diese Lücke hat sich Die Linke mit einem starken Wahlkampf, der kommunikativ klar auf die soziale Frage zugespielt war, hineingearbeitet. Dort, wo viele Haustürgespräche geführt wurden und den Menschen zugehört wurde, hat sich das direkt in den Wahlergebnissen niedergeschlagen. JULIA DÜCK: Ehrlicherweise war ich sehr überrascht. Ich habe eine Wette haushoch verloren. Denn ich hatte getippt, dass Die Linke knapp unter 5 Prozent landen und nur über drei Direktmandate in den Bundestag einziehen wird. Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung zufolge hat die Partei zwar ein Wählerpotenzial von etwa 20 Prozent. Um dieses besser auszuschöpfen, müsste sie aber einen guten Teil der enttäuschten Grünen- und SPD-Wähler*innen gewinnen. Genau daran hatte ich Zweifel. Die Fokussierung auf das Mietenproblem, steigende Kosten und die Skandalisierung von Milliardär*innen – das sind alles keine wirklich neuen Ansätze. Aber der Haustürwahlkampf und der »Heidi-Reichinnek-Moment« haben es geschafft, sowohl einen Teil der an sozialer Gerechtigkeit interessierten Wähler*innen zu mobilisieren als auch diejenigen enttäuschten SPDler*innen und Grünen, die Angst vor einer Faschisierung haben. Voraussetzung dafür war der längst überfällige Weggang des Wagenknecht-Flügels. Da musste vieles zusammenkommen. Der Erfolg der Linken hat mich sehr gefreut. Nichtsdestotrotz: Insgesamt hat der linke Pol

bei der Bundestagswahl an Zustimmung verloren.

Steht nach dem Rechtsruck bei den Bundestagswahlen mit der neuen Bundesregierung nun eine neoliberale Offensive an? Worauf müssen wir uns einstellen?

HANS-JÜRGEN URBAN: Wenn die neue Bundesregierung tatsächlich 500 Milliarden Euro für Investitionen in die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur bereitstellt, dann ist das zu begrüßen. Doch schon heute sind harte Konflikte absehbar. Ob der notwendige Pfadwechsel in der Ökologiepolitik eingeleitet wird, scheint mir eher fraglich. Vor allem aber kommt mir die verteilungs- und sozialpolitische Dimension zu kurz: Wenn sich die avisierte staatliche Investitionspolitik in eine angebotsorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik einordnen sollte, und vieles spricht leider dafür, dann drohen Arbeitsplatzverluste, Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben. Unverzichtbar ist

JULIA DÜCK ist Gewerkschafterin und (antifaschistische) Aktivistin. Sie hat zu feministischen und gewerkschaftlichen Kämpfen in Kitas und Krankenhäusern promoviert und arbeitet als Gewerkschaftssekretärin bei ver.di. Zudem ist sie neues Mitglied der *LuXemburg*-Redaktion.

MAGDALENA SCHULZ ist in der Jugendorganisation »Zeit für was Neues« aktiv, die sie mit vielen anderen Ehemaligen der Grünen Jugend nach ihrem Parteiaustritt gegründet hat.

HANS-JÜRGEN URBAN ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und im engen Sinne des Wortes »organischer Intellektueller« der Arbeiterklasse.

und bleibt daher eine Steuerpolitik, die das Geld dort abholt, wo es im Übermaß vorhanden ist, nämlich bei übergroßen Erbschaften und Vermögen, bei Spitzeneinkommen und bei Finanzerträgen. Mit anderen Worten: Der ökologische Umbruch muss mit einem gerechtigkeitspolitischen Aufbruch einhergehen. Linkes Agenda Setting muss hier ansetzen. Dazu wird auch gehören, jener unsäglichen gesellschaftlichen Diskursverschiebung etwas entgegenzusetzen, die die Privilegien der Wirtschaftseliten ausblendet und stattdessen Verteilungsfragen zwischen den Generationen (alt gegen jung), zwischen Bürgergeldempfänger*innen und den »ehrlichen Arbeitern« sowie In- und Ausländer*innen konstruiert. Die faktische Schließung der Grenzen für Asylsuchende verstößt gegen europäisches Recht und ist vor allem eine Verbeugung vor Rechtsaußen. Die Drohung mit dem völligen Entzug des Bürgergelds für sogenannte Arbeitsverweigerer bedient vor allem Vorurteile gegenüber Arbeitslosen. Widerstand ist auch gegen alle Versuche angesagt, den Sozialstaat mit der Kettensäge des Bürokratievorwurfs zu attackieren. Um nur ein Stichwort zu nennen: Im Arbeitszeitgesetz soll die Begrenzung der täglichen Höchstarbeitszeit von grundsätzlich acht Stunden abgeschafft werden, obwohl die gesundheitsschädigenden Folgen überlanger Arbeitszeiten vielfach belegt sind. Mal abgesehen davon, dass bereits das geltende Gesetz Ausnahmen von dieser Regelung ermöglicht: Abschaffung des Acht-Stunden-Tages als Bürokratieabbau? Das ist doch eher kapitalorientierte Wettbewerbspolitik zulasten der abhängigen Arbeit.

MAGDALENA SCHULZ: Die Reform der Schuldenbremse lässt ja darauf hoffen, dass zumindest das absolute Spardogma ein Ende hat – eigentlich kein Anzeichen für einen neoliberalen Turn. Die Frage ist aber, in welche Infrastruktur am Ende wirklich investiert wird. Fließt das Geld in Krankenhäuser und Schulen oder in Autobahnen und fossile Infrastruktur? Investitionen, die bisher aus dem Stammhaushalt gezahlt wurden, sollen in Zukunft teilweise über das Sondervermögen finanziert werden. Ich habe wenig Hoffnung, dass jetzt wirklich die große Investitionsoffensive in Daseinsvorsorge und Klimaschutz kommt, die es eigentlich bräuchte. Merz' gesetztes Ziel ist es außerdem, den Sozialstaat weiter auszuhöhlen. Die CDU hat mit der Agenda 2030 einiges angekündigt, aber nicht alles im Koalitionsvertrag durchsetzen können. Die Finanzierung von Rente, Gesundheit und Pflege bleibt offen. Eine neoliberale Offensive ist also in Sicht. Sie kann nur dazu führen, dass sich noch mehr Menschen abgewertet fühlen. Am Ende wird dieser Frust vor allem weiterhin den Rechten in die Karten spielen. JULIA DÜCK: Ich sehe bei Merz und seinem Flügel in der CDU/CSU-Fraktion auch faschistische Elemente. Das zeigen die gemeinsame Abstimmung mit der AfD, die Ankündigung, am Tag eins nach der Wahl die Grenzen zu schließen, was jeglicher rechtsstaatlicher Grundlage entbehrt, die Dämonisierung der »Anderen« wie Geflüchtete oder Bürgergeldbezieher*innen. Es ist nicht mehr alleine die AfD, die eine Faschisierung in Deutschland vorantreibt, daran beteiligen sich auch Teile der Union. Das sollten wir auch so benennen. Wenn wir

über Merz' Vorstellung von Wirtschaftspolitik sprechen, dann finde ich den Begriff der spät-neoliberalen Offensive treffend: Merz hat ja klar gesagt, dass er die Schuldenbremse für Ausgaben in die soziale Infrastruktur und Sozialpolitik nicht anfassen will. Für ihn sind eine stärkere Militarisierung, der sogenannte Bürokratieabbau und Steuererleichterungen für Unternehmen sowie die Senkung der Sozialausgaben zentral. In einer Koalition mit der SPD kann Merz seine Vorstellungen natürlich nicht in Reinform durchsetzen. Dennoch zeigt es die Richtung der kommenden Auseinandersetzungen an. Eine neue Welle der Austeritätspolitik ist mehr als wahrscheinlich.

Braucht es nun – angelehnt an Frankreich – eine gesellschaftliche Volksfront gegen die weitere Faschisierung sowie die absehbaren Angriffe auf soziale Errungenschaften in Form von Austerität und Deregulierung?

HANS-JÜRGEN URBAN: Kein Zweifel: In Gesellschaft und staatlichen Institutionen hat sich ein menschenfeindlicher Autoritarismus festgesetzt. Der massive Zugewinn der AfD bei der Bundestagswahl 2025 und ihre Stellung als zweitstärkste Kraft im bundesdeutschen Parteienspektrum, in Umfragen teilweise schon vor der Union, sind ein nicht zu übersehender Beleg. Und mehr noch: Der Resonanzraum rechter Erzählungen reicht bis in die gesellschaftliche Mitte hinein. Eine demokratiestabilisierende Gegenbewegung ist dringend geboten. Dass es hier breite Bündnisse braucht, liegt auf der Hand. Doch das ist leichter gesagt als getan. Bisher bleibt unklar, wer ein solches »Pro-Demokratie-Bündnis« tragen und mit welchen

Strategien es sich der rechten Offensive entgegenstellen sollte. Es gab in der Vergangenheit ja durchaus zivilgesellschaftliche Proteste gegen rechts. Doch je breiter diese ausfielen, umso besser waren die Ergebnisse der AfD an der Wahlurne. Ein antifaschistisches Bündnis muss sich dieser Paradoxie stellen. Vorwiegend moralisch begründete Massenproteste reichen offensichtlich nicht. Es muss etwas hinzukommen. Ein Bündnis gegen rechts muss eine »Mobilisierungs-Plus-Strategie« entwickeln, die in den rechten Milieus vor allem die adressiert, die für demokratische Konfliktlösungen noch erreichbar sind. Ein riskantes Unterfangen, aber ohne eine solche Orientierung werden wir die Verfestigung einer rechten Massengrundbasis nicht verhindern können.

MAGDALENA SCHULZ: Ein ähnlich angelegtes Bündnis wie der Nouveau Front populaire aus vielleicht SPD, Grünen und Linkspartei hätte ein Glaubwürdigkeitsproblem. Grüne und SPD haben sich zuletzt selbst daran beteiligt, den Nährboden für den erstarkenden Rechtsruck zu bereiten. Die SPD wird jetzt genau dort weitermachen. Die Ängste und der Frust derjenigen, die jetzt AfD wählen, sind ja in Teilen völlig berechtigt. Es braucht ein klares Bild davon, wer wirklich Schuld an der ganzen Misere trägt, einen stetigen Vertrauensaufbau sowie deutliche Beweise dafür, dass man es selbst anders macht. Was in Deutschland weniger Beachtung findet, ist, wie im Front populaire die Zusammenarbeit zwischen nicht parteigebundener Zivilgesellschaft und Parteien gelungen ist. Es gab da ein gemeinsames Commitment: Jetzt kommt es drauf an, dass wir uns im Kampf gegen rechts gemeinsam

hinter ein im weitesten Sinne links-grünes Gesellschaftsprojekt stellen. Und plötzlich haben Tausende Menschen Wahlkampf gemacht, die dies zuvor noch nie getan hatten. In Ansätzen gab es dieses Phänomen ja auch im Wahlkampf der Linkspartei. Ich glaube, eine linke Volksfront kann es dann geben, wenn es gelingt, die Zivilgesellschaft auf ein gemeinsames politisches Projekt zu verpflichten und gleichzeitig dabei den Fokus auf die Ansprache von Menschen zu richten, die weder mit der organisierten Zivilgesellschaft noch mit Parteien bisher irgendwas am Hut haben wollten.

JULIA DÜCK: Die massenhaften Proteste waren Ausdruck einer breiten gesellschaftlichen Angst vor dem Faschismus, vor Entwicklungen, auf die wir seit Jahren keine Antwort haben. Diese breit geteilte Angst kann mobilisieren. Aber diese Mobilisierungen halten nicht auf Dauer. Viele derjenigen, die auf die Straße gehen, wollen vor allem ihre Position im politischen Raum repräsentiert sehen, nicht selbst kämpfen. Entsprechend waren Versuche, die Proteste in längerfristige, wirklich breite Bündnisse zu überführen, vorerst nicht erfolgreich. Nur: Auf der Ebene der politischen Repräsentation gibt es im Moment keine politischen Mehrheiten für eine konsequente antifaschistische Position. Die gute Nachricht: Die Linke ist als einzige politische Kraft durch ihre klare antifaschistische Haltung nunmehr auch für Teile der enttäuschten Grünen- und SPD-Anhänger*innen wählbar geworden. Die schlechte Nachricht: Es fragt sich, wie eine gesellschaftliche Volksfront in Deutschland unter diesen Bedingungen aussehen könnte. Die SPD kann in der Regierung

schlecht gegen sich selbst demonstrieren. Und selbst wenn die Grünen in der Opposition ihr humanistisches Gewissen wiederentdecken sollten, wäre es für sie sicherlich nicht einfach, ihre Glaubwürdigkeit wiederzugewinnen. Dafür bräuchte es eine echte Erneuerung der Partei. Gesellschaftspolitisch sieht die Situation anders aus. Im Vorfeld der Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg haben sich eine Reihe von Verbänden, Kirchenorganisationen und Unternehmen für die »Brandmauer« ausgesprochen und sich offensiv gegen die AfD positioniert. Darüber hinaus ist es Akteuren wie »Widersetzen« gelungen, massenhafte Mobilisierungen gegen die Parteitage der AfD zu organisieren; die Kampagne für ein AfD-Verbot erlebt weiterhin einen starken, nicht endenden Zustrom an Mitstreiter*innen. Es gibt durchaus eine Offenheit für breite Bündnisse gegen den Faschismus – und eine zunehmende Dringlichkeit.

Was könnten Verbindungslinien eines sozial-ökologischen Antifaschismus sein, wie könnte er zu einem attraktiven Projekt für möglichst viele werden?

HANS-JÜRGEN URBAN: Moralischer Antifaschismus ist gut und richtig, reicht aber nicht. Wir müssen über die politisch-inhaltlichen Essentials einer linken demokratiestabilisierenden Politik nachdenken. Ich will auf drei Aspekte hinweisen: Da gilt es erstens die Spezifik der gegenwärtigen Epoche herauszuarbeiten. Die multiplen Krisendynamiken wirken als Energiezufuhr für antidemokratische Kräfte. Nur wenn es gelingt, die notwendige Dekarbonisierung

der Produktions- und Lebensweise mit einer sozialen Transformation zu verbinden, wird man diese Energiezufuhr unterbrechen können. Dabei können Umlenkungen von Investitionen, etwa von der Automobil- in die Rüstungsindustrie, weder das ökologische noch das Beschäftigungsproblem lösen. Und sozial nachhaltig wäre ein solcher Paradigmenwechsel auch nicht. Es gibt wohl kaum etwas Unsozialeres als eine forcierte Rüstungspolitik, die – das lehrt die Vergangenheit – früher oder später zulasten des Sozialstaates geht. Kurzum: Aufrüsten, um Arbeitsplätze zu sichern, das ist nicht die Linie der IG Metall. Zweitens sollte sich die Gesellschaft, zumindest die gesellschaftliche und politische Linke, wieder deutlich stärker mit den systemischen Gefahren auseinandersetzen, die vom Kapitalismus für die Demokratie ausgehen. In einem Gesellschaftsmodell, in dem kleine und große Wirtschaftskrisen immer wieder die soziale Sicherheit und gesellschaftliche Anerkennung großer Bevölkerungsgruppen attackieren, bleibt die politische Demokratie notwendigerweise fragil. Und drittens braucht gerade die Linke einer Art demokratiepolitische Vorwärtsverteidigung. Das heißt: Der Kampf um politische Demokratie muss auch und gerade an den Orten geführt werden, an denen tagtäglich nicht demokratische Selbstbestimmung eingeübt wird, sondern an denen sich Belegschaften und ihre Interessenvertretungen mühsam gegen hierarchische und autoritäre Strukturen durchsetzen müssen: im kapitalistischen Betrieb und in der kapitalistischen Wirtschaft insgesamt. Positiv formuliert: Wissenschaftliche Studien und gewerkschaft-

liche Erfahrungen belegen, dass positive Demokratieerfahrungen durch kollektive Einflussnahme auf betriebliche Entscheidungen auch die Resilienz gegenüber autoritären Anrufungen in der Gesellschaft steigern. Offensive Demokratiepoltik muss in diesem Sinne als wirtschaftsdemokratische Transformationspolitik verstanden werden. Da ist auch für die gewerkschaftlichen Debatten noch Luft nach oben.

MAGDALENA SCHULZ: Will man eine solche Front gesellschaftlich aufbauen, kommt man nicht drum herum, die brennenden sozialen Fragen und den Konflikt zwischen oben und unten in den Mittelpunkt zu stellen. Genau das, in Verbindung mit einem klaren antifaschistischen Standpunkt, hat dem Nouveau Front populaire in Frankreich zum Sieg verholfen. Das muss aber nicht bedeuten, sich vor der ökologischen Frage wegzuducken, weil sie vermeintlich unpopulär ist. Ich glaube eher, dass eine Klimapolitik, die soziale Härten, wenn überhaupt, zu spät und zu wenig berücksichtigt hat, vielen Menschen Angst eingejagt hat. Dabei sind es doch gerade Menschen, die körperlich arbeiten, die die Folgen der Erderhitzung im Alltag am schnellsten und härtesten zu spüren bekommen. Und es sind auch nicht die Topmanager von Daimler, VW und BMW, die an stark befahrenen, lauten und verdreckten Straßen wohnen, sondern Menschen, für die die ruhigen Wohnlagen unbezahlbar sind. Es gilt also einerseits, die Betroffenheit ökologischer Krisen als eine Klassenfrage zu begreifen und zu benennen, aber, was wahrscheinlich noch wichtiger ist, klarzumachen, dass sich die Klimakrise nur bekämpfen lässt, wenn sie mit einer

gigantischen Umverteilung von Vermögen und Produktionsmacht einhergeht. Das Ganze muss dann mit konkreten Projekten unterfüttert werden: zum Beispiel mit einer Vermögensabgabe fürs Klima, mit der dann energetische Sanierungen, bezahlbare Energiepreise und ein günstiger und gut ausgebauter Nahverkehr finanziert werden. JULIA DÜCK: Wenn es so etwas wie eine gesellschaftliche Volksfront gegen den Faschismus geben sollte, müsste sie Fragen von Austerität und Deregulierung thematisieren, die mit einer Merz-Regierung auf uns zukommen werden. Gleichzeitig glaube ich, dass eine Fokussierung auf soziale Fragen nicht ausreicht. Der Aufstieg der Rechten konnte auch gelingen, weil es Abwertungserfahrungen auf kultureller und subjektiver Ebene gab. So haben etwa die Veränderungen der Arbeits- und Lebensweisen zu einer Abwertung fordristischer Männlichkeit geführt. All das lässt sich mit einem alleinigen Fokus auf soziale oder sozial-ökologische Fragen nicht adressieren. Eine gesellschaftliche Volksfront gegen den Faschismus müsste auch für neue solidarische Arbeits- und Lebensweisen werben und bei den Menschen den Wunsch nach Veränderung wecken, weil sie sehen, dass sie damit etwas zu gewinnen haben. Das Problem ist, dass es ein solches gesellschaftliches Projekt bisher nicht gibt. Um die bereits existierenden Bewegungen zu verbinden, sind daher die Angst vor dem Faschismus und die Opposition zur AfD die Ansatzpunkte. Von dort ausgehend kann an andere Fragen inhaltlich angeknüpft und auf die sozialen Ursachen für den Aufstieg der Rechten hingewiesen werden. Vielleicht

bräuchte es noch einmal etwas Ähnliches wie »Unteilbar«. Allerdings ist es notwendig und zugleich herausfordernd, in einer solchen Bewegung Fragen von Austerität, Deregulierung und von Migration zu integrieren. »Unteilbar« ist in einer anderen gesellschaftlichen Situation entstanden, nach dem Sommer der Migration und im Sommer der Solidarität. Jetzt haben wir mit Blick auf migrationspolitische Fragen eine andere gesellschaftliche Stimmungslage.

Welche Rolle kann die erneuerte Linke als Partei darin spielen? Habt ihr spezifische Erwartungen an sie?

HANS-JÜRGEN URBAN: Die Linke könnte in den anstehenden Transformationskonflikten und sozialen Auseinandersetzungen jene Kraft sein, die die sozialen Abstiegsängste der abhängig Beschäftigten ernst nimmt und den rückwärtsgewandten antihumanistischen und demokratiefeindlichen Erzählungen der Rechten eine solidarische Antwort entgegenstellt. Die Kernfrage wird dabei sein, wie man eine transformative Politik der Dekarbonisierung mit einem ausgebauten, eingreifenden Sozialstaat verbindet. Der anstehende Kampf um die Zukunft des Sozialstaates und die mit ihm verbundenen Verteilungskonflikte beschreiben die Arenen, in denen Die Linke für die Arbeits- und Sozialinteressen der abhängig Beschäftigten als profilierte Kraft streiten muss. Dabei wäre es notwendig, das wirtschaftspolitische Profil der gesellschaftlichen und politischen Linken insgesamt zu schärfen. Nicht zuletzt im erwähnten wirtschaftsdemokratischen Sinne. Hier könnte die Partei eine Art Alleinstellungsmerkmal entwickeln.

MAGDALENA SCHULZ: Die Linke müsste eine glaubwürdige dritte Alternative zu dem ständigen »Weiter so« der etablierten Parteien und dem rückwärtsgewandten, menschenfeindlichen Kurs der Rechten aufzeigen. Immer mehr Menschen fürchten oder erleben, dass ihre Sorgen in der Politik kaum Beachtung finden. In diesen Zeiten bloß den beängstigenden Status quo zu verteidigen und »die Demokratie« als abstrakten Wert hochzuhalten, wird kaum jemanden davon abhalten, die AfD zu wählen. Stattdessen braucht es eine Kraft, die zuallererst vor Ort ansprechbar ist, im Alltag unterstützt und dort Gemeinschaft organisiert, wo es sonst niemand oder nur die Rechten tun. Statt von oben verändern zu wollen und sich mit den etablierten Parteien gemeinzu machen, müsste sie auf die stetige Verankerung vor Ort setzen.

JULIA DÜCK: Im Wahlkampf hat Die Linke stark auf die soziale Frage gesetzt, steigende Mieten und Lebenshaltungskosten skandalisiert sowie das Problem der Superreichen. Um überhaupt die Wahrnehmungsgrenze zu überschreiten und wieder sichtbar zu werden, war dies sicherlich eine sinnvolle Strategie. Allerdings hat sich auch gezeigt, dass für den Wahlerfolg der Linken am Ende ihre konsequent antifaschistische Haltung entscheidend war. Das ist nicht nur eine wahltaktische Frage, sondern eine strategische: Auf welche Klassenfraktionen kann und sollte Die Linke zukünftig setzen? Angesichts der zunehmenden Faschisierung reicht es aus meiner Sicht nicht aus, sich allein auf die prekarierten Klassen zu fokussieren. Die Linke muss auch zur Partei für die enttäuschten Grünen- und

SPD-Wähler*innen werden. Das ist nicht nur wichtig, um breitere gesellschaftliche Schichten zu erreichen, sondern auch, weil – wie vorher beschrieben – der Kampf gegen den Faschismus nicht nur ein sozialer sein kann. Die Linke muss ein klassenübergreifendes, antifaschistisches und trotzdem eindeutig linkes Bündnis hinbekommen. Eine solche Stimmung, in der sich verschiedene gesellschaftliche Akteure von der Linken angesprochen fühlen, kann die Partei aber nicht allein erzeugen. Es braucht dafür ein gesellschaftliches Klima, das neue Solidaritäten ermöglicht.

Das Gespräch führte Mario Candeias.

Mehr zum Thema auf LuXemburg Online:

Die Linke – ein Wintermärchen

Wie es der Partei gelang, wieder in die Erfolgsspur zu kommen, und was das für ihre Reorganisation bedeutet
Von Mario Candeias

Raus aus der Komfortzone

Sieben Gründe für den Wahlerfolg der Linken in Friedrichshain-Kreuzberg
Von Kerstin Wolter

Eine andere Art, Politik zu machen

Der erfolgreiche Wahlkampf im Ostberliner Bezirk Lichtenberg als Beispiel für den Wandel der Linkspartei
Von Boris Kanzleiter

»Wir sind die Brandmauer«

Wieso wir gerade jetzt einen starken antifaschistischen Pol brauchen und wie Die Linke diesen bilden kann
Von Anika Taschke

Der Angriff kommt von rechts – die Verteidigung von unten

Weshalb Migration und Klasse zusammengedacht werden müssen
Von Clara Büniger

www.zeitschrift-luxemburg.de/tag/die-linke-nach-der-wahl

EINE LINKE POLARISIERUNGSUNTERNEHMERIN

KERSTIN WOLTER

Die Linke sollte polarisierenden Themen nicht aus dem Weg gehen.
Vielmehr muss sie den Oben-unten-Konflikt sichtbar zuspitzen
und deutlich machen, dass der Wunsch nach materieller Sicherheit nur
eingelöst werden kann, wenn wir grundlegende Veränderungen ermöglichen

SOZIALSTAATSANGRIFF DURCH DIE HINTERTÜR

Stand heute lassen die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD nichts Gutes erahnen. Vielmehr sieht es so aus, als ließe sich Friedrich Merz (CDU) die Zugeständnisse beim Milliardenpaket für Infrastruktur mit der Zustimmung zu staatlichen Leistungskürzungen bezahlen. Merz kritisiert »überbordende Sozialausgaben« und fordert sie auf den Prüfstand zu stellen.¹ Flankiert wird seine Forderung von konservativen und liberalen Ökonomen. So strebt beispielsweise Friedrich Heinemann vom Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung ein höheres Renteneintrittsalter, die Ausweitung der Wochenarbeitszeit und mehr Eigenverantwortung im Fall von Krankheit an.² Bei härteren Sanktionen gegen Bürgergeldbezieher*innen sind sich die zukünftigen Koalitionspartner

anscheinend schon einig. Von »Totalverweigerern« unter den Bürgergeldbezieher*innen sprachen sowohl Scholz (SPD) als auch der künftige CDU-Kanzler bereits im Wahlkampf. Als Begründung für diese Attacken auf den Sozialstaat dienen die horrenden Wachstumspläne für den Verteidigungshaushalt.

Hinzu kommen Einschnitte in vielen Bundesländern. Obwohl auch diese und die Kommunen von dem Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für den Ausbau und die Sanierung von Infrastruktur profitieren sollen, werden diese Mittel nicht ausreichen, um alle bereits beschlossenen oder geplanten Sozial- und Haushaltskürzungen zu verhindern. Während sich CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag also mit dem »Investitions-Wumms« rühmen, kommt der Angriff auf die wichtige Daseinsvorsorge in

den Kommunen quasi durch die Hintertür. Doch wo Sozialstaat und Infrastruktur geschwächt werden, werden es die Frauen sein, die als Erstes die Lücken füllen müssen (Zimmermann 2025). Wenn das Bürgergeld angefasst wird, trifft es am härtesten alleinerziehende Frauen, die in Deutschland am stärksten von Armut betroffene Bevölkerungsgruppe. Wenn immer mehr Kitas und Kinderläden schließen, die Versorgung in den Krankenhäusern unter dem Ökonomisierungsdruck zusammenbricht oder Sozialarbeiter*innen in Schulen entlassen werden, dann werden vor allem diejenigen unter den daraus entstehenden Zusatzbelastungen zu leiden haben, die sich jetzt schon mehrheitlich um die Kinderbetreuung und die Pflege von Kranken und alten Angehörigen kümmern. Es sind insbesondere migrantische Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen, die angesichts allerorten wegbröckelnder Strukturen ein Minimum an sozialer Versorgung aufrechterhalten. Der Niedriglohnsektor ist weiblich und er ist migrantisch. Austeritätspolitik führt nicht nur allgemein zu mehr Ungerechtigkeit, sie führt auch zu mehr Geschlechterungerech-

KERSTIN WOLTER ist seit diesem Jahr gemeinsam mit Maximilian Schirmer Landesvorsitzende der Berliner Linken und neues Redaktionsmitglied dieser Zeitschrift. Als Teil des Kollektivs MF3000 veröffentlichte sie 2023 den Band »Ändern wir die Welt, sie braucht es!«.

tigkeit. Das haben bereits Studien über die Austeritätspolitik nach der Weltwirtschaftskrise 2008 belegt (vgl. Wischnewski 2018). Ein gut ausgebauter Sozialstaat und gut funktionierende soziale Infrastrukturen sind Emanzipationsbeschleuniger. Sie anzugreifen kommt einem Angriff auf Frauen gleich.

Während die neue Regierung also im Begriff ist, die materielle Grundlage für einen neuen Backlash bei der Geschlechtergerechtigkeit vorzubereiten, liefert die politische Rechte bereits das ideologische Rüstzeug. Die AfD propagiert schon lange die Verlagerung sozialstaatlicher Aufgaben in die Familie und damit auf Frauen und Mütter. Wer ihr heteronormatives Idealbild von Familie nicht teilt, wird zum Feind erklärt. Deshalb sind von dieser Seite queere Lebensweisen ebenso bedroht wie das Recht auf Schwangerschaftsabbruch

oder eben der Sozialstaat. Um die AfD und andere rechtsextreme Kräfte zu schwächen und zurückzudrängen, bedarf es daher dringend einer antifaschistischen Wirtschafts- sowie Sozialstaats- und Infrastrukturpolitik (vgl. hierzu Mattei 2024). Der Linken kommt die zentrale Aufgabe zu, diesbezüglich Druck aufzubauen, Alternativen zur herrschenden (Austeritäts-)Politik aufzuzeigen und diese zu popularisieren. Sie hat durch ihre aktuelle innere Verfassung und ihre wiedergewonnene Rolle in der gesellschaftlichen Klassenauseinandersetzung auch wieder die Chance, diese Aufgabe erfolgreich wahrzunehmen.

ZEIT FÜR EINE EMANZIPATORISCHE KLASSENPOLITIK

Lange genug hatte die Partei diese Chance verspielt. Die vergangenen Jahre waren sowohl gesellschaftlich als auch innerparteilich von der Erzählung einer immer stärkeren Polarisierung der Gesellschaft geprägt. Eine der bekanntesten war die These von der Spaltung in Kommunitaristen und Kosmopoliten (Merkel/Zürn 2019), also kurzgefasst

»Während die Linke sich in einem unproduktiven Streit mit sich selbst befand, überließ sie die Diskurshoheit über Antidiskriminierungs-, Gleichstellungs- und Menschenrechtspolitik dem grün-liberalen Bürgertum.«

in Gewinner*innen und Verlierer *innen der modernen Globalisierung. Steffen Mau u. a. (2023) haben in ihrem Buch »Triggerpunkte« aufgezeigt, dass die Polarisierung zwar stattfindet, allerdings nicht derart weitreichend unversöhnlich, wie gemeinhin angenommen. Dennoch hat die Debatte um

die gesellschaftliche Spaltung über viele Jahre die Strategieentwicklung der Partei Die Linke bestimmt und sie schlussendlich in eine tiefe Krise gestürzt. In dieser Auseinandersetzung hat zwar die Klassenpolitik ein überraschendes Revival erlebt, allerdings wurde diese von einer meist sehr unproduktiv geführten »Wokeness«-Debatte überlagert. Wer sich mit Themen wie Klimaschutz, (Queer-)Feminismus und Antirassismus auseinandersetzt und diese in der eigenen politischen Praxis aufgriff, sah sich schnell dem Vorwurf ausgesetzt, die Interessen der Arbeiter*innenklasse nicht mehr zu vertreten und Klassenfragen durch »identitätspolitische« Fragen ersetzt zu haben. Ob das an manchen Stellen tatsächlich passiert ist, ist viel weniger interessant als der Umstand, dass sich Die Linke durch diesen Konflikt in die politische Handlungsunfähigkeit manövrierte.

Diese Auseinandersetzung mündete im Herbst 2023 schließlich in einer Rechtsabspaltung von der Linken und im Januar 2024 in der Gründung des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Man kann heute festhalten, dass bei allem Schmerz, den dieser Bruch mit sich brachte, er ein Befreiungsschlag für Die Linke war. Mit der Trennung wurde eine Erneuerung der Partei eingeläutet. Diese zeigte sich zuerst in einem Mitgliederzuwachs, der bereits nach der Abspaltung begann, der sich aber im Zuge der Bundestagswahl zu einem regelrechten Boom und Höhenflug ausweitete. Heute zählt die Partei Die Linke mit über 100 000 Mitgliedern doppelt so viele wie zum Zeitpunkt des Austritts von Sahra Wagenknecht. Während die Linke sich in einem unproduktiven Streit mit sich selbst befand, überließ sie die Diskurshoheit über

Antidiskriminierungs-, Gleichstellungs- und Menschenrechtspolitik dem grün-liberalen Bürgertum und sah zu, wie sich der aggressive Gegenpol aufseiten der Konservativen und Rechten formierte. Als eine moderne sozialistische Partei, die Oben-unten-Konflikte mit Forderungen nach Freiheits- und Bürgerrechten verbindet, fiel Die Linke über mehrere Jahre aus.

So haben die letzten Bundesregierungen zwar die Ehe für alle eingeführt, das Selbstbestimmungsgesetz reformiert und Cannabis legalisiert, aber zugleich nichts gegen die explodierenden Miet- und Lebensmittelpreise, eine marode Infrastruktur und das Problem der Arbeitsverdichtung und Arbeitsplatzunsicherheit unternommen. Während Annalena Baerbock eine feministische Außenpolitik propagierte, lieferte Deutschland weiterhin Waffen an frauenfeindliche Länder wie Saudi-Arabien oder in Krisenregionen wie den Jemen. Diese Form der klassenunabhängigen Klientelpolitik fördert Politikverdrossenheit und ist mitverantwortlich dafür, dass der Zustand der permanenten Erschöpfung zur Volkskrankheit ganzer Generationen geworden ist. All das ist Wasser auf die Mühlen der AfD, die sich den Wunsch nach »der guten alten Zeit« genauso zu eigen macht wie die Enttäuschung derjenigen, die sich von Politik nichts mehr erhoffen. Sie lenken diese Wut jedoch nicht nach oben, adressieren nicht die Herrschenden und Mächtigen in Politik und Wirtschaft, sondern treten nach unten, hetzen gegen Geflüchtete, Bürgergeldbezieher*innen und queere Lebensformen. Die AfD ist, wie Mau u. a. es nennen, ein Polarisierungsunternehmer, der darauf setzt, Konflikte in der Gesellschaft zu

befeuern und die Bevölkerung auseinanderzudividieren, allerdings nicht zwischen oben und unten, sondern zwischen unten und noch weiter unten. Das Kapital dankt und unterstützt wie im Fall von Donald Trump und seinen Tech-Milliardären mittlerweile ganz offen autoritäre Regime.

ALS SOZIALISTISCHE PARTEI GESUNDEN

Das ist auch eine mögliche nahe Zukunft für Deutschland. Deshalb ist es gerade unerlässlich, dass Die Linke ihre neue Beinfreiheit für eine emanzipatorische Klassenpolitik nutzt. In einer Situation, in der die CDU im Bundestag nicht davor zurückschreckte, gemeinsame

»Die Linke konnte mit ihrer eindeutig antifaschistischen Haltung einen Pol besetzen, den sie zuvor aufgrund ihrer eigenen uneindeutigen – oder besser vieldeutigen – Positionen freigelassen hatte.«

Sache mit der AfD zu machen, die SPD sich mehr als angeschlagen zeigt und die Grünen in die Mitte streben, konnte Die Linke mit ihrer eindeutig antifaschistischen Haltung einen Pol besetzen, den sie zuvor aufgrund ihrer eigenen uneindeutigen – oder besser vieldeutigen – Positionen freigelassen hatte. Zwar baute Die Linke im zurückliegenden Bundestagswahlkampf auf sozialpolitische Themen wie die Einführung eines bundesweiten Mietendeckels, Vermögenssteuer und Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, aber sie ließ nie einen Zweifel daran, dass sie in Fragen von Asylpolitik oder beim Recht auf sexuelle Selbstbestimmung standhaft bleiben wird. Und das haben ihr die Wähler*innen und die

vielen neuen Multiplikator*innen aus Kultur und Gewerkschaften, Wissenschaft und den sozialen Medien auch abgenommen. Man könnte sagen, Die Linke konnte durch ihre Rechtsabspaltung als sozialistische Partei wieder gesunden. Sie kann heute wieder selbstbewusst die Enteignung großer Wohnungskonzerne und einen höheren Mindestlohn fordern und gleichzeitig das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und eine gerechte Verteilung der Sorgearbeit propagieren.

Es gibt ein neues Zeitfenster für Die Linke, diese Rolle erfolgreich wahrzunehmen, und dieses muss sie auch nutzen. Denn sie kann sich nicht darauf verlassen, dass Bündnis 90/Die Grünen ihr den Platz, den sie links freigemacht haben, dauerhaft kampflos überlassen werden. Die Grünen werden im Bund erneut in die Opposition gehen. Auch wenn es gerade noch so aussieht, als würde die aktuelle Führung den Kurs von Baerbock und Habeck Richtung Mitte fortsetzen, haben sie nun die Chance, einige Entscheidungen aus der Vergangenheit, mit denen sie viele Wähler*innen enttäuscht haben, wieder gutzumachen. Wenn Die Linke also ihren Platz als Pol der Hoffnung auf ein besseres Leben für alle weiter ausbauen möchte, dann muss sie für die kommende Zeit eine Strategie entwickeln, die mehr bietet als »Brot und Butter« in Form von Mietendeckel und bezahlbaren Lebensmitteln.

LINKE POLARISIERUNGSUNTERNEHMERIN UND EINE NEUE VISION

Die Linke hat sich zu lange selbst blockiert, um eine umfassende neue Erzählung für eine heute gesamtdeutsche sozialistische Partei zu entwickeln. Weder das Schwelgen

in Erinnerungen an die Nachwendejahre, als man glaubwürdig die ostdeutschen Interessen vertrat, noch an die Zeit, als man die Anti-Agenda-2010-Opposition stellte, reichen heute noch aus. Wobei »Vertreterin von« sein und »Opposition zu« sein schon mal kein schlechter Anfang ist. Die Linke vertritt die Interessen der arbeitenden Menschen in diesem Land. Das meint alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um leben zu können, aber auch Erwerbslose und jene, die nicht (mehr) Lohnarbeiten können oder dürfen wie Asylsuchende, Rentner*innen, Mütter in Elternzeit, Arbeitsunfähige oder Kinder. Das heißt automatisch, dass Die Linke auch in Opposition zu den herrschenden Verhältnissen steht, in denen Mensch und Natur von Wenigen ausgebeutet werden. Marx beschrieb als erstes Ausbeutungsverhältnis im Kapitalismus das der Frau (und der Kinder) in der Familie durch den Mann bzw. Vater.³ Nun können wir von Glück reden, dass die feministischen und queer-feministischen Bewegungen seit über 100 Jahren an diesem ersten Ausbeutungsverhältnis gerüttelt und viele Rechte für Frauen und queere Menschen erkämpft haben. Doch sie stehen heute erneut unter Beschuss durch die AfD, flankiert von CDU/CSU, während zu befürchten ist, dass die SPD den neuen Regierungskurs zum Abbau des Sozialstaats mittragen wird.

Strategie der Linken in dieser Situation muss es sein, überzeugend klarzustellen, dass der Wunsch nach materieller Sicherheit nur eingelöst werden kann, wenn wir grundlegende Veränderungen ermöglichen. Das fängt bei so unmittelbaren Reformen wie der Abschaffung der Schuldenbremse an, um langfristig das Funktionieren einer öffentli-

chen Infrastruktur finanzieren zu können. Und das hört bei einer Vision von Gesellschaft auf, in der alle Menschen die gleichen Rechte haben und gleiche Chancen auf ein gutes Leben, in der Zeitressourcen gerecht verteilt sind und in der grundlegende Infrastrukturen, die für das Gemeinwohl benötigt werden, uns allen gehören und demokratisch organisiert werden. Wer eine solche Vision entwirft und als Gegenentwurf zu einer faschistischen und damit menschenfeindlichen und egozentrischen Tyrannei vertritt, der wird schnell zu dem Schluss kommen: Es darf in einer sozialistischen Partei niemals mehr in Zweifel gezogen werden, dass Freiheitsrechte und soziale Rechte ineinander verschränkt sind und ohne einander nicht auskommen.

So eine Vision erzeugt Reibung in einer Zeit, in der Menschen eben doch von vielen Triggerpunkten gereizt werden. Die Linke hat deshalb auch nicht die Aufgabe, unnötige Trigger in ihrer Erzählung und ihrer Ansprache zu vermeiden, sondern auf das Verbindende zu orientieren. Sie hat die Aufgabe, die Arbeiterklasse eben nicht wie die rechten Polarisierungsunternehmer*innen zu spalten, sondern als linke Polarisierungsunternehmer den Oben-unten-Konflikt in den Mittelpunkt zu stellen. Dabei geht es aber nicht nur darum, ob ich am Ende des Monats mehr Geld in der Tasche habe, sondern auch darum, ob ich das Recht habe, an Wahlen teilzunehmen oder eine ungewollte Schwangerschaft zu beenden. Es geht darum, Arbeit und Gesellschaft so umzuorganisieren, dass eine alleinerziehende Mutter nicht in Armut leben muss, sondern bei Wunsch einer Lohnarbeit nachgehen kann, während ihr Kind in einer

Kita gut versorgt ist – weil wir unsere soziale Infrastruktur nicht einfach opfern, um die Rüstungsindustrie weiter zu stärken.

Für so eine Erzählung brauchen wir Erfinder*innen, Auskenner*innen und Multiplikator*innen. Antonio Gramsci nannte dies organische Intellektuelle. Die Linke hat in den letzten Jahren viele dieser Intellektuellen verloren. Sie hat jetzt die Chance, neue zu finden und alte wieder von sich zu überzeugen. Nie standen die Chancen dafür besser als jetzt.

LITERATUR

- Marx, Karl/Engels, Friedrich, 1978: Die deutsche Ideologie (1845/46), in: MEW 3, Berlin
- Mattei, Clara, 2024: Austerität als Wegbereiter des Faschismus, in: LuXemburg 2/2024, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/austeritaet-als-wegbereiter-des-faschismus>
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westhäuser, Linus, 2023: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin
- Merkel, Wolfgang/Zürn, Michael, 2019: Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie, in: Nida-Rümelin, Julian u. a. (Hg.): Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung, Berlin/Boston, 67–102
- Wischnewski, Alex, 2018: Wer ist hier »Krisengewinner«? Auswirkungen von neoliberalen Staatsumbau und politischem Rechtsruck auf das Leben von Frauen in Deutschland, www.rosalux.de/fileadmin/images/publikationen/Studien/Austerity-feminism/FEMINIST_GER_de.pdf
- Zimmermann, Astrid, 2025: Sozialkürzungen sind ein stiller Angriff gegen Frauen, in: Jacobin, 8.3.2025, <https://jacobin.de/artikel/sozialkuerzungen-frauentag-sorgearbeit-care-gap-pay-gap>

1 Vgl. www.deutschlandfunk.de/merz-will-ueberborden-de-sozialausgaben-auf-den-pruefstand-stellen-102.html

2 Vgl. www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/sondierungen-reaktionen-oekonomen-kommunen-100.html

3 »Ungleiche, sowohl quantitative wie qualitative Verteilung der Arbeit und ihrer Produkte [...], also das Eigentum, das in der Familie, wo die Frau und die Kinder die Sklaven des Mannes sind, schon seinen Keim, seine erste Form hat. Die freilich noch sehr rohe, latente Sklaverei in der Familie ist das erste Eigentum, das übrigens hier schon vollkommen der Definition der modernen Ökonomen entspricht, nach der es die Verfügung über fremde Arbeitskraft ist.« (Marx/Engels 1978, 32)

SOLIDARITÄT ORGANISIEREN UND DAS GLEICHHEITSVERSPRECHEN EINLÖSEN!

MIGRATIONSPOLITIK ALS KLASSENPOLITIK DER VIELEN

CEREN TÜRKMEN



Migrationsabwehr und Law-and-Order-Politik werden zum Kern des autoritären Umbaus. Wie kann ein progressives antifaschistisches Gegenprojekt aussehen?

Gefährliche Zeiten sind angebrochen. Nicht nur an den Außengrenzen Europas, sondern im gesamten »Westen« schreitet der Abbau demokratischer und sozialer Errungenschaften voran. Auch in Deutschland stehen wir vor einer autoritären Wende. Teile der Union nehmen eine fortschreitende Faschisierung in Kauf. Wie aber kann ein progressives Gegenprojekt aussehen, das eine Migrations- und Klassenpolitik der Vielen mit einer erfolgreichen antifaschistischen Mobilisierung verbindet? Der überraschende Wahlerfolg der Linkspartei bietet hierfür Anknüpfungspunkte. In ihm scheinen ein politisches Begehren und Erwartungen an die Linke auf, die nicht enttäuscht werden sollten. Vor allem die Selbstorganisationen von Geflüchteten und Migrant*innen sowie alle anderen, die am demokratischen Teilhabeversprechen festhal-

ten, suchen nach Schulterschlüssen sowie der Organisation belastbarer Solidarität.

MIGRATIONSABWEHR ALS KERN DES AUTORITÄREN UMBaus

Am 29. Januar 2025 versammelten sich nach der Abstimmung über den sogenannten Fünf-Punkte-Plan der Union vor dem Konrad-Adenauer-Haus in Berlin und in vielen weiteren Städten Demonstrant*innen aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie protestierten gegen den politischen »Dammbruch« von Merz & Co., der darin bestand, aus Wahlkampf kalkül mit den Stimmen der AfD einen Entschließungsantrag zur Verschärfung des Asyl- und Aufenthaltsrechts durchs Parlament zu peitschen. Die Union fordert schon länger eine neue Härte in der Migrationspolitik, die im Innern und an den Außengrenzen zu

noch mehr offener Gewaltanwendung gegen Schutzsuchende und gegen hier lebende Migrant*innen führen wird. Bereits 2024 hatten Bundesbehörden und unabhängige Monitoring-Stellen mit 1 143 rechtsextremen Gewalttaten einen Rekordwert registriert.¹ Zwar haben es Forderungen wie Asylverfahren nur noch in Drittstaaten außerhalb der EU durchzuführen nicht in den Koalitionsvertrag geschafft, dafür aber Zurückweisungen an den deutschen Grenzen, beschränkter Rechtsschutz für Asylsuchende, erweiterte Rückführungen, leichtere Inhaftierungen, die Abschaffung von Landesaufnahmeprogrammen, die Aussetzung der Familienzusammenführung oder Abschreckungsmaßnahmen wie die Bezahlkarte.

Damit wurde der »autoritäre Kippunkt« in der Migrations- und Asylpolitik (vgl. Mullis u. a. 2023) überschritten: Migrationsabwehr und eine entsprechende Law-and-Order-Politik werden zum Kern des autoritären Umbaus von Staat, Politik und Gesellschaft. Dazu gehört, dass Menschen- und Bürgerrechte sowie EU-Recht als Grundlagen der Migrations- und Asylpolitik zunehmend offen infrage gestellt werden und immer öfter gegen sie verstoßen wird. Das folgt der Logik, demokratische

CEREN TÜRKMEN ist Sozial- und Politikwissenschaftlerin und antirassistische Menschenrechtsaktivistin.

Grundsätze in der Migrationspolitik als untragbare demokratische Zumutungen darzustellen, um weiterhin Rechtsabbau vorantreiben zu können. Migrationsabwehr und Rassismus sind in diesem autoritären Projekt nicht nur ein »Nebenwiderspruch«, sondern zentraler Hebel (vgl. Perinelli 2025; Becker 2024). Rechten und Konservativen ist es gelungen, Ängste und materielle Nöte in der Bevölkerung, die zum großen Teil Ergebnisse von neoliberaler Wirtschafts- und Krisenpolitik sind, in einem verbindenden autoritären Narrativ aufzugreifen und gegen das Projekt einer demokratischen und solidarisches (Migrations-)Gesellschaft in Stellung zu bringen (vgl. Demirović 2018). Sie verschieben damit das Terrain für die politische Bearbeitung von Unsicherheits- und Prekariisierungserfahrungen und setzen gezielt auf Spaltung und Entsolidarisierung. So wird aus dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum das Narrativ »Wir haben keinen Platz!« bzw. die

Kommunen seien überfordert. Nicht die verfehlte Wohnungspolitik wird für den Mangel verantwortlich gemacht, sondern vulnerable Gruppen, die aufgrund von Diskriminierung ohnehin keinen gleichberechtigten Zugang zu Wohnraum haben. Die Erzählung von der »überforderten« Gesellschaft trägt zudem zu einer Ethnisierung sozialer Probleme bei, die tatsächlich dringend einer Antwort bedürfen. Hinzu kommt das wirkmächtige Narrativ der »Migration als Sicherheitsbedrohung«, das inzwischen selbst von Teilen der Grünen aufgegriffen wird.

VORAUSEILENDER GEHORSAM

Zusammen mit FDP und SPD haben die Grünen Flüchtlings- und Diskriminierungsschutz zugunsten einer Law-and-Order-Politik über Bord ihres sinkenden Schiffes, dem scheiternden liberal-grünen Modernisierungsprojekt, geworfen. Nur wenige Wochen nach der Correctiv-Veröffentlichung zu den völkischen Abschiebeplänen der AfD Anfang 2024 wurden auf EU-Ebene massive migrationspolitische Verschärfungen, die sogenannte Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), beschlossen. Zuvor hatte der Bundestag im Januar 2024 das »Rückführungsverbesserungsgesetz« verabschiedet, das mehr Abschiebungen von Ausreisepflichtigen und Menschen ohne Bleiberecht, die Ausweitung des Ausreisegewahrsams und erweiterte Durchsuchungsmöglichkeiten der Polizei zum Zweck der Abschiebung zum Ziel hat. Auch dieses Gesetz ist ein weiterer Schritt in Richtung Kriminalisierung von Schutzsuchenden. Dieser Politikwechsel erfolgte kurz vor den Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen – wohl

auch in der Hoffnung aufseiten der damaligen Regierungsparteien, damit bei potenziellen AfD-Wähler*innen zu punkten.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen und der letzten Bundestagswahl zeigen jedoch, dass der Rechtsruck nicht durch eine Annäherung an rechte Inhalte und Politik verhindert werden kann. Weder für die SPD noch für Bündnis 90/Die Grünen ist die Strategie, bei der Asyl- und Migrationspolitik in Richtung konservativer Block zu rücken und damit Stimmen zu gewinnen, aufgegangen. Die Sozialdemokraten hatten argumentiert, sie verfolgten und verwirklichten de facto bereits Merz' »Fünf-Punkte-Plan« – nur völkerrechtlich abgesichert. Auch der ehemalige grüne Wirtschaftsminister Habeck hatte noch kurz vor der Bundestagswahl mit einem ähnlich restriktiven migrationspolitischen »Zehn-Punkte-Plan« versucht, sich der Union anzubiedern und als potenzieller Koalitionspartner zu empfehlen sowie Wähler*innen für sich zu mobilisieren, die einst Merkel wählten. All das geschah in den Ampelparteien in vauseilendem Gehorsam auf Druck von CDU/CSU und AfD hin.

BLOCKIERTE TRANSFORMATION

Damit vollzogen bis auf Die Linke alle im Parlament vertretenen Parteien einen deutlichen Rechtsruck und verabschiedeten sich wie Bündnis 90/Die Grünen von ihrem früheren Anspruch, eine verlässliche Stimme für Bürger- und Menschenrechte zu sein. Ein Ende fand damit auch eine neue Phase im migrationspolitischen Bewegungszyklus, die mit viel Hoffnung einhergegangen war. Migrantische und antirassistische Akteur*innen sind in Deutschland seit der Nachkriegszeit Teil emanzipatorischer, progressiver und klassenpolitischer Kämpfe

(vgl. z. B. Öztürk u. a. 2025). Trotz der langen Geschichte des gewaltförmigen europäischen Grenzregimes und rassistischer Exklusion und Diskriminierung in den westlichen Migrationsgesellschaften setzte eine seriöse Auseinandersetzung in der Regierung erst in den 2020er Jahren ein. Migration wurde zunehmend als Politikfeld erkannt, auf dem sich die Widersprüche neoliberaler Restrukturierungen, rassifizierter Ausschlussmechanismen und neuer Kämpfe um soziale Gerechtigkeit verdichten. Hinzu kamen neue Organisationsansätze und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen nach den rechtsterroristischen Anschlägen des NSU, nach Hanau, Halle und den vielen eklatanten Fällen von Polizeigewalt, der lange Sommer der Migration, die Willkommensbewegung, Black Lives Matter, aber auch erfolgreiche Mieter*innenproteste Anfang der 2010er Jahre, an denen von Gentrifizierung und Verdrängung bedrohte Migrant*innen maßgeblich beteiligt waren (vgl. Hamann/Türkmen 2020). Diese Kämpfe trugen zu einer Situation bei, in der breite Debatten über institutionellen und strukturellen Rassismus und fehlende politische Partizipationsmöglichkeiten stattfanden. Der Migrant Pay Gap rückte neben dem Gender Pay Gap auf die politische Agenda. All die politischen Bemühungen dieser Zeit setzten auf das universelle Gleichheitsversprechen sowie auf die Umsetzung universeller Geltung von Bürger- und Menschenrechten. Am Ende der Regierungszeit der Ampelkoalition zeigte sich jedoch, dass sämtliche Erwartungen an eine progressivere Migrations- und Gesellschaftspolitik bitterlich enttäuscht worden waren. Während damals aber Kämpfe um die Demokratisierung der Demokratie stattfanden, wird heute Demokratieabbau entfesselt.

ANTIFASCHISTISCHES MOSAIK: DEMOKRATIE VERTEIDIGEN, SOLIDARITÄT ORGANISIEREN

Es sind die vulnerablen Gruppen in dieser Gesellschaft, die die zerstörerischen Kräfte und Auswirkungen des gegenwärtigen rechtsautoritären Umbaus als Erstes am eigenen Leib zu spüren bekommen. Doch die zentralen Fragen bleiben für alle ähnlich: In welcher Gesellschaft werden wir künftig leben? Wie sicher sind demokratische Rechte noch und für wen? Jetzt gilt es, genau hinzusehen: Wo eröffnen sich neue Räume für Widerstand, für solidarische Praxis, für Kämpfe, die über das Bestehende hinausweisen?

Der Wahlerfolg der Linkspartei im Februar war zugleich ein Erfolg der gesellschaftlichen Linken, die die Dynamik einer zunehmenden Faschisierung erkannt und versucht hat, die Stimmung in den letzten Wochen des Wahlkampfes mit ihren breiten Protesten auf der Straße umzukehren. Hieraus ergibt sich auch ein Auftrag an die Partei und eine Handlungsoption für die Mosaik-Linke. Lange Zeit war die Linkspartei mit dem richtigen Schwerpunkt ihres Wahlkampfes auf soziale Fragen, mit ihren konkreten Hilfsangeboten und mit ihrer Oben-unten-Rhetorik wenig erfolgreich. In Wahlumfragen lag sie über Monate lediglich zwischen drei und vier Prozent. Erst nach dem »Dammbruch« im Bundestag im Januar, der eine Polarisierung der deutschen Parteienlandschaft mit sich brachte, gelang es ihr mit ihrer klar antifaschistischen und antirassistischen Haltung, einen Stimmungswechsel herbeizuführen und einem »sozialen Antifaschismus« gesellschafts- und wahlpolitisch zur Geltung zu verhelfen (vgl. Sunkara 2024). Mit Étienne Balibar (2024) gesprochen:

»Vom Klassenkampf zur Überschneidung der Bewegungen.« Damit eröffnete sich die Chance für die »neue Linkspartei«, aus einer moralischen Haltung heraus zu einer verbindenden politischen Zukunftsvision und Praxis zu kommen, ohne zu einer Partei des liberalen Multikulturalismus zu werden. Die »alte Linkspartei« litt unter der Trennung zwischen »Klassenpolitik« als traditionellem politischen Feld und »emanzipativer Politik« der sozialen Bewegungen, an der Forcierung von Partikularität und Fragmentierung. Ein Blick in die Geschichte und zurückliegende Kämpfe zeigt hingegen, dass die »Klasse« noch nie nur politisch ausschließlich mit arbeitspolitischen und betrieblichen Forderungen und Anliegen adressiert und mobilisiert werden konnte, sondern schon immer auch eine »Klasse der Vielen« war, viele Widersprüche in sich trug, viele Kämpfe austrug, die auch über die Betriebe hinausgingen. Und dass Teile dieser Klasse immer auch schon queer-feministische, klimapolitische und antirassistische Positionen vertraten. »Soziale Gleichheit« und »Demokratie« dürfen nicht durch eine Art »linken Nationalismus« verengt werden. Sie müssen als universelle Rechte bedingungslos für alle gelten und politische Instrumente dieses Rechts umzusetzen versuchen. Ohne die BSW-Fraktion in der Partei kann dies nun glaubwürdig vertreten werden. Hierin liegt die Aufgabe der neuen Linkspartei.

Eine »Klassenpolitik der Vielen« als antifaschistisches Gegenprojekt bedarf eines Versprechens von Gleichheit und Citizenship für alle. Diese Stoßrichtung muss Kern einer progressiven Migrationspolitik bleiben. Öffentliche Infrastrukturen und Güter wie »Gesundheit, Bildung, Wohnen, Verkehr,

Energie [müssen] allen frei und gleich zugänglich sein, die hier sind. Das ist die elementare Grundlage der Demokratie« (ISM 2021; vgl. auch Bojadžijev u. a. 2025). Deshalb brauchen wir, um der Fragmentierung der Linken etwas entgegenzusetzen, darüber hinaus auch eine neue Repräsentations- und Organisationspolitik. Warum muss man in migrantischen Selbstorganisationen nur über Migrations- und Antidiskriminierungspolitik sprechen und warum nicht gezielt auch über die Vergesellschaftung der Wohnungsbestände von großen Immobilienkonzernen wie Vonovia? Ebenso gilt es die Rechte derjenigen, die an den Außengrenzen der EU in Bewegung sind, zu verteidigen: das Recht auf Hilfe, Schutz und sichere Fluchtwege. Dafür müssen die Ankommens- und Aufnahmeprogramme in den Kommunen gestärkt werden. Wenn die Politik auf Bundesebene nach rechts rückt, gilt es umso mehr, »sichere Häfen« und Bündnisse in den Kommunen zu stärken. Manche progressiven Transformationsprojekte werden auch schon vor Ort eingeübt, verhandelt und gelebt.² Es bedarf auch eines Umdenkens in antirassistischen und migrantischen Gruppen und Bewegungen, um neue Handlungsmacht aufzubauen. Partikularistische Forderungen und Kämpfe sind in Zeiten des autoritären Staats- und Gesellschaftsumbaus mehr denn je zum Scheitern verurteilt. Für die Akteur*innen der Mosaik-Linken und für migrationspolitische Auseinandersetzungen bedeutet dies, den Mut aufzubringen sich einzugestehen, dass ein »Weiter so« angesichts der neuen Situation wenig erfolgsversprechend ist, dass nur auf die eigene Situation oder die eigenen »Communities« fokussierte Kämpfe aussichtslos sind. Damit soll nicht eine Stimmung der

Ausweg- oder Hoffnungslosigkeit verbreitet werden, aber Hoffnung will auch organisiert, nicht nur versprochen werden. Bewegungen können über sich selbst hinauswachsen. Dafür bedarf es Geduld, Auseinandersetzung und Begegnungen, um gemeinsam darüber nachzudenken, was Errungenschaften, aber auch Grenzen des letzten Bewegungszyklus antirassistischer Kämpfe waren. Aber auch die Zeiten des Wünsch dir was, in denen immer wieder eher abstrakt und folgenlos zur Verbindung von Kämpfen aufgerufen wurde, scheinen vorbei zu sein. Ein neuer Bewegungszyklus braucht eine Analyse der gesellschaftlichen multiplen Krisen, zudem eine selbstkritische Verständigung über sich selbst und ein neues strategisches Bündnis, in dem die Verteidigung von sozialen und politischen Bürger- und Menschenrechten im Vordergrund steht – während zugleich darüber hinausweisende Perspektiven entwickelt werden müssen. Denn offensichtlich ist doch, dass mit dem autoritären Umbau die liberal-demokratische Gesellschaft zerstört und die dringend benötigte sozial-ökologische Transformation verhindert werden soll.

Es braucht ein antifaschistisches Bündnis der Vielen, in dem man nicht verschmilzt, sondern sich gegenseitig bestärken kann, und doch nicht zu einem Add-on von diversen Ungleichheitsverhältnissen wird. Es wird Akteur*innen geben, die mitgehen, andere, die sich dem Bündnis nicht anschließen werden. Es zählen die, die dafür eintreten, dass progressive Migrationspolitik nicht als Verlierer- oder Triggerthema abgewertet wird. Es gilt, sich in einer Zeit der Monster hinter die vielen bedrohten Menschen, Gruppen und Bewegungen zu stellen und den universellen Kampf

für Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte aufzunehmen. In diesem Kampf ist auch Platz für feministische und queere Anliegen und Forderungen nach Gleichberechtigung. Eine antifaschistische Mosaik-Linke steht für eine verbindende Politik, mit dem Ziel, aus der gegenwärtigen antifaschistischen Defensive heraus wirkungsvoll für ein solidarisches Zusammenleben zu streiten. Wir haben viel zu gewinnen und auch noch vieles zu verlieren.

LITERATUR

- Balibar, Étienne, 2024: Volksfront oder Kartell der Linken? Das kommende »Volk«, in: neues deutschland, 30.6.2024
- Bojadžijev, Manuela u. a. 2025: Migration und Demokratie, in: die tageszeitung, 12.2.2025
- Demirović, Alex, 2018: Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie, PROKLA 190, 27–42
- Hamann, Ulrike/Türkmen, Ceren 2020: Communities of Struggle: The Making of a Protest Movement around Housing, Migration and Racism beyond Identity Politics in Berlin, in: Territory, Politics, Governance 4/2020, 515–531
- ISM – Institut Solidarische Moderne, 2021: Wir brauchen einen neuen ökologischen und solidaren Gesellschaftsvertrag, 19.7.2021
- Mullis, Daniel u. a., 2023: Am autoritären Kipppunkt. Gefahr antidemokratischer Tendenzen, in: die tageszeitung, 16.6.2023
- Öztürk, Nihat u. a., 2025: »Der Streik hat mir geholfen, als junger Mensch Kraft aufzubauen.« Migrantische Kämpfe gegen Ausbeutung und Rassismus, Berlin
- Perinelli, Massimo, 2025: Nach der Wahl: Solidarität in der autoritären Wende, in: Geschichte der Gegenwart, 2.3.2025, <https://geschichtedergegenwart.ch/nach-der-wahl-solidaritaet-in-der-autoritaeren-wende/>
- Sunkara, Bhaskar, 2025: So geht antifaschistische Wirtschaftspolitik. Interview mit Isabella Weber in: Jacobin, 18.11.2024

¹ Vgl. <https://taz.de/Rekord-rechtsextremer-Straftaaten/!6069380/>

² Ein Beispiel hierfür kommt aus Berlin. In der Legislaturperiode 2016 bis 2021 hat die von der Linkspartei geleitete Senatsverwaltung für Soziales ein Konzept für die Integration und Partizipation Geflüchteter vorgelegt. Damit stellte sich die Berliner Politik explizit gegen den Bundestrend und die damalige Einführung von Anker- und Transit-Zentren und betonte humanitäre Gesichtspunkte, um die Inklusion von Geflüchteten in Berlin zu befördern (vgl. www.berlin.de/lb/intmig/flucht-und-ankommen/strategien/).



GEGENMACHT IM GEGENWIND
6. KONFERENZ GEWERKSCHAFTLICHE ERNEUERUNG,
2. BIS 4. MAI IN BERLIN

Die erste größere Gewerkschaftskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung fand im März 2013 in Stuttgart unter dem Motto »Erneuerung durch Streik« statt. Seitdem gab es fünf weitere solcher »Streikkonferenzen«; die letzte Anfang Mai 2025 an der Technischen Universität Berlin verzeichnete einen neuen Besucherrekord. Unter dem Motto »Gegenmacht im Gegenwind« berieten an drei Tagen mehr als 3000 Gewerkschafter*innen sowie politische und studentische Aktivist*innen darüber, wie mit den großen gewerkschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart umzugehen ist: dem deutlichen Rechtsruck in den Betrieben, der unsicheren Zukunft durch die Transformation der Industrie und den Auswirkungen des bevorstehenden Sozialabbaus. Die Konferenz war mit ihren über 80 Veranstaltungen – viele davon praxisnahe Workshops, in denen sich die Teilnehmer*innen zu aktuellen Arbeitskämpfen sowie Strategien austauschen konnten – ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie groß in diesen schwierigen Zeiten die Nachfrage nach politischer Diskussion und Orientierung auch in der Gewerkschaftsbewegung ist. Viele der Teilnehmer*innen gaben an, die Konferenz habe sie in ihrer Überzeugung gestärkt, gerade angesichts des sich ausbreitenden Rechtsextremismus weiterhin für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Solidarität und ein gutes Leben für alle zu kämpfen.

Dokumentation: www.rosalux.de/dokumentation/id/53452/

DIE MILLIARDEN-LOBBY: WER UNS VON ÖL UND GAS ABHÄNGIG MACHT
BUCHPREMIERE MIT ANNIKA JOERES UND SUSANNE GÖTZE, 26. MAI 2025 IN BERLIN

Deutschland ist abhängig vom Öl und Gas anderer Staaten. Ohne dies blieben bei uns im Winter viele Heizungen kalt, Autos ständen still und viele Produkte wären nicht verfügbar. Die Importe fossiler Brennstoffe befeuern jedoch nicht nur die Klimakrise, sie zwingen Deutschland außerdem zu Geschäften mit autoritären Staaten,

machen politisch erpressbar und schaffen damit eine gefährliche Abhängigkeit in ohnehin unsicheren Zeiten. Konflikte und Sabotageakte bedrohen den Welthandel, der durch US-Zölle ausgelöste Handelskrieg erschüttert die Weltwirtschaft. Annika Joeres und Susanne Götze stellten im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Linksbündig« ihr im Mai 2025 im Piper Verlag erschienenen Buch »Die Milliarden-Lobby« vor, das den politischen und wirtschaftlichen Interessen und Akteuren nachgeht, die derzeit die dringend benötigte Energiewende blockieren. Dabei interessierte das zahlreich erschienene Publikum vor allem eine Frage: Wie lässt sich verhindern, dass sich Wenige maximale Profite sichern, während die Allgemeinheit einen hohen Preis dafür zahlt?

Dokumentation: www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/UDEFA

GESELLSCHAFTLICHE VOLKSFRONT VON UNTEN?
VORTRAG VON ÉTIENNE BALIBAR, 6. JUNI IN BERLIN
BZW. ONLINE

Anfang Juni bot eine gemeinsame Veranstaltung des Instituts Solidarische Moderne und der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Chance, mit Étienne Balibar über die französischen Nouveau Front populaire (Neue Volksfront) und die Voraussetzungen für erfolgreiche antifaschistische Bündnisse auch hier in Deutschland zu sprechen. Da der berühmte französische Philosoph und Marxist inzwischen weit über 80 Jahre alt ist und beschwerliche Reisen meidet, wurde sein Vortrag aus seiner Heimatstadt Paris übertragen und konnte live im Mathilde-Jacob-Saal des Stiftungsgebäudes in Berlin und per Zoom verfolgt werden. Balibar hat von Anfang an die Bildung der französischen Nouveau Front populaire unterstützt und kritisch begleitet. Auch wenn das links-grüne Parteienbündnis inzwischen blockiert und teils auseinandergebrochen ist: Bei den letzten vorgezogenen Parlamentswahlen 2024 ist es ihm gelungen, Mehrheiten zu gewinnen und damit den befürchteten Sieg der Rechtsextremen zu verhindern. Damit dient es als Vorbild für viele linke Parteien und Bewegungen weltweit. In der Diskussion wurden etliche Unterschiede zwischen der Lage in Frankreich und Deutschland deutlich. Für die Linke, so Balibar, ist es jedoch hier wie dort an der Zeit, die Macht des Gemeinsamen zu betonen und gegen die Angst der Einzelnen vor dem sozialen Abstieg vorzugehen, aus der sich der Rechtstrend nährt.



DEN FRIEDEN GEWINNEN, NICHT DEN KRIEG
DRITTE GEWERKSCHAFTSKONFERENZ
FÜR DEN FRIEDEN, 11. BIS 12. JULI IN SALZGITTER

Zusammen mit der IG Metall Salzgitter-Peine lädt die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einer zweitägigen »Friedenskonferenz« nach Norddeutschland ein, um an gewerkschaftliche Debatten zur Bedeutung der sogenannten Zeitenwende für die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen anzuknüpfen. Vor dem Hintergrund einer neuen geopolitischen und innenpolitischen Lage werden sich die Teilnehmer*innen sowohl mit Verschiebungen der globalen Machtverhältnisse als auch mit den konkreten Auswirkungen von Militarisierung und Aufrüstung auf Konjunktur, Arbeitsmarkt und Sozialstaat, darunter das Gesundheits- und Bildungswesen in Deutschland beschäftigen. Ausgangsüberlegung der Organisator*innen ist: Gesellschaftliche Umverteilung, der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und der Umbau der Industrie sind auf eine friedensstiftende Außenpolitik angewiesen. Je mehr sich verteilungs- und außenpolitische Fragen ineinander verschränken, desto stärker müssen die Gewerkschaften ihre Rolle als Friedensorganisationen ausfüllen und dem Gerede von der Kriegstüchtigkeit eine Sprache der Friedenslogik entgegensetzen.

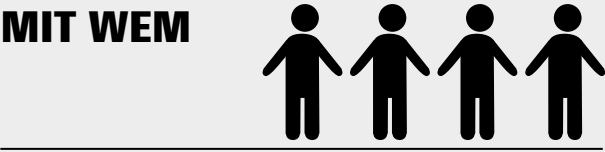
Weitere Infos: www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/JHXGV/

»REBELLISCHES WENDLAND« – GORLEBEN, WINDKRAFT UND WILLKOMMENSKULTUR
BILDUNGSREISE MIT FAHRRAD UND BUS
DURCHS WENDLAND, 8. BIS 12. SEPTEMBER

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist in allen 16 Bundesländern mit Landesbüros vertreten. Die Landesstiftungen organisieren eigenständig ein vielfältiges Bildungsangebot, darunter regelmäßig auch Ausflüge und Kurzreisen, die vielerorts als gesetzlicher Bildungsurlaub anerkannt sind. Für September bieten die beiden Landesstiftungen Hamburg und Niedersachsen gemeinsam eine spannende Tour durch das rebellische Wendland an. Der Tourleiter ist Wolfgang Ehmke, Buchautor, langjähriger

Anti-AKW-Aktivist und Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. Mit der Parole »Gorleben soll leben« wurde sehr früh ein Impuls gegeben, auf Atomkraft zu verzichten und auf erneuerbare Energien zu setzen. Dieses Umdenken fand seinen Niederschlag in einer großen Dichte von Biobetrieben und Projekten solidarischer Landwirtschaft. Anders leben und arbeiten gilt auch im Umgang mit Geflüchteten. Der fünftägige Bildungsurlaub gibt einen Einblick in eine Region, in der so vieles anders ist als anderswo. Der Ausgangsort ist Tüschau.

Weitere Infos und Anmeldung: www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/IYZDJ/



WAS IST ÖKOMARXISMUS UND WOZU BRAUCHEN WIR IHN?
WERKSTATTGESPRÄCH MIT JAN REHMANN,
2. JULI IN BERLIN

Für manche Klimaaktivist*innen ist Marx ein »toter Hund« und der Marxismus ein überholtes Modell: fortschrittsgläubig, produktivistisch, antiökologisch. Aber in Wirklichkeit hat Marx nicht nur gegen jede Entgegensetzung von Mensch und Natur die Einheit von »Naturalismus« und »Humanismus« betont, sondern auch mit erstaunlicher Klarheit die kapitalistische Naturzerstörung als einen »unheilbaren Riss« im Stoffwechsel kritisiert. Worin liegt die Bedeutung von Marx' Schriften für die heutigen Kämpfe für eine sozialökologische Transformation? Und welche ökomarxistischen Weiterentwicklungen und Kontroversen gibt es? Das Berliner Institut für kritische Theorie (InkriT) und die Rosa-Luxemburg-Stiftung laden zu einer Werkstatt-diskussion ein, in der Jan Rehmann, Gastprofessor für Kritische Theorie und Sozialanalyse am Union Theological Seminary in the City of New York, seinen Entwurf für das Stichwort Ökomarxismus vorstellen wird, das im Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus (HKWM) erscheinen soll. Markus Wissen (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin) und Julia Eggenhoff (Universität Oldenburg) werden kommentieren. Die Veranstaltung findet in der Eva-Mamlok-Bibliothek der

Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Straße der Pariser Kommune 8A in Berlin statt. Beginn ist 18.30 Uhr, um Anmeldung wird gebeten.

Anmeldung: veranstaltungen@inkrit.org

**IM WIDERSTAND GEGEN RECHTS, GESTERN UND HEUTE
KOLLOQUIUM ZU EHREN VON DIETRICH BONHOEFFER,
4. APRIL IN BERLIN**

Die Rechte in Deutschland gewinnt an Stärke. Und nicht nur hier versteht sie sich im Widerstand gegen einen »links-grün versifften« Zeitgeist. Der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer kämpfte gegen das NS-Regime. Man müsse »dem Rad in die Speichen fallen«, sagte er. Heute wird dieses Zitat von der Neuen Rechten benutzt, um ein Recht auf Widerstand gegen einen angeblich linken Zeitgeist zu beanspruchen. Bonhoeffer war jahrzehntelang ein Vorbild für linke, progressive und liberale Kreise. Bis heute spielt er für die Bürgerrechtsbewegung eine bedeutende Rolle, für jene, die sich für soziale Gerechtigkeit und in der Friedensbewegung engagieren. Zum 80. Jahrestag seiner Ermordung hat der Gesprächskreis Weltanschaulicher Dialog der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einem Kolloquium dem Vermächtnis Dietrich Bonhoeffers gedacht und gefragt: Was heißt Widerstand heute in Zeiten eines globalen Rechtsrucks? Das Kolloquium fand in Kooperation mit der Hellen Panke statt.

Dokumentation: www.rosalux.de/dokumentation/id/53449/

**»HEIMWEH«
FOTOAUSSTELLUNG VON STUDIERENDEN DER OST-
KREUZSCHULE, MAI BIS NOVEMBER IN BERLIN**

Wohnen betrifft uns alle. Es ist ein universelles Grundbedürfnis – zutiefst persönlich und gleichzeitig Spiegel gesellschaftlicher Veränderungen. In den letzten Jahren hat sich die Situation für viele Menschen dramatisch verschärft, Wohnen ist zu einem Brennpunkt gesellschaftlicher Spannungen geworden. Nicht nur in städtischen Räumen steigen die Mieten. Wohnraum wird zum Luxusgut, zum Spielball von Spekulationen, zu einem Problem, das die Menschen in ihrer Handlungsfähigkeit spürbar einschränkt. Die Ausstellung »heimweh« lädt dazu ein, sich mit den vielschichtigen Perspektiven, Themen und emotionalen wie sozialen Dimensionen rund um das Wohnen zu beschäftigen.



Aus der Serie »Ein Raum für mich allein«,
Foto: © Leah Haug/Ostkreuzschule

Mit ihren fotografischen Arbeiten beleuchten Studierende der Ostkreuzschule für Fotografie private und öffentliche Räume. Sie zeigen verschiedene Aspekte von Architektur, Gemeinschaft, Ausgrenzung, Zugehörigkeit und Resilienz. Die Ostkreuzschule gehört zu den wichtigsten Ausbildungsstätten für Fotografie in Deutschland. Die Ausstellung ist noch bis zum 14. November im Foyer der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin zu sehen. Der Eintritt ist frei.

Weitere Infos: https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/39YMN/heimweh

WER SCHREIBT



**»JENSEITS DER AUFREGUNG«. MYTHEN UND
FAKTEN ZU FLUCHT UND MIGRATION
NEUES ARGUMENTE-HEFT ERSCHIENEN**

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Nach jahrzehntelanger Realitätsverweigerung wurde diese Tatsache 2001 offiziell anerkannt. Doch heute scheint dies wieder vergessen. Migration ist das große

Reizthema unserer Zeit. Kein Tag vergeht ohne neue schrille Rufe nach Abschottung, Abschreckung oder Abschiebung. Oft wird argumentiert, unser Sozialstaat könne sich so viel Migration nicht leisten, »die Ausländer« nähmen »uns« die Wohnungen weg, die Kommunen seien an der Belastungsgrenze und die öffentliche Sicherheit könne nicht mehr garantiert werden. Die Bekämpfung der Fluchtmigration erscheint dann als vermeintlich vernünftige Reaktion auf die multiplen Krisen der Gegenwart. Doch das Gegenteil ist der Fall: Die Abschottungspolitik verschärft auch die soziale Krise im Inneren.

Der gegenwärtige Erfolg der radikalen Rechten ist ohne die Kraft solcher Mythen kaum denkbar. Umso wichtiger ist es, ihnen Fakten entgegenzusetzen. Welche Ängste und Erfahrungen stehen hinter der Ablehnung von Migration? Wie können die Krisen von Sozialstaat, Wohnungsmarkt und kommunaler Daseinsvorsorge wirklich bewältigt werden? Wie ist eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik umsetzbar? Hierauf will die neue Broschüre der Argumente-Reihe Antworten geben und damit in der emotionalen, oft irrationalen Debatte Alternativen im Umgang mit Migration aufzeigen.

Download: <https://www.rosalux.de/publikation/id/53486>

**EUROPÄISCHE BILDUNGSSYSTEME ZWISCHEN
GERECHTIGKEIT UND SELEKTIVITÄT
EIN LÄNDERVERGLEICH ZWISCHEN DEUTSCHLAND,
ESTLAND, SPANIEN UND FINNLAND**

Die deutsche Bildungspolitik steht unter Druck, seit die Ergebnisse der ersten PISA-Studie im Jahr 2000 gezeigt haben, dass die Bildungserfolge von Schüler*innen in Deutschland unter dem OECD-Durchschnitt liegen und wie in keinem anderen teilnehmenden Land von der sozialen Herkunft abhängen. Die Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Europäische Bildungssysteme zwischen Gerechtigkeit und Selektivität«, die im Juni 2025 erschienen ist, wirft einen Blick über den Tellerrand und analysiert die Strukturen der nationalen Bildungssysteme (inklusive der Finanzierung und der Zuständigkeiten) in Estland, Spanien und Finnland und fragt danach, inwieweit diese Unterschiede hinsichtlich des Bildungserfolgs und der Bildungsungleichheit zwischen den Ländern

erklären können. Sie kommt unter anderem zu dem Fazit, dass Staaten mit höheren Bildungsausgaben (Finnland), insbesondere aber mit einer höheren Teilnahme von Kindern an frühkindlicher Bildung (Estland und Finnland) sowie einem längeren gemeinsamen Lernen (Estland und Finnland) erfolgreicher beim Erwerb elementarer Kompetenzen und beim Ausgleich sozialer Unterschiede sind.

Download: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_4-24_EU-Bildungssysteme.pdf

**(K)EINE ALTERNATIVE ZUM KRIEG?
BROSCHÜRE ZU MILITARISMUS UND
MILITARISIERUNG IN ISRAEL**

In den knapp 77 Jahren seines Bestehens hat der Staat Israel mindestens acht Kriege geführt sowie unzählige Militäroperationen durchgeführt. Im Laufe der Jahrzehnte wurden die militärischen Fähigkeiten und Ressourcen der Streitkräfte stetig ausgebaut und mehrfach wurden die Gebiete anderer Staaten besetzt und/oder annektiert, wobei Zehntausende israelische Soldat*innen und Zivilist*innen ihr Leben verloren. Der jüngste Krieg, der sogenannte Gaza-Krieg infolge des Terroranschlags der Hamas vom 7. Oktober 2023, ist der härteste und längste seit der Staatsgründung Israels 1948. Er hat bis heute Zehntausenden Palästinenser*innen und Libanes*innen das Leben gekostet, davon die überwiegende Zahl Frauen und Kinder, und ganze Bevölkerungsgruppen schutz- und obdachlos sowie hungernd zurückgelassen. Führende Menschenrechtsorganisationen sprechen mittlerweile von einem Völkermord an den Palästinenser*innen. Doch was liegt hinter diesen schwer fassbaren Zahlen? Was ist die Grundlage für die Akzeptanz einer immerwährenden militärischen Eskalation in der israelischen Gesellschaft? Kurz: Wieso machen so viele dabei mit? Die vom Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebene und im März erschienene Broschüre bemüht sich um Antworten auf diese Fragen.

Download: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Reader_Militarismus_in_Israel.pdf

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



Simon Degelo, Refiloe Joala,
Patricia Lizarraga, Imen Louati,
Tauqueer Sabri, Jan Urhahn

UNSER SAATGUT IN GEFAHR

Globale Kämpfe um die Kontrolle der
Nahrungsmittelerzeugung
50 Seiten, Broschur, April 2025

Download unter:
www.rosalux.de/publikation/id/53302

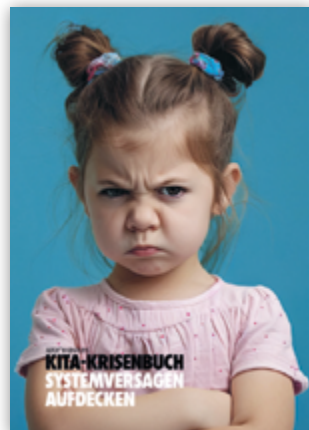
Patrick Schönherr
**PFLEGENDE
ANGEHÖRIGE
ALS ÖFFENTLICHE
BESCHÄFTIGTE**
Das Modell Burgenland –
ein Baustein transformativer
Care-Politiken

20 Seiten, Online, Mai 2025
ISBN 978-3-911374-02-6

Download unter: www.rosalux.de/publikation/id/53399



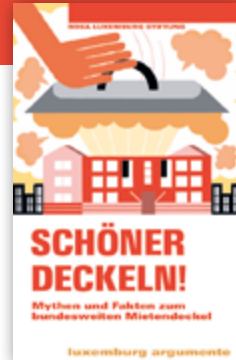
Weitere
Publikationen
unter
www.rosalux.de



Autor*innengruppe
KITA-KRISENBUCH
Systemversagen aufdecken

38 Seiten, Broschur, März 2025
ISBN 978-3-948250-97-3

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/53148



Andrej Holm

SCHÖNER DECKELN! Mythen und Fakten zum bundesweiten Mietendeckel

luxemburg argumente Nr. 27
48 Seiten, Broschur, Februar 2025
ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/52966

PODCASTS DER ROSA-LUXEMBURG- STIFTUNG

ARMUTSZEUGNIS

Wirtschaftspodcast mit
Sabine Nuss und Eva Völpel

BILDUNG IN ROSA

Ein Podcast auf dem Weg
zu inklusiver Bildung

tl;dr

Theoriepodcast

ManyPod

Podcast für die Gesellschaft
der Vielen

Rosalux History

Geschichtspodcast mit Albert
Scharenberg und Anika Taschke

Zu hören auf der Webseite
der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
auf Soundcloud, Spotify und überall
sonst, wo es Podcasts gibt.



[www.rosalux.de/
podcasts](http://www.rosalux.de/podcasts)



2/2024 DEUTSCHLAND AM KIPPPUNKT

Kurz vor der Bundestagswahl scheinen die Verhältnisse in Deutschland gleich mehrere Kipp-
punkte zu erreichen. Die Ampel-Regierung hat die ökologische Transformation verspielt und ist
zerbrochen. Während die Linke noch in der Krise ist, geht die reaktionäre (Re-) Mobilisierung
weit über die radikale Rechte hinaus. Von CDU/ CSU bis hin zu Teilen der Medien wird das
Ressentiment zur Produktivkraft der Politik insgesamt. Ist die Entwicklung nach rechts noch
aufzuhalten?

BEITRÄGE VON: Lia Becker | Thomas Biebricher | Adam Birk | Mario Candeias | Alex Demirović |
Richard Detje | Marlene Engelhorn | Axel Gehring | Rebecca Gotthilf | Michael Jäger | Lothar
Kittstein | Volker Lösch | Clara Mattei | Leonie Petersen | Dieter Sauer | Ursula Stöger | Natascha
Strobl | Peter Ullrich | Jan van Aken | Hilde Wagner

Dezember 2024, 120Seiten



1/2024 ZUKUNFT MIT PLAN

Planwirtschaft gilt als realsozialistisches Auslaufmodell. Doch nun geistert sie wieder durch
linke Debatten. Sind neue demokratische Modelle der Wirtschaftsplanung eine Alternative
zum Krisenkapitalismus? Können sie den gigantischen ökologischen Umbau stemmen?
Wo liegen die Fallstricke? In diesem Heft werden Ansätze und Wege diskutiert in eine
ZUKUNFT MIT PLAN.

BEITRÄGE VON: Rabea Berfelde | Lutz Brangsch | Samuel Decker | Judith Dellheim | Alex
Demirović | Barbara Fried | Katalin Gennburg | Jan Groos | Justus Henze | Ulrike Herrmann |
Jakob Heyer | Andrej Holm | Bernhard Knierim | Kalle Kunkel | Heide Lutosch | Samia
Mohammed | Philipp Möller | Sabine Nuss | Helge Peukert | Dominique Plihon | Christoph Sorg |
Jenny Stupka | Simon Sutterlütti | Eva Völpel | Alex Wischnewski | Uwe Witt | Raul Zelik

Mai 2024, 128 Seiten



2/2023 ZEIT DER MONSTER

Wie paralysiert starren wir auf die Krisen unserer Zeit. Rechte Kulturkämpfe haben Konjunktur.
Law and Order bedrohen die Grundlagen der Demokratie. Das Heft will diese Phänomene verste-
hen. Was sind die Monster unserer Zeit? Wo wird um die Richtung der Entwicklung gerungen,
um Produktion und Ökologie, um Geschlechterfragen und Arbeitszeit, um Friedenspolitik und
Migration? Wie analysieren wir Kulturkämpfe von links?

BEITRÄGE VON: Lia Becker | Ulrich Brand | Clara Bünger | William Callison | John Clarke | Alex
Demirović | Richard Detje | Philipp Frey | Gianna Gungowski | Bernd Kasperek | Stephan Krull |
Nicole Mayer-Ahuja | Sandro Mezzadra | Benjamin Opratko | Guillaume Paoli | Maximilian
Pichl | Thomas Sablowski | David Salomon | Birgit Sauer | Tatjana Söding | Linus Westheuser |
Markus Wissen | Joanna Wuest u. a.

Dezember 2023, 140 Seiten



1/2023 WAS BLÜHT IM OSTEN?

Auch über 30 Jahre nach der Wende hält die Stigmatisierung der »Ossis« an. Von den Löhnen über
Erbschaften bis zur Verteilung der Führungspositionen: Die Ungleichheit zwischen Ost und West
ist nicht kleiner geworden, die Nach-Wende-Zeit kaum aufgearbeitet. Ein Heft über industrielle
Umbrüche, neue Streiks, rechte Bedrohung, migrantische Allianzen, »Ost-Identität«, mutige
Politik von unten und eine LINKE zwischen Krise und Aufbruch. Wie ist ein linker Osten möglich?

BEITRÄGE VON: Katja Barthold | David Begrich | Laura Boemke | Lutz Brangsch | Katharina Dahm |
Klaus Dörre | Trong Do Duc | Paul Georgi | Lena Güngör | Tine Haubner | Sarah Hinz | Renate
Hürtgen | Stefanie Hürtgen | Gesine Langlotz | Mike Laufenberg | Grit Lemke | Doris Liebscher |
Sören Pellmann | Manja Präkels | Oliver Preuss | Stefan Schmalz | Claudia Sprengel | Danilo
Starosta | Mandy Tröger | Isabelle Vandre | Katharina Warda u. a.

Mai 2023, 140 Seiten



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1/2025
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Mario Candeias mario.candeias@rosalux.org

Redaktion: Harry Adler, Lia Becker, Mario Candeias, Alex Demirović, Barbara Fried, Britta Grell, Julius Hausen, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Thomas Sablowski

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.org
Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 443 10-157
Fax: +49 (0)30 443 10-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
X: www.x.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit 2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abo

Copyright: Alle Beiträge, sofern nicht anders ausgewiesen, laufen unter den Bedingungen der Creative Commons License: 

Bildnachweise:
S. 27; 84–91; 100/101 © »Widerständige Collagen« von Mustapha Boutadjine

Titelgestaltung und Illustrationen: © Johannes Hoffboll

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur
www.text-arbeit.net

Grafik und Satz: Matthies Weber & Schnegg – Ausstellung, Kommunikation, Design
www.matthies-weber-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus